

Pressespiegel 2020





Das alte Gebäude des Marienheims in Peiting entspricht nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen. Ein Neubau muss wohl her. © Herold

Aktualisiert: 19.01.20 - 15:23

DIESES THEMA BEWEGT PEITING SEIT MONATEN

Marienheim: Umbau wohl nicht möglich

Wie geht es weiter in Sachen Marienheim? Ein Schreiben, das die Einrichtung in diesen Tagen an die Peitinger Haushalte verteilt, lässt aufhorchen. Demnach scheint eine Antwort auf die Frage, ob das Marienheim am aktuellen Standort bleiben kann, gefunden.

Peiting – Es ist ein ungewöhnlicher Schritt, zu dem sich die Verantwortlichen des Peitinger Marienheims entschlossen haben. In einem Schreiben, das derzeit in der Marktgemeinde verteilt wird und der Redaktion vorliegt, wenden sie sich direkt an die Peitinger Bürger. Unterzeichnet ist es von Einrichtungsleiter Franz Straif, Geschäftsführerin Charlotte Straif und dem sozialtherapeutischen Leiter Jörg Reiprich. „Es ist uns nicht entgangen, dass die Zukunft des Marienheims auch zu einem Thema im kommunalen Wahlkampf geworden ist“, heißt es in der Einleitung. „Insofern ist es uns ein Anliegen, Informationen anzubieten, die eine sachliche Sicht auf die Dinge möglich machen sollen.“

Sachlich, das war die Diskussion in den vergangenen Monaten nicht immer. Vielmehr kochten die Emotionen hoch, als im September bekannt wurde, dass die Gemeinde der AWO als möglichen künftigen Träger der Einrichtung ein Grundstück am Bühlach für einen Neubau angeboten hatte. Anwohner fühlten sich übergangen, im Gemeinderat sorgte das Thema für erbitterte Debatten.

Nach einem runden Tisch im November einigte man sich darauf, dass die Möglichkeit eines Verbleibs der Einrichtung im derzeitigen Gebäude an der Bahnhofstraße, das den gesetzlichen Auflagen in Sachen Brandschutz und Wohnqualität nicht mehr genügt, noch einmal geprüft werden sollte.

Diese Untersuchung durch einen Architekten habe im Dezember stattgefunden, heißt es nun in dem Schreiben der Marienheim-Verantwortlichen. Aufhorchen freilich lässt der nächste Satz: „Der schriftliche Abschlussbericht liegt noch nicht vor – wir haben jedoch vorab erfahren, dass ein Umbau am jetzigen Standort als nicht realisierbar gilt.“

Im Rathaus hat man die Aussage ebenfalls überrascht zur Kenntnis genommen. „Uns liegt der Abschlussbericht noch nicht vor, wir warten jeden Tag darauf“, sagt Bürgermeister Michael Asam auf Nachfrage der SN. Sobald dieser da sei, werde er das Thema Marienheim auf die Tagesordnung des Gemeinderats setzen – möglicherweise geht es also schon in der nächsten Sitzung des Gremiums am 28. Januar um die Zukunft der Einrichtung. „Die Entscheidung wird auf jeden Fall vor der Wahl fallen“, betont der Rathauschef. Schließlich drängt die Zeit. im August 2022 endet bekanntlich die Betriebserlaubnis, bis April will die Heimaufsicht wissen, wie es weitergeht.

Dass es weitergeht und der Gemeinderat den Plänen für einen Neubau zustimmt, darauf hoffen die Verantwortlichen des Marienheims. In ihrem zweiseitigen Schreiben an die Peitinger Haushalte weisen sie auf das in der Region einmalige Konzept ihrer Einrichtung hin. „Umgerechnet auf die letzten acht Jahre sind es fast 250 Menschen, von denen viele in einem desolaten Zustand und in großer seelischer Not angekommen sind und die am Ende ihres Aufenthalts mit wiedergewonnener Würde und innerem Halt das Marienheim verlassen haben“. Die Einrichtung sei beispielhaft für eine erfolgreiche und dringend benötigte sozialpsychiatrische Versorgung.

Nicht vergessen dürfe man auch die 56 Beschäftigten. „Für sie hat der Fortbestand des Marienheims existenzielle Bedeutung.“ Und auch für die Anwohner am Bühlach, die dem Vorhaben skeptisch gegenüberstehen, haben die Verantwortlichen eine Botschaft: Sollte der Neubau Realität werden, werde man alles dafür tun, „dass die entstehende Nachbarschaft durch ein gutes Neben- und Miteinander geprägt ist“.

Medium: Merkur
Datum: 19.01.2020

„Ich weiß, dass dieses System Menschenleben gefährdet“

Wenn der Profit wichtiger ist als die Menschenwürde: In der AZ gibt eine Münchner Altenpflegerin erschreckende Einblicke in Heime für Senioren

Pflege ist ein sensibler zwischenmenschlicher Kontakt. Alte Menschen haben feine Antennen. Viele spüren die Gefühle und den Stress ihrer Pflegerinnen und Pfleger. „Das Vertrackte ist, dass sich mit schlechter Pflege heute sehr viel Geld verdienen lässt“, kritisiert die erfahrene Münchner Altenpflegerin Eva Ohlerth (60).

Die Münchnerin kennt mehr als zehn Alten- und Pflegeheimen in der Stadt. Im Buch „Albtraum Pflege“ beschreibt sie, wie immer häufiger Profit vor Menschenwürde geht: Heimbetreiber würden gerade aus der Notlage mit dem Pflegekräftemangel einen kräftigen Gewinn ziehen.

Ein Gespräch über eine unschöne Seite des Pflegebetriebs.

AZ: Frau Ohlerth, wieso ist das Pflege-Geschäft für Heimbetreiber so lukrativ?

EVA OHLERTH: Die attraktive wirtschaftliche Seite der Pflege wird oft vergessen. Aber inzwischen kommen immer mehr Schwerstkranke als Klientel in die Heime. Und Intensivpflege wird den Heimen gut bezahlt.

Man hört es immer wieder: Für die adäquate Versorgung von Schwerkranken gibt es doch im Pflege-Notstand nicht genügend qualifiziertes Personal.

Das ist der Punkt. Die Intensivpflege für Bewohner, die eine Magensonde oder einen Katheter haben, wird mittlerweile oft von unterbezahlen Hilfskräften geleistet. Aber sie wird von examinierten Kräften betrügerisch abgezeichnet, damit alles auf dem Papier seine Richtigkeit hat. Das ist illegal, in Pflegeheimen aber an der Tagesordnung. Das maximiert den Gewinn. Die Heime verdienen so doppelt!

An welchen Stellschrauben drehen Heimbetreiber noch, um Gewinne zu steigern?

Beim Essen für einen Bewohner kann ich zehn Euro pro Tag veranschlagen, oder nur zwei Euro. Hilfspfleger aus Osteuropa arbeiten teilweise für 1200 Euro brutto. Denn kaum ein Heim hat noch Tarifbindung.

Auch Materialkosten sind große Posten.

Ja, ich habe für meine Arbeit manchmal regelrecht um Handschuhe oder Desinfektionsmittel betteln müssen. Das ist so traurig.

Das Engagement internationaler Hedgefonds – also Investmentfonds, die hohe Risiken eingehen – hat sich in der deutschen Pflegewirtschaft in 15 Jahren stark erhöht.

Es ist so: Große Fonds sind verstärkt auf der Suche nach sicheren Anlagemöglichkeiten. Und kaum eine Investition bie-

tet so viel Sicherheit wie das deutsche Sozialsystem – es sind nahezu 100 Prozent! Denn wenn hierzulande ein Angehöriger den Pflegeplatz nicht mehr mitbezahlen kann, springt Vater Staat ein.

Wo liegt die Gefahr?

Wenn finanzkräftige Beteiligungsunternehmen zum Wohl ihrer Aktionäre Heime kaufen, oder ganze Ketten, dann möchten sie mit der Pflege gutes Geld verdienen. Ein Beispiel ist Korian, der größte Anbieter von Pflegeplätzen. Die französische Korian-Gruppe herrscht über 25 000 Pflegeplätze im Land. Dazu gehört die Curanum AG mit Sitz in München, die viele Seniorenresidenzen betreibt.

Und diese Unternehmen möchten Geld verdienen.

Es ist klar ihr Auftrag, möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Investoren in Pflegeheime werden Renditen zwischen 4,5 und sieben Prozent versprochen. Im Haus und bei der Versorgung der alten Menschen werden dann viele Gedanken der Logik an der Börse untergeordnet.

Ungefähr die Hälfte der Heime sind inzwischen in privater Hand.

Es gibt natürlich gute private Heime und schlechte kommunale oder kirchliche Häuser. Ich fordere dringend von der Politik, dass sie mehr kommunale Pflegeplätze bereitstellt. Damit die Daseinsfürsorge nicht immer mehr zum skrupellosen Geschäft verkommt.

Schlechtes Essen, durchmässte Betten: Im Buch schildern Sie skandalöse Zustände in Münchner Alten- und Pflegeheimen.

Ich will bekannt machen, dass vor allem in den Abendstunden in den Heimen ein völlig überfordertes Personal ohne Ausbildung arbeitet. An den Wochenenden ist es noch schlimmer.

Was haben Sie erlebt?

Als junge Pflegeschülerin am zweiten Arbeitstag war ich schon allein für über zehn Bewohner verantwortlich. Ich kam mir vor wie im falschen Film.

Krass ist, dass Sie den aktuellen Pflegenotstand mit unterlassener Hilfeleistung vergleichen – einer Straftat.

Ich weiß, dass das System Menschenleben gefährdet. Heime mit standardisierter Notbesetzung sind für mich ein rechtsfreier Raum. Es gibt Heime, denen sollte die Staatsanwaltschaft einen Besuch abstatten. **Sie beschreiben extreme Gefühle bei der Arbeit.**

Ich kam mir teilweise vor wie eine Melkmaschine. Ich habe erlebt, dass alte Menschen bewirtschaftet werden wie in der industriellen Tierhaltung. Schuld ist die sogenannte Minutenpflege, wenn ein Mensch zu lange für eine Handlung braucht, ist das nicht wirtschaftlich. Hier hat die Akkordarbeit in der Industrie Pate gestanden.

Nennen Sie ein Beispiel, bitte.

Während einer Nachtwache waren zu viele Bewohner zu versorgen. Ich habe versucht, ihre Urinbeutel möglichst leise zu leeren, um ja kein Wort mit einem der alten Menschen sprechen zu müssen. Einfach nur, damit ich mit der Arbeit fertig werde. Danach habe ich

geweint. So will ich nicht arbeiten! Schlafstörungen sind dazu gekommen – bei mir ging es bis zum Burn-out.

Sie beschreiben, wie Senioren mit Medikamenten ruhiggestellt werden, Windeln bekommen, weil der Helfer sich nicht die Zeit nimmt, sie zur Toilette zu begleiten.

Es gibt sogar Fälle, bei denen Senioren vorschnell per Schlauch durch die Bauchdecke ernährt werden, um sie nicht füttern zu müssen – was zeitraubend sein kann. Anstrengende Senioren werden so als problemlose und willenslose Verfügungsmasse durch den Betrieb geschleust. So wird Zeit gespart und der Gewinn für den Betreiber maximiert.

Sechs Jahre haben Sie in der Schweiz gearbeitet. Was läuft dort besser?

Vor allem gibt es mehr Wertschätzung, das ist spürbar. „Toll“ oder „Respekt“, sagen Menschen, wenn ich meinen Beruf nenne. Hier höre ich „also, na ja“ oder „das könnte ich jetzt nicht“. Es gibt eine flache Hierarchie, mehr Kommunikation auf Augenhöhe und mehr Mitbestimmung. Ein wichtiger Aspekt für mich ist, dass in der Schweiz Weiterbildung gewünscht und bezahlt wird.

Wer selbst gut behandelt wird, behandelt andere gut, sagen Sie. Warum geht das in Bayern nicht?

Bei uns wird nicht sozial gedacht. Wir können es uns noch erlauben, Pflegekräfte zu treten. Oft gibt es eine dilettantische Führung in den Heimen mit Profitdenken. Die Folge: Die guten Pflegerinnen laufen weg. Es gibt dann viele Ausfälle, was Möglichkeiten zu tricksen eröffnet: Ein Haus lässt viele Stellen drei Monate unbesetzt. Danach stellt es Kräfte nur mit Zeitvertrag ein, um nach zwei Jahren keine Gehaltserhöhung zahlen zu müssen.

Was fordern Sie?

Eine Tarifbindung für alle Heime. Die christlichen Häuser sind noch im Tarifvertrag, aber die Awo hat ihn gekündigt. So könnten Heime auch die ausländischen Kräfte nicht miserabel bezahlen.

Wie kann das System Pflegeheim verbessert werden?

Heimen, die eine Leistung nicht erbracht haben, kann das Geld gekürzt werden. Dafür müssen aber zuerst die Pflegerinnen aufwachen. Sie müssen das falsche Abzeichnen von nicht selbst erbrachten Leistungen boykottieren.

Rebellische Arbeitnehmer können ihren Arbeitsplatz verlieren.

Wer deswegen rausfliegt, bekommt in einer Stadt wie München sofort wieder einen Job. Das ist im Moment das Gute. Schweigen und mitmachen, das ist doch feige. Ich erlebe, dass es jetzt mehr Pflegerinnen und Heimleitungen gibt, die aus dem furchtbaren Dilemma herauswollen.

Was hoffen Sie?

Wie viele andere Kolleginnen und Kollegen warte ich darauf, dass es endlich mal knallt – und das skandalöse System zusammenbricht.

Medium: AZ
Datum: 14.01.2020

Gespräche bei einem Gläschen Sekt

Laim – Ein großer Neujahrsempfang wird am Mittwoch, 22. Januar, um 14.30 Uhr im Alten-und-Servicezentrum Laim, Kiem-Pauli-Weg 22, gegeben. Bei Sekt und Brotzeit besteht die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen und sich dabei besser kennenzulernen. Mitveranstalter ist die Seniorenvertretung Laim, deren Vertreter Fragen zu ihrem Aufgabenfeld beantworten und Anregungen sowie Anliegen der Laimer aufgreifen wollen. Um Anmeldung zum Neujahrsempfang wird bis Montag, 20. Januar gebeten unter Telefon 57 50 14 oder asz-laim@awo-muenchen.de. **ANDS**

Medium: SZ
Datum: 16.01.2020

Bratwurstkürzung fürs Klima

Im Bochumer Heinrich-König-Seniorenheim geht es um die Wurst. Die, so berichtet die „WAZ“, soll nämlich leichter werden. Statt – wie bisher – 140 Gramm kommen dort künftig nur noch 100 Gramm Bratwurst auf den Teller. Denn die Verantwortlichen haben entschieden, dass die Heimbewohner weniger Fleisch essen sollen. Es ist ihr gemeinsamer Beitrag zum Klimaschutz.

Ja, Sie haben richtig gelesen. Es geht nicht etwa darum, dass sich die Senioren gesünder ernähren wollen, oder geäußert hätten, dass sie gerne weniger Bratwurst essen würden. Nein, hier wird der Klimawandel bekämpft. Der Heimbetreiber AWO hat nämlich ausgerechnet, dass durch jeden Bewoh-



Weniger Fleisch für Senioren

ner eines Pflegeheims im Schnitt acht Tonnen CO₂ pro Jahr anfallen. Also achtmal so viel wie gemäß den Pariser Klimazielen erlaubt ist.

Die Konsequenz: 40 AWO-Einrichtungen in ganz Deutschland entwickeln nun Klimaschutzpläne. Und in Bochum setzen sie dabei eben auf verordneten Fleischverzicht. Denn, so teilt die AWO auf

Nachfrage mit: Der Kampf gegen den Klimawandel „ist eine Aufgabe für uns alle“. Da dürfen die Senioren natürlich nicht ausscheren, egal wie alt sie auch sein mögen.

Deshalb bleibt es auch nicht bei der gekürzten Wurst. Auch aus der Bolognese haben sie im Heinrich-König-Heim das Fleisch verbannt. Das Gehackte soll durch Gemüse ersetzt werden. „Wir sind da gerade in der Versuchsphase“, teilt die Bereichsleiterin mit. Komplette auf vegetarische Küche umstellen will man aber nicht. Das sei schwierig für viele Heimbewohner, die noch aus einer anderen Generation kommen.

Naja. Dafür fliegen sie vermutlich auch nur noch recht selten. **SEBASTIAN HORSCH**

Medium: MM
Datum: 27.01.2020



Osten

Au - Haidhausen

Besuch des Krankenhauses für Naturheilweisen. Anmeldung: ☎ 45 87 40-29, per E-Mail an asz-au@caritasmuenchen.de oder direkt im ASZ Au, ASZ Au, Foyer, Balanstraße 28; Mittwoch, 13.15 Uhr.

Gesprächskreis für pflegende Angehörige. Mit Maria Faber. Infos: ☎ 666 16 33 12 oder Maria.Faber@awo-muenchen.de. Beratungsstelle/Fachstelle für pflegende Angehörige der Awo München, Gravelottestraße 8; Montag, 19 bis 20.30 Uhr.

Handy- und Laptop-Sprechstunde. Termine nach Vereinbarung unter ☎ 45 87 40 29. ASZ Au, Balanstraße 28; Montag, 10 bis 14 Uhr.

Zu jung für alt. Vom Aufbruch in die Freiheit nach dem Arbeitsleben. Lesung mit Dieter Bednarz (ehemaliger Spiegel-Redakteur). Bildungszentrum Einstein 28, Einsteinstraße 28; Mittwoch, 18 Uhr.

Medium: SZ
Datum: 27.01.2020

Hilfe für Senioren gefordert

Augsburg – Die Arbeiterwohlfahrt (Awo) hat angesichts der Coronavirus-Epidemie mehr Hilfe für alleinstehende Senioren im Freistaat gefordert. Bislang werde diese Risikogruppe stark vernachlässigt, heißt es in einer Mitteilung des Verbands vom Mittwoch. Sich einzig auf eine funktionierende Nachbarschaftshilfe zu verlassen, sei zu wenig. Stattdessen müssten Einkaufshilfen organisiert werden, damit Ältere nicht gezwungen seien, dies selber zu tun – sie sollen große Menschenmengen meiden. Sozialministerin Carolina Trautner (CSU) reagierte umgehend auf die Forderung der Awo: Sie nehme die Sorgen und Ängste ernst und wolle hierzu zeitnah Wohlfahrtsverbände und kommunale Spitzenverbände zu einem offenen Austausch einladen. maxi

Medium: SZ
Datum: 12.03.2020

Marienheim-Neubau: Die Alternative zum Bühlach stößt auf Skepsis

Hat das Marienheim eine Zukunft in Peiting? Diese Frage ist auch nach der Gemeinderatssitzung am Dienstag offen. Zwar hat die AWO wie angekündigt einen alternativen Standort zum Bühlach-Grundstück für einen Neubau präsentiert, doch der stieß im Gremium auf Skepsis – aus gutem Grund.

Peiting – Wieder einmal war das Interesse an der Gemeinderatssitzung groß. Viele waren gekommen, begierig, zu erfahren, wie es weitergeht in Sachen Marienheim. Seit Monaten protestieren Anlieger am Bühlach gegen den geplanten Neubau der Einrichtung auf dem gemeindlichen Grundstück gegenüber des Friedhofs. Ihre Forderung: Die AWO möge lieber das Bestandsgebäude an der Bahnhofstraße sanieren als auf der grünen Wiese die Bagger rollen zu lassen. Dass dieser Wunsch nicht in Erfüllung gehen werde, hatte sich freilich schon in der vergangenen Woche abgezeichnet. In einem Schreiben an die Peitinger Haushalte hatte die Leitung des Marienheims das Ergebnis der neuerlichen Untersuchung des Hauses durch einen Architekten vorweggenommen. [Eine Modernisierung im Bestand sei nicht möglich.](#)

Die Details, woran ein Umbau scheitert, lieferte am Dienstag Bürgermeister Michael Asam. Es war eine ganze Litanei an nötigen Maßnahmen, die der Rathauschef aus dem schriftlichen Bericht der AWO zitierte. Sie reichten von der Sanierung aller Leitungen, über den Einbau eines Aufzugs bis zur statischen und brandschutztechnischen Ertüchtigung aller Wände und Decken. Weil zudem das Gebäude mit Therapiebereich, Büros und Aufenthaltsräumen nach Einschätzung des Architekten nicht mehr sanierbar sind, müsste es durch einen Neubau ersetzt werden.

Viele Gründe sprechen gegen einen Umbau

Das größte Problem laut AWO: Eine Sanierung im laufenden Betrieb sei aus brandschutztechnischen Gründen nicht möglich, zudem werde das komplette Grundstück für die späteren Bauarbeiten benötigt. Ohne eine Interimslösung ließe sich der Umbau nicht bewältigen. Der Umzug würde für die Bewohner jedoch nicht nur einen großen Stressfaktor darstellen. Es sei auch äußerst fraglich, ob es überhaupt eine geeignete Immobilie dafür gebe.

Und dann seien da noch die Kosten: Rund 8,9 Millionen Euro würde ein derartiges Vorgehen kosten, allein zwei Millionen Euro entfallen auf die Interimslösung. Aus den genannten Gründen sehe man nur einen Neubau als Lösung. „Der Standort Bühlach ist aus unserer Sicht ideal.“

Alternativer Standort für Neubau am Altenheim

Dass das vor allem die Anwohner anders sehen, ist freilich auch der AWO nicht entgangen. Spannend war deshalb die Frage, wie die jüngst angekündigte Alternative aussehen würde. Die befindet sich nicht weit von der derzeitigen Einrichtung auf dem Gelände des AWO-Altenheims. Jubel löste der Vorstoß bei den Gemeinderäten allerdings nicht aus.

„Wir haben da schon einmal eine Planung gesehen, die nicht gepasst hat“, zeigte sich nicht nur Christian Lory (Unabhängige) skeptisch. Nichtöffentlich hatte sie das Gremium damals wegen der Auswirkungen auf die Freiflächen des Altenheims abgelehnt. Dass Lory dennoch von einem „guten Signal“ sprach, lag daran, dass die AWO beim neuerlichen Anlauf nun eine Reduzierung von 70 auf 50 Bewohnerplätze in Aussicht stellt, das Gebäude also kleiner ausfallen könnte. Nur so mache eine erneute Prüfung überhaupt Sinn, bekräftigte auch Asam.

Im Gremium überwog dennoch die Skepsis. „Ich bin neugierig, wie das auf der Fläche funktionieren soll“, sagte Norbert Merk (CSU). Ohne weitere Flächen der Gemeinde Richtung ehemaliges Lehrerhaus werde es nicht gehen. „Wir müssen vorsichtig sein mit diesem Grundstück“, warnte auch Herwig Skalitza (CSU). Man dürfe den Menschen im Altenheim nicht den Raum für ihre Naherholung nehmen, indem man einfach ein Gebäude „davorklatsche“. Auch müsse man dran denken, dass auch das Altenheim, dessen Betriebserlaubnis 2028 ablaufe, bald woanders neu gebaut werden müsse. „Nicht, dass hinter dem neuen Marienheim dann eine Bauruine steht. Da lacht uns die Bevölkerung aus.“

Entscheidung fällt in der nächsten Sitzung

Thomas Elste sah den Vorstoß dagegen positiv. Von der Kubatur passe das Marienheim auf das Gelände, wenn man statt des Parkplatzes eine Tiefgarage verwirkliche, zeigte der Grünen-Rat mit einer selbst erstellten Fotomontage. „Damit bliebe die Grünanlage erhalten.“

Zurückhaltend äußerte sich Peter Ostenrieder (CSU). Grundsätzlich begrüße er, dass die AWO mitmache. Er gehe davon aus, dass die Reduzierung der Bewohnerplätze auch für das Bühlach-Grundstück gelte. „Das würde im Fall der Fälle das ein oder andere Problem dort lösen.“

Zu einer Entscheidung kam es am Dienstag nicht. Die soll voraussichtlich in der nächsten Sitzung fallen, wenn der von der AWO beauftragte Architekt einen ersten Planungsentwurf vorlegt. Denn da waren sich alle mit Merk einig: „Einen Blankoscheck für die AWO gibt es nicht.“

**Medium: Merkur
Datum: 30.01.2020**



Desinfektion geht vor: der Eingang zum Münchenstift-Heim an der Rümmanstraße gestern. Foto: Petra Schramek

(issuefile/703443/ext/9ad4f29f6cc609e36cbd56c316467d35.jpg)

Wie München seine Alten schützt

Senioren sind besonders gefährdet, am Coronavirus zu sterben. Wenn soziale Kontakte verboten werden, droht vielen Vereinsamung. Die Folgen und die Debatte in der Stadt

Von Nina Job und Jasmin Menrad

Händeschütteln? Verboten! Besuche? In Corona-Zeiten nur noch von Angehörigen. Wer in diesen Tagen eines der Häuser der Münchenstift GmbH betritt, wird erst einmal befragt. Nur Berechtigte dürfen hinein – nachdem sie sich namentlich in eine Liste am Empfang eingetragen und ihre Hände gründlich desinfizieren haben.

Münchenstift: Kein Zutritt mehr für ehrenamtliche Helfer

Die städtischen Häuser, in denen etwa 3000 ältere Münchner leben und 1900 Menschen arbeiten, setzen in Corona-Zeiten auf Abschottung – und strengste Hygienemaßnahmen. „In neun unserer Häuser leben 2100 Pflegebedürftige. Sie sind 83 Jahre und älter. Viele haben Vorerkrankungen“, sagt München-Stift-Chef Siegfried Benker. „Sie sind die Hochrisikogruppe. Wir setzen alles daran, das Ansteckungsrisiko zu minimieren.“

So bleiben in den Münchenstift-Häusern auch die Cafés, die sonst gern von Besuchern aus dem Viertel besucht werden, für Auswärtige geschlossen.

Die Volkshochschule, die dort zum Teil Kurse veranstaltet, muss ausweichen. Angebote von „Externen“, die sonst mit Tanzveranstaltungen, Dia-Vorträgen oder Musik für Abwechslung sorgen, sind gestrichen. Auch die 800 ehrenamtlichen Helfer müssen derzeit draußen bleiben. Die strenge Regelung zum Schutz der Bewohner gilt seit voriger Woche. Durch die Maßnahmen konnten Ansteckungen bislang verhindert werden. Von den erfassten 89 Infektionen in der Stadt (Stand gestern, 12.30 Uhr) ist kein München-Stift-Bewohner oder Mitarbeiter betroffen.

Als besonders gefährdet, nach einer Infektion mit Corona schwer zu erkranken oder sogar zu sterben, gelten ältere Menschen mit Vorerkrankungen. Mehr als 266 000 Münchner sind älter als 65 Jahre.

AWO-Chef fordert: „Wir dürfen die Alten nicht allein lassen“

Thomas Beyer, Landeschef der Arbeiterwohlfahrt (AWO), kritisiert, dass insbesondere die Gruppe der allein lebenden Seniorinnen und Senioren stark vernachlässigt würde. „Mein Eindruck ist, dass unter ihnen die Unsicherheit noch viel größer ist. Es gibt viele, die sich jetzt sehr allein fühlen. Die Älteren sind auch diejenigen, die unter dem gesellschaftlichen Druck am meisten leiden.“ Der AWO-Chef fordert: „Wir dürfen die Alten jetzt nicht alleinlassen.“ Da große Menschenmengen gemieden werden sollen, müssten Einkaufshilfen für Senioren organisiert werden. „Auch Besuchsdienste müssen initiiert werden, um den Kontakt zu alleinlebenden älteren Menschen zu halten beziehungsweise zu schaffen.“ Beyer fordert, dass die Koordination bayernweit vom Sozialministerium initiiert wird. „Sich nur auf eine funktionierende Nachbarschaftshilfe zu verlassen, ist zu wenig.“

Nach AZ-Informationen will das Sozialministerium bald einen Runden Tisch mit Vertretern der Freien Wohlfahrtspflege und der kommunalen Spitzenverbände organisieren.

Eine wichtige Anlaufadresse für Senioren sind die Alten- und Service-Zentren (ASZ). Sie sind aktuell weiter geöffnet. Einen Besucherschwund aus Corona-Angst stellen ASZ-Leiter bislang nicht fest. Angela Settel vom ASZ Untergiesing: „Es kommen alle. Das soziale Leben ist wahnsinnig wichtig und schützt vor Vereinsamung.“ Lediglich größere Veranstaltungen ab 20 Teilnehmern wurden in den ASZ-Häusern gestrichen. In allen weisen Schilder darauf hin, sich nicht die Hände zu schütteln, in Gemeinschaftsräumen und Toiletten hängen Desinfektionsspender.

„Wenn sie geschlossen würden, bekämen viele, die dort vergünstigtes Essen bekommen, nichts Vernünftiges mehr zu Essen. Dazu kommt, dass sehr viele relativ einsam sind. Diese Senioren würden dann allein in ihren Wohnungen sitzen“, sagt Seniorenbeirätin und Ärztin Ingrid Seyfarth-Metzger.

Medium: Merkur
Datum: 12.03.2020

Virus in jedem zehnten Altenheim

Vorermittlungen in Würzburg nach Corona-Todesfällen

München/Würzburg – In jedem zehnten Alten- oder Pflegeheim in Bayern wurden bereits Bewohner oder Mitarbeiter positiv auf das Coronavirus getestet. Daher sei die Hilfe in den Bereichen derzeit besonders wichtig, sagte Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) am Dienstag. Zur Beratung der Einrichtungen sei die Taskforce daher um 100 zusätzliche Personen aufgestockt worden. Auch in den Pflegeeinrichtungen müssten die Infektionsketten unterbrochen werden. Dafür seien bisweilen auch Verlegungen nötig. Generell gebe es noch immer in vielen Einrichtungen einen akuten Materialmangel bei Schutzausrüstungen. Dies sei in der Pflege besonders dramatisch, da die Mitarbeiter auch in der Corona-Krise ganz nah an die Patienten heran müssten. Um die Lage in den Heimen zu verbessern, sei es dringend notwendig, „noch strenger drauf zu schauen“.

Als Anerkennung für Pflegekräfte hat das Kabinett am Dienstag den angekündigten Bonus von 500 Euro beschlossen. Die steuerfreie Zahlung sollen Pflegekräfte in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen und Behinderteneinrichtungen erhalten. Zudem werden Rettungsassistenten und Notfallsanitäter bedacht.

Währenddessen hat nach einer Serie von Todesfällen im Zusammenhang mit dem Coronavirus im Würzburger Seniorenheim St. Nikolaus die Staatsanwaltschaft Vorermittlungen aufgenommen. Untersucht werde, ob gegen Hygienevorschriften verstoßen wurde, sagte Staatsanwalt Thorsten Seebach. Als möglicher Anfangsverdacht komme fahrlässige Tötung oder fahrlässige Körperverletzung in Betracht. Es gebe aber bislang keine Anhaltspunkte für strafrechtlich relevantes Verhalten, sagte Seebach. Die Behörde ermittle von Amts wegen. Es lägen keine Anzeigen von Angehörigen der Verstorbenen vor. In der Senioreneinrichtung in Trägerschaft der Bürgerspitalstiftung sind bislang 22 mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infizierte Bewohner gestorben. Sie waren nach Angaben des Heims alle über 80 Jahre alt und hatten Vorerkrankungen. In einem weiteren Würzburger Seniorenheim in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt starben bisher zwölf Bewohner nach einer Infektion mit dem Virus. Bei diesen Todesfällen werde noch abgewogen, ob Vorermittlungen angezeigt seien, sagte Seebach. DPA, SZ

Medium: SZ
Datum: 08.04.2020

VON M. KÖPF, D. MITTLER
UND O. PRZYBILLA

München – Kornelia Schmid fühlt sich „alleingelassen, hilflos“. „Ständig“, wie die 60-jährige Ambergerin sagt, quält sie die Angst. Die Angst, selbst krank zu werden. Was wird dann aus Erich, ihrem pflegebedürftigen Mann? Diese Frage stellen sich augenblicklich viele Angehörige in Bayern, die durch den von der Staatsregierung verhängten Aufnahmestopp für Altenheime und Einrichtungen der Behindertenhilfe vor großen Problemen stehen. Etliche haben für die Pflege ihrer Lieben längst ihren Urlaub und die zehn Tage Pflegezeit verbraucht. „Das Pflegesystem ist nicht coronagerecht“, sagt Schmid in einer Mischung aus Sorge, Humor und Sarkasmus.

Nun brächen die jahrelang verschleppten Probleme auf, sagt VdK-Chefin Mascher

Die 60-Jährige ist Vorsitzende des Vereins „Pflegende Angehörige“, und viele ihrer mehr als 200 Mitglieder haben Kornelia Schmid von ähnlichen Sorgen berichtet. An diesem Mittwoch will sie in der BR-Sendung „Jetzt red i“ Klartext reden. Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) sieht indes keinen Grund zur Kritik: „Der Aufnahmestopp war unerlässlich, um den Schutz dieser besonders gefährdeten Menschen vor einer Corona-Ansteckung zu verstärken“, sagt sie. Zugleich habe die Staatsregierung im Interesse der Betroffenen und ihrer Angehörigen ein Vorgehen ermöglicht, das den jeweiligen Einzelfall be-

rücksichtige. „Neuaufnahmen in Pflegeeinrichtungen sind mit Zustimmung des zuständigen Gesundheitsamts auch weiterhin möglich, wenn die neuen Bewohnerinnen und Bewohner für einen Zeitraum von 14 Tagen in Quarantäne untergebracht werden können“, betonte Huml.

Doch das allein löst aus Sicht des Sozialverbands VdK Bayern nicht die derzeitigen Probleme. Ulrike Mascher, die dem Landesverband vorsteht, sagt: „In den Zeiten der Corona-Krise brechen jetzt die jahrelang verschleppten Probleme in der Pflege auf – sei es in der stationären, in der häuslichen oder in der ambulanten.“ Insbesondere gehe das nun zu Lasten pflegender Angehöriger. Bei den Service-Stellen des VdK häufen sich die Anrufe. Da ist etwa der Fall von Johanna Geisler (*Name geändert*), deren pflegebedürftiger Vater derzeit nach einem Sturz mit einer Oberschenkel-Fraktur im Schrobenhauser Krankenhaus liegt. Er soll zuhause gepflegt werden, aber „es ist bislang noch kein Pflegedienst verfügbar“, wie es seitens des VdK heißt. „Wir haben unseren Vater seit sieben Wochen nicht mehr gesehen, nur noch am Telefon gesprochen“, sagt Johanna Geisler.

Auch bei Peter Bauer (Freie Wähler), dem Patienten- und Pflegebeauftragten der Staatsregierung, laufen Hilferufe betroffener Angehöriger ein. „Viele wären bereit, Eltern oder Partner zu Hause zu pflegen, schaffen das aber nicht alleine“, sagt er. Hinzu komme das Problem, dass die ambulanten Pflegedienste auch aufgrund der verstärkten Nachfrage unter Druck stünden. Zwar sei es absolut richtig, dass die Staatsregierung die Corona-Schwerpunkte schütze – und dazu zählten neben den

Einrichtungen für Menschen mit Behinderung auch die Altenheime. Aber: „Pflegende Angehörige oder auch Betreuer dürfen jetzt nicht allein gelassen werden“, sagt er.

Deutlicher noch wird Ruth Waldmann, die sozialpolitische Sprecherin der Landtags-SPD: „Wenn pflegebedürftige Menschen sowie auch Menschen mit Behinderung durch den Aufnahmestopp nicht mehr in Einrichtungen unterkommen, muss die Staatsregierung sofort dafür sorgen, dass eine menschenwürdige Lösung gefunden wird.“ So ließen sich doch Rehakliniken und Hotels als möglichen Ersatz personell und technisch so ausstatten, dass dort die Pflege und Betreuung gewährleistet werden könne.

Medium: SZ
Datum: 28.04.2020



Pflegenot

Der Aufnahmestopp in Altenheimen stellt Angehörige vor große Probleme.
Doch die Einrichtungen sind Hotspots der Corona-Pandemie

FOTO: STEFAN KOPPELBA

"Heldenessen"

Huml soll eingreifen

red, 02.05.2020 - 11:00 Uhr



Das sogenannte Heldenessen. Ist diese Brotzeit 6,50 Euro Wert? Foto: red

MÜNCHEN/HOF. Der Hofer CSU-Landtagsabgeordnete Alexander König hat die scheinbar missbräuchliche Verwendung des Verpflegungskostenzuschusses der bayerischen Staatsregierung für Pflegekräfte scharf verurteilt.

"Sowohl in den Beispielen der Presse als auch durch Hinweise, die direkt an mich herangetragen wurden, sieht man eindeutig, dass die zur Verfügung gestellten Mahlzeiten nicht annähernd einen Wert von 6,50 Euro aufweisen. Hier haben die Mitarbeiter das Nachsehen. Das darf nicht sein", stellt König in einer Pressemitteilung klar.

Wie berichtet, übernimmt der Freistaat Bayern in allen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen die Verpflegung des Personals. Dafür bezahlt der Freistaat Bayern seit dem 1. April bis auf Weiteres 6,50 Euro pro Tag. Das klappt in vielen Kliniken und auch bei Arbeitgebern wie dem Roten Kreuz vorbildlich.

Viele Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen, vornehmlich aus dem Bereich der Diakonie und der Arbeiterwohlfahrt, beklagen sich aber, dass ihre Arbeitgeber diese Gesten nicht weitergeben. Die kargen Lunchpakete, die sie mittlerweile ironisch als "Heldenessen" bezeichnen, könnten unmöglich dem Gegenwert von 6,50 Euro entsprechen.

Medium: SZ
Datum: 08.04.2020

Es sei die Verantwortung der Staatsregierung diesen Vorwürfen nachzugehen und gegebenenfalls konsequent und mit Nachdruck auf eine ordentliche Verpflegung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zu bestehen. Die Mitarbeiter verdienten eine angemessene Verpflegung im vollen Wert.

„Die vorhandenen Missstände müssen unverzüglich beendet und der Verpflegungskostenzuschuss ordnungsgemäß den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugeleitet werden, sei es in Form von Nahrungsmitteln, Gutscheinen oder Geldzahlungen“, formuliert König deutlich.

Medium: Kurier
Datum: 04.05.2020

Update, 9.55 Uhr - Pflegeheime warnen vor schnellen Lockerungen

Viele Menschen würden am Muttertag gerne wieder ihre Mamas oder Omas, die sich möglicherweise in Pflegeheimen aufhalten, besuchen. Doch **das Besuchsverbot für Heime gilt in Bayern mindestens bis zum Sonntag, 10. Mai**. Deswegen dürfte es damit heuer eher schwierig werden.

Zudem **warnen Pflegeheime vor einer zu schnellen Lockerung der Maßnahmen**. Viele Einrichtungen seien bis dato schlecht auf den erneuten Besuch von Angehörigen vorbereitet. "Wir brauchen Schutzkittel und die Möglichkeit, unsere Mitarbeiter und Bewohner testen zu können, als präventive Maßnahme. **Ohne diese beiden Dinge würde ich mich weigern, die Heime wieder zu öffnen**", sagte Jürgen Salzhuber, Vorsitzender Arbeiterwohlfahrt München, [dem Bayerischen Rundfunk](#). Eine Lockerung ohne mehr Schutz würde das Virus wieder verstärkter in die Heime bringen, betonte Salzhuber.

Ob es am Muttertag möglicherweise Ausnahmen beim Besuchsverbot in Alten- und Pflegeheimen gibt, darüber will das bayerische Kabinett am Dienstag, 5. Mai, diskutieren. **Ministerpräsident Söder (CSU) sei der familiäre Bereich besonders wichtig**, hieß es. Ob sich die Lockerung jedoch kurzfristig und sicher umsetzen ließe, ist unklar.

Medium: Rosenheim24
Datum: 05.05.2020

Besuche: Heime stellen Forderungen

VON SEBASTIAN HORSCH

München – Die Einsamkeit soll Leben retten. Um die Bewohner vor dem Coronavirus zu schützen, herrscht in Bayerns Alten- und Pflegeheimen ein Besuchsverbot. Da aber auch das Alleinsein auf Dauer Spuren hinterlässt, prüft Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU), wie die Regelung gelockert werden kann. Heimbetreiber beobachten ihre Pläne skeptisch.

Natürlich sei der Wunsch groß, seine Angehörigen wiederzusehen, sagt Jürgen Salzhuber. Man habe die Häuser aber „alle abgedichtet“, um die Bewohner zu schützen. Als Vorsitzender des AWO-Kreisverbands München fallen elf Heime mit 1150 Bewohnern in Salzhubers Zuständigkeit. „Wenn dort nur ein Infizierter reinkommt, steigt die Todeszahl erheblich.“ Selbst „Zustände wie in Italien – mit mehreren Leichenwagen vor der Tür“, hält er für möglich. Das liege auch daran, dass vonseiten des Freistaats „keine Präventionsstrategie“ zu erkennen sei, sagt Salzhuber. „Dabei haben wir die Staatsregierung schon im März darauf aufmerksam gemacht, dass es hier um die verletzlichste Gruppe geht“, ergänzt AWO-Bayern-Geschäftsführer Andreas Czerny.

Die AWO hält drei Voraussetzungen für notwendig, um

Ministerin Melanie Huml will das Besuchsverbot in Pflegeheimen lockern. Betreiber warnen vor zu

schnellen Schritten. Von AWO und SPD kommt zudem scharfe Kritik.



Abstand halten: Eine Altenpflegerin und eine Bewohnerin begrüßen sich per Fuß.

FOTO: DPA

die Heime für Besucher und neue Bewohner zu öffnen.

Erstens: Vor einer Lockerung des Besuchsverbots müsse eine ausreichende Versorgung mit Schutzausrüstung gewährleistet sein.

Zweitens: Es brauche Temperaturmessungen bei Mitarbeitern und Besuchern.

Drittens: Es müsse ausreichend Kapazitäten geben, um in den Pflegeheimen wöchentlich zu testen.

1300 Tests in der Woche wären nötig, um allein in den elf Münchner AWO-Häusern stets Klarheit über Neuinfektionen zu haben. Dass dies nicht längst geschieht, darin sieht SPD-Gesundheitsexpertin Ruth Waldmann ein „offensichtliches Versagen von Krisenstab und Gesundheits-

ministerium“. Das Landesamt für Gesundheit (LGL) berichte schließlich, dass es inzwischen freie Testkapazitäten gebe. „Wie kann es sein, dass sie nicht dort zum Einsatz kommen, wo sie gebraucht werden?“, fragt Waldmann. Das sei eindeutig die Aufgabe des Krisenstabs.

Die AWO klagt zudem noch immer über fehlende Schutzkleidung in den Einrichtungen. Seit Anfang März bekomme man so gut wie nichts, bestätigt Altenpflege-Referentin Maïke Hessel. Besonders mangle es an Schutzkitteln. „Unsere Hygieneexpertin hat sich sogar schon damit beschäftigt, wie man aufgeschnittene Mülltüten als Kittel verwenden könnte“, sagt Hessel. Bereits

am 23. April hat die Münchner AWO einen Brief an Ministerin Huml geschrieben, in dem sie auf ihre Not hinweist. Eine Antwort habe man bislang nicht erhalten, sagt Salzhuber. Gegenüber unserer Zeitung heißt es aus dem Ministerium, insbesondere die Beschaffung von Schutzkitteln gestalte sich schwierig.

Auch die Heime in privater Trägerschaft könnten mit der vom Freistaat besorgten Schutzausrüstung alleine nicht auskommen, sagt Joachim Görtz, der Landesgeschäftsführer des Bundesverbands privater Anbieter (bpa), auf Nachfrage unserer Zeitung. Allerdings habe man auf eigene Faust Material bestellen können – auch wenn

das eigentlich Aufgabe des Freistaats sei.

Die Sorge vor möglicherweise zu frühen Öffnungen für Besuche teilt auch Görtz. „Die Ministerin muss vorsichtig bleiben.“ Der bpa hat dazu ein eigenes Schutzkonzept erarbeitet und fordert strenge Bedingungen für Besuche. So müsse unter anderem jeder Besucher einen neuen Mund-Nase-Schutz tragen – keine Alltagsmasken. Dafür müsse der Freistaat den Einrichtungen Sonderkontingente zur Verfügung stellen. Weiterhin müsse es separate Besuchsräume geben. Zudem bräuchten die Einrichtungen 14 Tage Vorlauf. Und bei personellen Engpässen müsse die Einrichtungsleitung das letzte Wort haben.

Medium: Bayern und Region
Datum: 05.05.2020

Kritik an möglichen Erleichterung bei Besuchen in Altenheimen

Klinikleitung kooperiert selbstverständlich vollumfänglich mit den Ermittlungsbehörden. Wir gehen aber davon aus, dass Klinik und Personal alle notwendigen Schutzvorkehrungen getroffen haben.“ Potenzielles Beweismaterial war am vergangenen Freitag bei einer Großaktion sichergestellt worden, wie es seitens des Polizeipräsidiums Niederbayern hieß. „Nach Anordnung durch einen Richter wurde das gesamte Klinikgelände umstellt und von 60 Einsatzkräften, zum Teil in Schutzanzügen, durchsucht“, teilte ein Sprecher mit.

Mit einem Vorstoß an die Öffentlichkeit versucht unterdessen die Arbeiterwohlfahrt in Bayern (AWO), dass es in ihren Einrichtungen im Freistaat gar nicht erst zu weiteren Corona-bedingten Todesfällen kommt, wie es etwa vor einigen Wochen im Würzburger Seniorenheim St. Nikolaus der Fall war. Alarmiert durch die Ankündigung von Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU), sie prüfe, ob es Erleichterungen beim Besuchsverbot für Altenheime und Pflegeeinrichtungen geben könne, sagte Jürgen Salzhuber, der Vorsitzende des AWO-Kreisverbands München-Stadt: „Wenn nur ein infizierter Besucher bei uns reinkommt, ist von einer erheblichen Todesrate auszugehen.“ Er könne bei der

Staatsregierung keine schlüssige Präventionsstrategie erkennen – und das zeige sich an der nach wie vor mangelhaften Ausstattung bayerischer Altenheime mit Schutzkleidung. Aber auch daran, dass Mitarbeiter und Heimbewohner nicht präventiv getestet werden könnten, damit es gar nicht erst zu größeren Infektionsfällen kommt.

Ruth Waldmann, die gesundheitliche Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, erklärte: „Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit meldet, dass die Testkapazitäten nicht ausgelastet sind. Wieso kommen die Tests also nicht dorthin, wo sie gebraucht werden?“ Jedem sei mittlerweile klar, dass die größte Risikogruppe in den Pflegeeinrichtungen lebe. Das Krisenmanagement der Staatsregierung sei, was solche Einrichtungen betreffe, „unverantwortlich und gefährlich“. Aus dem Gesundheitsministerium hieß es: „Den Prinzipien des Schutzes vulnerabler Gruppen folgend, werden die Produkte vorrangig an Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Altenheime, ambulant tätige Ärztinnen und Ärzte sowie den öffentlichen Gesundheitsdienst abgegeben.“ Die Beschaffung von Schutzkitteln sei aber gerade schwierig. **DIETRICH MITTLER**

Medium: SZ
Datum: 05.05.2020

tz MÜNCHEN STARS TV FC BAYERN SPORT BAYERN WELT AUTO MEHR

Situation in Pflegeheimen

Mülltüten als Schutzkittel? Münchner AWO warnt vor „Zuständen wie in Italien“

Aktualisiert: 05.05.20 - 07:47

Ministerin Melanie Huml will das Besuchsverbot in Pflegeheimen lockern. Betreiber warnen vor zu schnellen Schritten. Von AWO und SPD kommt zudem scharfe Kritik.

- Die Einsamkeit soll Leben retten. Um die Bewohner vor dem **Coronavirus*** zu schützen, herrscht in Bayerns Alten- und Pflegeheimen ein **Besuchsverbot**.
- Da aber auch das **Alleinsein** auf Dauer Spuren hinterlässt, prüft Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU), wie die Regelung gelockert werden kann.
- **Heimbetreiber** beobachten ihre Pläne skeptisch.

München - Natürlich sei der Wunsch groß, seine Angehörigen wiederzusehen, sagt Jürgen Salzhuber. Man habe die Häuser aber „alle abgedichtet“, um die Bewohner zu schützen. Als Vorsitzender des AWO-Kreisverbands München fallen elf Heime mit 1150 Bewohnern in Salzhubers Zuständigkeit. **„Wenn dort nur ein Infizierter reinkommt, steigt die Todeszahl erheblich.“** Selbst „Zustände wie in Italien – mit mehreren Leichenwagen vor der Tür“, hält er für möglich. Das liege auch daran, dass vonseiten des Freistaats „keine Präventionsstrategie“ zu erkennen sei, sagt Salzhuber. „Dabei haben wir die Staatsregierung schon im März darauf aufmerksam gemacht, dass es hier um die verletzlichste Gruppe geht“, ergänzt AWO-Bayern-Geschäftsführer Andreas Czerny.

Medium: Tageszeitung
Datum: 06.05.2020

Warten auf den Kreuzfahrtmodus

Bis die Alten- und Servicezentren wieder aufsperrten und dann Mittagessen im Schichtbetrieb bieten können, versorgen Ehrenamtliche die Senioren daheim

Am späten Vormittag wird es normalerweise lebendig in den ebenerdigen Räume an der Daiserstraße, in denen früher einmal die Gaststätte Friedenslinde und später der Wienerwald zu finden waren. Dann kommen bedürftige Senioren aus dem Viertel ins Alten- und Servicezentrum Sendling zum Mittagessen. Kostenlos erhalten sie von Montag bis Freitag eine warme Mahlzeit und dazu Ansprache und Gesellschaft, die viele von ihnen daheim in den oft kleinen und kargen Wohnungen nicht haben. In Zeiten von Corona ist das anders: Die Alten- und Servicezentren (ASZ) sind wie die allermeisten anderen öffentlichen Einrichtungen auch geschlossen. Die Senioren aber wohnen weiter im Viertel und kämpfen mit ihren Problemen.

Regelmäßig halten die Mitarbeiterinnen telefonisch Kontakt zu ihren Klienten

„Unsere Zielgruppe wird sehr, sehr lange auf sehr, sehr vieles verzichten müssen“, sagt ASZ-Leiter Kai Weber. Die Zielgruppe, das sind ältere Menschen, die Grundsicherung erhalten oder ein Einkommen von unter 1350 Euro im Monat haben, zu wenig Geld also, um sich im teuren München würdig über Wasser halten zu können. Es sind Menschen, die oftmals alleine wohnen, sich mit Reha-Anträgen und Krankenkassenzuschüssen, mit chronischen Krankheiten und psychischen Problemen, mit ambulanten Hilfen oder schlicht der Beantragung eines Pflegebettes herum-

schlagen, die sich einsam fühlen und manchmal doch zu stolz sind, Hilfe anzunehmen. Es sind Menschen, die überfordert sind von Maskenpflicht und Ausgangsbeschränkungen. Denen Corona Angst macht und die Unterstützung benötigen, jetzt vielleicht mehr als vorher.

„Wir haben im Betrieb auf die empfohlene Ausgangssperre für Senioren umgeschaltet“, sagt Weber. Das will heißen: Wenn die älteren Sendlinger nicht mehr in die Daiserstraße kommen können, kommen die Mitarbeiter und freiwilligen Helfer eben zu ihnen – unter Einhaltung des Mindestabstands und der Hygieneregeln, versteht sich. Manchmal gibt es auch nur telefonisch Kontakt. Drei Angebote haben sich Weber und sein Team ausgedacht, sie alle sollen die Senioren dabei unterstützen, dass sie daheim bleiben können, versorgt mit allem, was sie brauchen.

Zum einen hat sich in den vergangenen Wochen ein Einkaufsdienst etabliert. Mehr als 20 Freiwillige haben sich im ASZ Sendling, das von der Arbeiterwohlfahrt (Awo) betrieben wird, gemeldet. Sie erhalten von Nachbarn genähte Schutzmasken, Händedesinfektionsmittel und Gummihandschuhe. Und sie bekommen bis zu drei Senioren zugeteilt, für die sie einkaufen gehen. „Ohne Ehrenamtliche würde das nicht gehen“, sagt Weber. Die Vermittlung durch das ASZ sei in vielen Fällen sehr wichtig: So wüssten die älteren Menschen, dass sie sich keinem Betrüger anvertrauten, sondern jemandem, der ihnen wirklich helfen wolle. Das Prinzip klappt: Trotz der schwierigen Klientel verläuft das Ein-

kaufen in den meisten Fällen reibungslos. „Nur vereinzelt haben die Senioren zu hohe Ansprüche“, erzählt Weber. Die wollten eine Brotsorte, die niemand kennt. Oder eine bestimmte Art von Wohnungsdeko, die der Freiwillige nicht finden kann. Hier vermitteln dann die Hauptamtlichen.

„Manche Senioren tun sich unheimlich schwer mit der aktuellen Situation“, erzählt Weber. Sie seien wenig informiert, könnten die staatlich verordneten Einschränkungen nicht einordnen und wüssten nicht, was ihnen geschieht. „Das macht natürlich Angst, einige werden auch aggressiv“, sagt der Sendlinger ASZ-Leiter. Mit den regelmäßigen Anrufen bei fast 270 Personen wollten er und seine Mitarbeiterinnen sicherstellen, dass bei den Klienten alles einigermaßen in Ordnung sei, und an andere Stellen wie den psychiatrischen Krisendienst vermitteln, wenn psychische Probleme schwerwiegender würden.



Weil die Alten- und Servicezentren wegen der Schließung keinen Mittagstisch bieten können, wird bedürftigen Senioren das Essen geliefert. FOTO: ALESSANDRA SCHELLNEGGER

Auch die Sache mit dem warmen Mittagessen ist in Sendling ebenso wie in den anderen 31 Alten- und Servicezentren geregelt. Alle Teilnehmer bekommen, sofern sie das wollen, ihre warme Mahlzeit nach Hause geliefert. Zwischen 10 und 15 Rentner werden direkt aus dem ASZ an der Daiserstraße bekocht, etwa 35 weitere versorgt der Menüdienst der Awo. Anfangs stand nur ein Menü auf der Karte, inzwischen können die Senioren aus sechs verschiedenen Gerichten wählen und bestellen für 14 Tage im Voraus. Bezahlt wird das nicht von den Rentnern, sondern von der Stadt München: Jeder Bedürftige bekommt einen Zuschuss von 9,20 Euro pro Essen. Wer das nicht möchte, kann sich 65 Euro pro Woche für die Einkäufe geben lassen, die die Ehrenamtlichen dann erledigen. „Dass Sozialreferat und Stadtrat hier so schnell reagiert haben, ist ein Glücksfall für unsere Senioren“, sagt Weber.

Und trotzdem will er die Situation nicht schönreden: Denn ASZs sollen alten Menschen soziale Nähe ermöglichen, sie aus ihrer Isolation holen, kulturelle Angebote machen und somit mehr Lebensqualität bieten. „Dies ist jetzt alles nicht mehr möglich“, sagt Weber. Aber eben auch nicht zu ändern momentan. Auch für die Zeit nach der akuten Covid-19-Phase hat das ASZ Sendling schon Pläne. Beim Mittagstisch etwa werde man in den Kreuzfahrtmodus umschalten, berichtet Weber. Der sei schon kurz vor dem Lockdown geübt worden: Die Senioren essen in fest zugeteilten Schichten, um ausreichend Abstand einhalten zu können. **MELANIE STAUDINGER**

Medium: SZ
Datum: 07.05.2020

Awo kritisiert unklare Besuchslockerungen bei Pflegeheimen

Stand: 07.05.2020 | Lesedauer: 2 Minuten



Blick in ein Zimmer des Johannes-Sondermann-Hauses des AWO Altenzentrums. Foto: Jonas Güttler/dpa/Archivbild

Quelle: dpa-infocom GmbH

Augsburg (dpa/lby) - Der Landeschef der Arbeiterwohlfahrt (Awo) will vom bayerischen Gesundheitsministerium klarere Vorgaben, was die Lockerungen des Besuchsverbots in bayerischen Pflege- und Seniorenheimen betrifft. Bisher lägen vom Gesundheitsministerium von Ressortchefin Melanie Huml (CSU) keine Details zu den von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) genannten Auflagen vor, sagte Thomas Beyer der «Augsburger Allgemeinen» (Donnerstagsausgabe). «Wir erwarten vom Hause Huml konkrete Hinweise zur Umsetzung, die bisher fehlen, um Infektionsrisiken zu verhindern», sagte er.

Huml entgegnete am Donnerstag: «Die Äußerungen der Awo sind sachlich nicht nachvollziehbar.» Seit Bestehen der Besuchsverbote werde darüber diskutiert, wie Besuche unter Pandemiebedingungen ermöglicht werden können. «Viele Einrichtungen haben Konzepte erstellt und sind gut vorbereitet. Die Alten- und Pflegeheime haben es zudem in der Hand, das Besucheraufkommen durch ihre Konzepte zu steuern», erklärte Huml. «Ich setze darauf, dass auch die Awo sich ihrer Verantwortung bewusst ist und entsprechend handelt.» Klar sei, dass etwa Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten werden müssten. «Außerdem gilt sowohl für die Besucher als auch für die Besuchten eine Maskenpflicht.»

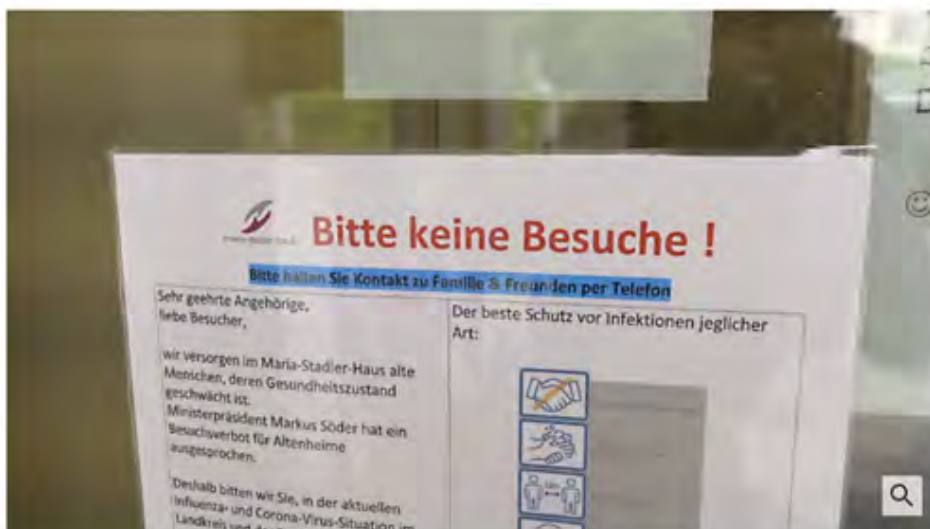
Bayern lockert zum Wochenende das strikte coronabedingte Besuchsverbot in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Dann sind wieder Besuche von einer festen Kontaktperson erlaubt - unter strikten Hygiene- und Schutzmaßnahmen.

Der Awo-Landeschef kritisierte die Wahl des Zeitpunkts, angesichts des erwarteten Besucheransturms am Muttertag. «Wir begrüßen es, dass die Isolation für die Bewohner beendet werden kann, sind aber über die kurzfristige und vom Ministerium in keiner Weise angedeutete Öffnung zu diesem Zeitpunkt irritiert», sagte er der Zeitung.

dpa-infocom GmbH

Medium: SZ
Datum: 07.05.2020

Dement in der Quarantäne



Durch das Besuchsverbot war es Betreuern in den vergangenen Wochen unmöglich, sich persönlich um ihre Schützlinge zu kümmern. (Foto: Claus Schunk)

Der Betreuer Manfred Bock aus Ottobrunn sorgt sich um einen Schützling, der nach einem Krankenhausaufenthalt isoliert werden soll. Er wertet das als freiheitsentziehende Maßnahme und sagt: "Der dreht mir durch!"

Von Daniela Bode, Neubiberg/Ottobrunn

Wie Manfred Bock aus [Ottobrunn](#) geht es derzeit sicher einigen ehrenamtlichen Betreuern von Senioren, die aufgrund einer Krankheit in ihrer Rechtsfähigkeit eingeschränkt sind. Sie wollen das Beste für ihre Schützlinge, durften sie aber wegen der Corona-Pandemie bis zuletzt nicht im Heim besuchen. Noch dazu fühlen sie sich mit Fragen konfrontiert, die ihnen Kopfzerbrechen bereiten. Etwa wenn ein Betreuer, wie bei Manfred Bock, aus dem Krankenhaus ins Heim zurückverlegt werden soll, aber in Quarantäne gehen muss. "Das ist eine freiheitsentziehende Maßnahme, die ich als ehrenamtlicher Betreuer vom Amtsgericht genehmigen lassen muss", meint Bock. Auch wenn die zuständigen Stellen und Experten das anders sehen - das ist nur ein Aspekt, der Bock bei der Angelegenheit "Bauchschmerzen bereitet", wie er sagt.

Bock betreut unter anderem einen dementen, fast 80-jährigen Mann, der normalerweise in der Geronto-Abteilung im Seniorenheim Wilhelm-Hoegner-Haus in Neubiberg lebt. Vor etwa drei Wochen musste dieser wegen einer Erkrankung ins Krankenhaus, die nichts mit dem Coronavirus zu tun hat; nun könnte er bald wieder ins Heim verlegt werden. Ein Corona-Test verlief laut Bock negativ. Doch wegen der Vorgaben einer Allgemeinverfügung des bayerischen Gesundheitsministeriums, die bis 24. Mai verlängert wurde, dürfte er nur ins Heim zurückverlegt werden, wenn er dort für 14 Tage isoliert werden kann, sprich etwa in einem Einzelzimmer untergebracht wird. Das ist aber nicht möglich, auch weil wegen eines Umbaus keine geeigneten Zimmer zur Verfügung stehen. Laut der Allgemeinverfügung müsste er daher für 14 Tage in einer "anderen zur pflegerischen Versorgung geeigneten Einrichtung" untergebracht werden. Bock sorgt sich nicht nur wegen der rechtlichen Problematik, die solche freiheitsentziehenden Maßnahmen seiner Meinung nach mit sich bringen. Er fragt sich, warum eine solche Maßnahme sein muss, obwohl der Betreute negativ getestet wurde. Überhaupt hat er bei einer Quarantäne für seinen Schützling große Bedenken: "Er ist ein Mensch, der sehr viel Spazieren geht. Der dreht mir durch!"

Hans Kopp, Geschäftsführer der Münchner Arbeiterwohlfahrt (Awo), die auch Trägerin des Wilhelm-Hoegner-Hauses ist, betätigt, dass das Heim wegen des Umbaus sehr eingeschränkt sei, was eine Isolierung angehe. Er sieht die Quarantäne für Rückkehrer aus dem Krankenhaus als knifflig an und skizziert auch die schwierige Situation für die Heime. "Natürlich ist es immer ein Eingriff in die Freiheitsrechte. Wir als Träger müssen aber die anderen Bewohner schützen", sagt er. Es könne zu "schwierigsten Situationen" kommen. Denn "mit Zwang darf man nicht operieren", sagt er. Wenn ein Patient etwa trotz guten Zuredens nicht im Zimmer bleibe und man die Tür zuschließen müsste, bräuchte man eine richterliche Anordnung. In den Einrichtungen der Awo München, die in Stadt und Landkreis München liegen, sei das bisher nicht nötig gewesen, sagt er.



Das Landratsamt weist noch auf die Quarantäne in Sonderfällen hin, wenn eine Person sich nicht an die auferlegte Isolation halte. Dann gebe es die Möglichkeit der zwangsweisen Unterbringung etwa in einem abgeschlossenen Krankenhaus. Das sei tatsächlich eine freiheitsentziehende Maßnahme, die vom Amtsgericht geprüft und angeordnet werden müsste. Im Landkreis München sei es aber bisher "glücklicherweise nicht notwendig gewesen", heißt es vom Landratsamt, so eine Maßnahme im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu verhängen.

Richtlinien gelten nur für genesene Covid-19-Patienten

Zu der Frage, ob und warum für einen negativ getesteten Patienten wie im geschilderten Fall eine Quarantäne sein müsse, gibt das Landratsamt Auskunft. Es gebe zwar eine Richtlinie des Robert-Koch-Instituts, nach der bei 48 Stunden Symptomfreiheit und zwei negativen Tests eine Rückverlegung ohne weitere Isolation möglich ist. Dies gelte aber ausschließlich für genesene Covid-19-Patienten, aber nicht für Patienten, die wegen einer anderen Krankheit stationär behandelt wurden und bei denen bisher keine Covid-19-Infektion nachgewiesen wurde. "Hintergrund der Regelung ist, dass ein Mensch auch bei einem negativen Test und fehlenden Symptomen bereits angesteckt worden sein kann", heißt es vom Landratsamt. Gerade in Pflegeheimen könne dies unter Umständen fatale Folgen haben. Insofern sei eine Quarantäne im geschilderten Fall nach derzeitigen Regelungen verhältnismäßig und notwendig und aus Sicht des Gesundheitsamts zu befürworten.

Dass bei der Rückkehr aus dem Krankenhaus in einem Fall wie diesem der Patient erst einmal in Quarantäne muss, hat also Hand und Fuß. Dennoch ist es für Betreuer wie Bock schlimm, mit ansehen zu müssen, wie ihre Schützlinge sich einschränken müssen. Ein Lichtblick ist, dass sie, wenn sie feste Kontaktperson sind, die Betreuten unter strengen Auflagen wieder besuchen dürfen. Dann kann Bock den alten Mann wieder aufpäppeln.

* SZ vom 13.05.2020/nlll [Feedback](#)

Medium: SZ
Datum: 13.05.2020

Gestorben an Einsamkeit



Einsamer Abschied: Heidi Posselt (rechts) und ihre Schwester Lydia Behrendt trauern um ihre Mutter Luise Schleich. Sie ist nicht an Corona, aber wegen Corona gestorben. Die Einsamkeit hat ihr den Lebensmut geraubt. FOTO: NORBERT HABSCHIED

Um die Senioren in den Pflegeheimen zu schützen, durften wochenlang keine Angehörigen mehr in die Einrichtungen. Noch immer gelten in vielen Heimen Ausgangs- und Zugangsbeschränkungen. Viele Senioren leiden sehr unter der Einsamkeit. Drei Angehörige berichten.

Luise Schleich war 81. Sie litt an Demenz, war aber fit und lebensfroh. Jeden Sonntag besuchte sie die Familie, sie spielten zusammen Memory, es wurde viel gelacht. Dann kam Corona – und es waren plötzlich keine Besuche mehr möglich. Luise Schleich lag fast nur noch im Bett. Wenn Heidi Posselt sich telefonisch nach ihr erkundigte, sagten ihr die Pflegekräfte, sie esse gut und schlafe viel. Doch dann verschlechterte sich ihr Zustand immer weiter. Sie musste ins Krankenhaus. Als es ihr besser ging, durfte sie jedoch nicht zurück, weil befürchtet wurde, sie hätte sich in der Klinik mit dem Coronavirus infiziert haben können. Ende April wurde Schleich in eine Tagesklinik für Demenzkranke in München verlegt – un-

ter strenger Quarantäne. Dort baute sie weiter ab. Sie jammere viel und leide an Vereinsamung, teilten die Pflegekräfte der Familie mit. „Meine Mutter hatte Angst, sie war dement und hat nicht verstanden, was passiert“, sagt Heidi Posselt.

Als Luise Schleich Anfang Mai wieder in das Heim nach Oberschleißheim zurück durfte, hatte sie ihren Lebenswillen verloren. Zwei Tage später bekamen Heidi Posselt und ihre Geschwister eine Ausnahmegenehmigung – um sich von ihrer Mutter verabschieden zu dürfen. Den Pflegekräften und Ärzten macht Posselt keinen Vorwurf. Aber sie ist sicher, dass

ihre Mutter wegen den Corona-Schutzmaßnahmen gestorben ist. An Einsamkeit.

Wie Luise Schleich leiden viele Senioren daran, dass sie Monatlang ihre Familien nicht sehen durften. Seit dem 9. Mai können die Senioreneinrichtungen mit individuellem Schutzkonzept zwar wieder Besuche zulassen. Doch gerade die Heime, in denen es viele Corona-Infektionen gab, machen das bislang noch nicht. Und selbst wenn wieder Besuche möglich sind, sei es schwer, die Einsamkeit der Menschen aufzufangen, berichtet Renate Schiller (*Name geändert*). Einer ihrer Angehörigen lebt in einem BRK-Pflegeheim im

Landkreis Starnberg. Sie möchte nicht, dass ihr Name oder der Name der Einrichtung in der Zeitung steht, weil sie fürchtet, dass sich die Situation für ihn dadurch verschlechtern könnte. Denn schon jetzt leide er sehr. „Er ist sehr freiheitsliebend, war immer gern spazieren“, erzählt sie. Seit Mitte März darf er das nicht mehr. Um ihn zu schützen. Schiller kann darüber nur den Kopf schütteln. „Ein Spaziergang wäre doch nicht gefährlich.“ In seinem Heim gibt es kaum Grünanlagen, die Zimmer haben keinen Balkon. „Er leidet extrem, fühlt sich wie im Gefängnis“, berichtet Schiller. „Holt mich hier raus, ich hal-

te es nicht mehr aus“ – diesen Satz hat er schon ein paar Mal am Telefon zu ihr gesagt.

Für Schiller ist es schwer zu ertragen – selbst seit das Besuchsverbot gelockert wurde. „Weil es nicht genug Räumlichkeiten gibt, können wir ihn nicht täglich besuchen“, erklärt sie. „Und die Besuche sind eher traurig, als dass sie ihm Freude bereiten.“ Sie können keinen Kaffee zusammen trinken, nicht mal Obst darf sie ihm gerade mitbringen – und in den Arm nehmen oder berühren schon gar nicht. „So stelle ich mir Besuche in der Strafanstalt vor“, sagt sie. Es fühle sich wie „Pflegehaft“ an, sagt Schiller. „Er hat seine ganzen

Freiheitsrechte verloren.“

Bei dem Münchner Pflegeexperten Claus Füssek häufen sich die Anrufe verzweifelter Angehöriger. „Die Angst vor dem Virus ist in allen Einrichtungen groß“, sagt er. Doch sie müssten kreativer sein, um Lösungen zu finden, damit die Senioren nicht vereinsamen, fordert er. Einigen Heimen gelinge das – aber in einigen gebe es absurde Regeln und Gefängnisähnliche Zustände. Was Füssek ebenfalls große Sorgen bereitet: „Viele Angehörigen haben sich intensiv um die Pflegebedürftigen gekümmert, sie gefüttert, dafür gesorgt, dass sie genug trinken.“ Auch das falle aktuell weg. „Die Pflegekräfte können das nicht auffangen“, sagt er. Deswegen sei zusätzliches Personal nötig.

Auch Ralf Schütt macht sich aktuell große Sorgen um seine Mutter. Bis zu seinem Ruhestand hat er selbst in der Pflege gearbeitet. Er weiß, dass seine demenzkranke Mutter nicht trinkt, wenn man sie nicht ständig daran erinnert. „Sie hat sehr abgebaut, seit sie keinen Besuch mehr bekommen kann“, erzählt er. „Wir sind fast verrückt vor Sorge.“ Denn einer demenzkranken 83-Jährigen ist schwer zu erklären, warum plötzlich niemand mehr kommt. „Zu ihrem Geburtstag im April gab es eine Ausnahme“, erzählt er. Sein Bruder durfte ihr durch die verspiegelte Glastür winken. „Das war wie eine Strafe – und für sie noch schlimmer, als wenn sie ihn gar nicht gesehen hätte.“ Auch jetzt könnten die kurzen Besuche das nicht auffangen. „Es sind ja nicht mal Berührungen möglich“, sagt Schütt. Auch er fürchtet, dass seine Mutter durch Corona ihren Lebensmut verloren hat.

Medium: Münchner Merkur
Datum: 05.06.2020

Helden ein Zuhause geben

Penzberg will Vergaberichtlinien für städtische Wohnungen ändern

Penzberg – Der Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung, beim Personal in Krankenhäusern und der Pflege von Senioren ist ein drängendes Problem, auch in der Stadt Penzberg. Wer in diesen Bereichen arbeitet, kann sich allerdings angesichts des niedrigen Lohnniveaus die zum Teil hohen Mieten in der Stadt nicht leisten. Die Stadtratsfraktion „Penzberg Miteinander“ hat deshalb einen Antrag auf Anpassung der Richtlinien für die Vergabe von städtischen Wohnungen gestellt. Da dieser Personenkreis bei der Vergabe von günstigen Wohnungen bislang nicht berücksichtigt wurde, „wäre es sehr sinnvoll, die entsprechenden Kriterien zu ändern, damit die Stadt hier unterstützend tätig werden kann“, sagte Ute Frohwein-Sendl (Penzberg Miteinander) vor Kurzem im Finanzausschuss des Penzberger Stadtrats. Das Gremium stimmte dem Antrag geschlossen zu und beauftragte die Verwaltung, die entsprechender Kriterien zu erarbeiten.

Frohwein-Sendl verwies auf ein Dilemma, unter dem das von der Arbeiterwohlfahrt betriebene Seniorenzentrum an der Gartenstraße leidet: „Wir kriegen dort keine neuen Leute in der Pflege, wenn die kei-

ne günstige Wohnung vorfinden“, erklärte die Stadträtin. Der Antrag von „Penzberg Miteinander“ überzeugte schließlich auch die übrigen Fraktionen. Christian Abt (CSU) etwa sagte: „Es führt am Ziel vorbei, wenn wir neues Personal für Kindergärten und Seniorenheime gewinnen wollen, die Bewerber aber nur dann Anspruch auf eine günstige Wohnung haben, wenn sie seit mindestens zwei Jahren in Penzberg wohnen.“

Auch die Wohnbau Weilheim will einheitliche Kriterien bei der Vergaben festlegen

Derartige Hürden sollen künftig der Vergangenheit angehören. Die Stadtverwaltung wird die Vergaberichtlinien nun überarbeiten. Allerdings soll dies erst von August an geschehen. Denn Regina Bartusch (SPD) machte den Finanzausschuss des Stadtrats auf einen wichtigen Termin im Vorfeld aufmerksam: Die Wohnbau Weilheim GmbH lädt alle Gesellschafterkommunen, darunter auch die Stadt Penzberg, zu einem Gespräch über einheitliche Verga-

bekriterien für günstige Wohnungen ein. „Es wäre gut, wenn die dort erzielten Ergebnisse abgewartet und eingearbeitet würden“, sagte Bartusch. Das begrüßte unter anderem auch Rüdiger Kammel (Bürger für Penzberg). Die Stadt und die Wohnbau Weilheim vergäben teilweise in denselben Gebäude günstige Wohnungen, erklärte er. „Deshalb ist es wichtig, wenn eine Abstimmung erfolgt.“

Neben der Einheitlichkeit der Kriterien sei auch die Transparenz bei der Vergabe der Wohnungen sehr wichtig, sagte Bartusch weiter. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Unstimmigkeiten beim Projekt an der Gustavstraße, wo die Wohnbau Weilheim Anfang dieses Jahres ein neues Mehrparteienhaus fertiggestellt hatte. „Da wurden in den sozialen Medien einige Mieter, die zum Zuge gekommen waren, regelrecht bedroht“, erinnerte sich Bartusch.

Nachdem die Verwaltung die Vergaberichtlinien für Wohnungen aktualisiert hat und die Ergebnisse des Treffens mit der Wohnbau Weilheim eingearbeitet sind, soll dann im Stadtrat endgültig über sie abgestimmt werden.

VECA

Medium: SZ
Datum: 01.07.2020

Ein Dankeschön für den pausenlosen Einsatz

Lions Club Schleißheim spendiert Pflegekräften Gutscheine für ein Essen

VON CHARLOTTE BORST

Ober-/Unterschleißheim – Ein gutes Essen, dazu ein Schluck Wein – wem möchte man diese Freude nicht mehr wünschen als den Menschen, die an ihr Limit gehen, um Alte und Kranke zu versorgen. Und die dabei ihre eigene Gesundheit riskieren.

Der Lions Club Schleißheim dankt den Pflegekräften der Seniorenheime in Oberschleißheim und Unterschleißheim mit einer Gutschein-Aktion: Die 138 Pflegekräfte können in 18 Restaurants Genuss-Gutscheine im Wert von 25 Euro einlösen. Indirekt werde so auch die örtliche Gastronomie gefördert, sagt Hermann Meyer, Präsident des Lions Clubs.

Mirela Vukoje vom Unterschleißheimer Haus am Valentinspark und Jürgen Agne vom AWO-Senioren-Park in Oberschleißheim freuen sich über dieses Dankeschön. „Das Personal leistet seit Monaten zusätzliche Aufgaben zur ohnehin anstrengenden Arbeit“,



Genuss-Gutscheine als Dankeschön für die Pflegekräfte, die an ihr Limit gehen. Lions Club-Präsident Hermann Meyer und Einrichtungsleiter Jürgen Agne (r.). FOTO: GEFÖ

sagt Agne. Die Anerkennung habe die Pflegebranche während der Corona-Pandemie in Wellenbewegungen erreicht.

„Am Anfang wurde die Leistung des Pflegepersonals in der Öffentlichkeit viel gelobt“, erzählt Agne. Die Nachbarn in der Straße hätten abends applaudiert, die Kinder aus der benachbarten Krippe malten Bilder. „Irgendwer legt immer bemalte Steine ab.“ Nette Gesten, „die tun den Mitarbeitern wirklich gut“.

Die Aufgaben in den Einrichtungen hätten sich seit März verschoben. „In der ersten Phase mussten die Pflegekräfte den fehlenden Kontakt zu den Angehörigen kompensieren, in der zweiten den Kontakt aufrecht erhalten über Skype oder Telefon“, so Agne. Jetzt, wo das Besuchsverbot zur Kontaktbeschränkung wurde, müssen die Besuche organisiert werden.

Mehr Geld für Pflegekräfte ist das Eine – die Pflegeprämie vom Bund beträgt bis zu 1000 Euro und wird bis 15. Juli aus-

Pfleger Stefan Hellrigl arbeitet seit neun Jahren im Haus. Acht Stunden mit Schutzkleidung, Handschuhen und Maske seien anstrengend, aber notwendig. Der 38-Jährige hat die Situation schnell akzeptiert und setzt die Hygieneregeln aus Überzeugung gewissenhaft um. Gerade die Patienten, die aus dem Krankenhaus zurückkommen, müssen 14 Tage isoliert bleiben. „Oft müssen sie dazu in ein anderes Zimmer umziehen. Das ist schwierig für die Bewohner. Wir müssen das umsetzen, aber der Mensch im hohen Alter versteht das nicht.“ Ärger und Beschwerden bekommen die Pflegekräfte ab. „Den fitten Leuten erkläre ich es, denen lese ich auch die Meldungen der Staatsregierung vor.“ Für andere, die neue Regeln sofort vergessen, brauche man eben Geduld, sagt er gelassen. „Das einzige, was ich tun kann, ist, die Leute zu schützen und Optimismus zu verbreiten.“ Das Schöne sei, „wir haben hier einen großen Zu-

gezahlt. Die AWO und der Freistaat haben zusätzliche Boni spendiert. Aber im Gesundheitswesen sei ein grundsätzliches Umdenken nötig. „Wenn wir so eine Lobby wie die Auto- oder Pharma-

industrie hätten, wäre einiges Besser“, sagt Jürgen Agne. Er wünscht sich, „dass die Wertschätzung, die die Branche zu Anfang der Krise bekommen hat, in den Köpfen hängen bleibt.“

sammenhalt“.

Der 38-Jährige hat den Bonus vom Freistaat – 500 Euro – nicht beantragt. Von der Regierung ist er „etwas enttäuscht“. Die Politiker hätten mehr Präsenz zeigen können. „Für die alten Menschen hätte man doch so viel mehr machen können“, findet er, „zum Beispiel hätten mehr Tests mehr Sicherheit auslösen können.“

Erst jetzt – wo Tests für jeden möglich sind – wird es auch im Oberschleißheimer Heim Reihentests geben, für das Personal und für Risikopatienten, die Kontakt nach außen haben. „Nächste Woche fangen wir an“, sagt Jürgen Agne.

Lockerungen, über die sich andere freuen, darf sich die Pflege nicht erlauben: „Wir haben eine besondere Verantwortung, unsere Bewohner zu schützen“, sagt Agne. So viel Solidarität verdiene Anerkennung, sagt Lions-Präsident Hermann Meyer, dafür ist die Gutschein-Aktion ein besonderes Dankeschön.

Münchner Wochen Anzeiger
 Startseite Anzeigen Themen Stadtteile Gewinnspiele Lokal Einkaufen Termine Jobs Über uns Corona Spezial

Sie sind hier: Startseite > München

Mittwoch, 08.07.2020, 10:11 Uhr red/isc

Der Mensch steht immer im Mittelpunkt

Eröffnung des Hermann-Memmel-Hauses in der Blieskastelstraße 14



Hier klicken für weitere Bilder

Kleine Eröffnungsfeier im Hermann-Memmel-Haus; (v.l.) Jürgen Salzhuber (Vorsitzender Thomas-Wimmer Stiftung), Jona Luther (Stadtrat), Karin Häring (Geschäftsführerin AWO München ConceptLiving GmbH). (Bild: AWO München-Stadt)

Verwandte
 Hand au
 Vermo
 Hand



Stefanie Tischbierek. (Bild: ko)

Mit Stefanie Tischbierek hat das Alten- und Servicezentrum (ASZ) Laim eine neue Führung. Im Dezember 2018 übernahm die 51-Jährige, die gebürtig aus Odertal (Schlesien) stammt, die Leitung des ASZ im Kiem-Pauli-Weg 22. Träger des ASZ Laim ist die Arbeiterwohlfahrt (AWO). Mit der AWO als Arbeitgeber und mit dem Stadtteil Laim ist Stefanie Tischbierek schon seit vielen Jahren verbunden: Sie war sowohl in der Psychosozialen Betreuung der AWO in der Stiftungssiedlung „Alte Heimat“ als auch als Sozialpädagogin im Thomas-Wimmer-Haus tätig. Nun gestaltet sie das ASZ Laim als Einrichtungsleitung

mit.

Seit 37 Jahren bietet das ASZ Laim den Senioren im Viertel ein breites Angebot an Beratung und Information sowie Unterstützung und auch Freizeitgestaltung. Infos rund ums Angebot bietet die Seite <https://www.awo-muenchen.de/senioren/begegnung-beratung/alten-und-service-zentren/einrichtung-in-ihrer-naehe/alten-und-service-zentrum-laim/ueber-uns/> im Internet.

1. Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Über den trockenen Humor meiner Tochter.

2. Was ist Ihre früheste Kindheitserinnerung?

Die Kirschenernte im Garten meiner Eltern.

3. Ihre Eltern waren?

Trotz der Großfamilie, jederzeit für jeden einzelnen von uns Geschwistern da und sind bis heute ein wichtiger Bestandteil meines Lebens.

4. Welches Buch lesen Sie gerade?

"Mein Herz in Zwei Welten" von Jojo Moyes.

5. Welche Aufgabe schieben Sie am längsten vor sich her?

Die Beantwortung von Interviews.

6. Was macht Ihnen Angst?

Die politische Radikalisierung, die in unserer Gesellschaft vorherrscht.

7. Was möchten Sie auf jeden Fall einmal tun?

Frauen in unserer Gesellschaft dann zu stärken, selbstbewusst und unabhängig in unserer Gesellschaft zu agieren.

8. Das Dümme, das Sie je gemacht haben?

Bei Unwetter hinaus zu rennen, um meine heißgeliebten Pflanzen zu retten. Dabei wäre ich beinahe selbst vom Hagel getroffen worden.

9. Hätten Sie drei Wünsche frei, dann ...?

Würde ich mir wünschen, dass die Menschen trotz Hektik, stets freundlich, wohlwollend und behutsam miteinander umgehen.

10. In 15 Jahren sind Sie?

Fast in der Rente.

11. Das schönste Kompliment, das man Ihnen gemacht hat?

Ich bin dankbar, dich kennengelernt zu haben.

12. Das schönste Kompliment, das Sie jemandem gemacht haben?

Bleiben Sie wie Sie sind!

13. Ihr Lieblingsplatz in München?

Die Grünanlagen des Nymphenburger Schlosses.

14. Ihr liebstes Reiseziel?

Ligurien, in Italien.

15. Was ist der wichtigste Rat, den Sie Ihren Kindern mitgeben könnten?

Stets ihren Plänen und Träumen treu zu bleiben.

16. Was sollte auf Ihrem Grabstein stehen?

Das Leben war schön.

Medium: Münchner Wochen-
anzeiger
Datum: 08.07.2020

Wie viel ein gemeinsames Essen bedeutet

Wegen der Pandemie mussten die 32 Alten- und Servicezentren offene Angebote einstellen.

Die Senioren trifft das hart, nur langsam kehrt Normalität zurück

An den Tag, der so einschneidende Veränderungen brachte, erinnert sich Stefanie Tischbiereck noch ganz genau. Für die Leiterin des Alten- und Servicezentrums Laim der Arbeiterwohlfahrt war es eine schockierende Nachricht, dass von diesem Tag an alle Freizeiteinrichtungen geschlossen bleiben mussten. „Wir leben davon, dass die Leute zu uns kommen, dass wir offen sind für Veranstaltungen“, sagt Stefanie Tischbiereck. Die über die Stadt verteilten 32 Alten- und Servicezentren (ASZ) sind Angebote der offenen Altenhilfe, ihre Arbeit soll einer Vereinsamung älterer Menschen entgegenwirken, Probleme lösen. Für viele Senioren gerade auch mit geringem Einkommen hat sich der Mittagstisch im ASZ zu einem willkommenen Anlass entwickelt, mal wieder unter Menschen zu gehen.

Doch seit Dienstag, 17. März, war es damit erst einmal vorbei: Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie mussten die Alten- und Service-Zentren geschlossen bleiben. Deswegen länger in Schockstarre zu verfallen, konnten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht leisten. „Wir mussten unsere Arbeit so organisieren, dass keine Lücken entstehen. Wir haben an unsere Leute gedacht, überlegt, wie machen wir das jetzt mit der Versorgung“, erzählt Stefanie

Tischbiereck. „Dann haben wir alle uns bekannten Personen abtelefoniert und mit ihnen besprochen, wie wir sie versorgen können.“ So seien die Teilnehmer des Mittagstischs dann zwei bis drei Mal pro Woche mit Fertigménüs beliefert worden.

Regelmäßig Kontakt zu halten mit den ASZ-Gästen war wichtig. „Viele von unseren Leuten sind krank und bedürftig“, erklärt Stefanie Tischbiereck. Zudem seien auch alle Themen weiter präsent, die im Leben vorkommen: Einen Umzug organisieren oder einen Antrag auf Pflegeleistungen stellen, einen Pflegedienst finden. Und

„Die Leute sind heilfroh, wieder ein konkretes Ziel für den Tag zu haben.“

dort, wo unter dem Eindruck der Corona-Pandemie und der Kontaktbeschränkungen psychische Krisen drohten, den Kontakt telefonisch zu halten, um so zur Entlastung beizutragen. „Viele Leute waren verängstigt“, sagt die ASZ-Leiterin. In den Telefongesprächen kam das zum Ausdruck, etwa in Fragen zum richtigen Verhalten, um eine Ansteckung zu vermeiden. Mit zunehmender Dauer der Kontaktbeschränkungen litten die Senioren unter Einsam-

keit, zumal viele allein leben. Eine Befragung durch das Sozialreferat habe ergeben, dass mit der Isolation eine deutliche Zunahme psychischer Belastung einherging. „Das Fehlen von Sozialkontakten, mangelnde Kommunikation und Bewegung führt bereits nach relativ kurzer Zeit zu physischem Abbau und psychischen Sorgen“, stellt Sozialreferentin Dorothee Schiwy (SPD) fest. Eine Beobachtung, die Stefanie Tischbiereck nur bestätigen kann. Manche Senioren hätten körperlich in den vergangenen vier Monaten erheblich abgebaut.

Weil Senioren nicht nur aufgrund ihres Alters, sondern wegen Krankheit oder Behinderung zur Risikogruppe gehörten, fiel auch das Einkaufen weg, das noch ein wenig Abwechslung hätte bringen können. „Soziale Arbeit ist in dieser Zeit besonders wichtig“, sagt Stefanie Tischbiereck. „Den Menschen Hoffnung und Zuversicht geben, die Furcht nehmen, dass Schlechtes passiert.“ Dabei hätten auch die ehrenamtlichen Seniorenbegleiter geholfen, die den Kontakt zu denen von ihnen betreuten älteren Menschen in der schwierigen Zeit telefonisch hielten.

Während der Ausgangsbeschränkungen habe sich rasch die zentrale Bedeutung der ASZ auch als Anlaufstelle für die Beratung und psychosoziale Betreuung älterer Menschen gezeigt, betont Sozialreferentin Schiwy. Die ASZ hätten in den vergangenen Wochen „keinen einzigen Tag ihren Betrieb eingestellt“, sondern bestmögliche Unterstützung geboten. Menschen mit geringem Einkommen konnten über die ASZ kostenlos Essen auf Rädern oder eine Grundversorgung mit Lebensmitteln sowie mit Hygiene- und Pflegeartikeln erhalten. Allein von Mitte März bis Mitte Mai hätten die ASZ etwa 15 000 ältere Menschen erreicht und begleitet, im Schnitt knapp 500 je ASZ.

Inzwischen hätten die Zentren damit begonnen, schrittweise wieder zu öffnen, berichtet Schiwy auf Anfrage der SPD/Volt-Stadtratsfraktion. Angefangen hat es mit der Beratung unter Beachtung der nötigen Schutzmaßnahmen, wie etwa Plexiglaswänden. Seit dem 29. Juni findet im ASZ Laim wieder der Mittagstisch statt, natürlich nach üblichen Hygiene- und Schutzvorkehrungen. „Die Leute freuen sich, wieder rauszukommen, es wird wieder lauter bei uns“, sagt Stefanie Tischbiereck. Auch wenn es noch kein offener Betrieb ist: „Mit telefonischer Anmeldung können die Leute wieder zu uns kommen.“ Um Einlass zu erhalten, müssen sie an der Tür klingeln. „Die Leute sind heilfroh, wieder ein konkretes Ziel für den Tag zu haben, aus dem

Haus zu gehen und bei uns etwas Gesundes zu essen zu bekommen.“ Dank eines großen Raumes dürfen 24 Personen und somit fast alle zum Mittagstisch mit Abstand kommen. „Manche Leute holen sich das Essen ab, sie wollen mehr Sicherheit.“

Auch ruhige Angebote für kleinere Gruppen, wie etwa das Frauenfrühstück, laufen wieder an. Doch vom Normalbetrieb, als täglich bis zu 250 Leute die verschiedenen

Angebote nutzten, ist das ASZ Laim noch weit entfernt, derzeit kommen etwa 40 bis 50 Leute. „Wir sind einfach noch nicht in der Zeit, in der wir früher waren“, sagt die Leiterin. „Eine weitere Öffnung oder aber eine Rückkehr zu stärkeren Einschränkungen sei „sehr stark abhängig vom Infektionsgeschehen und bleibt eine Gratwanderung“, fasst Schiwy die Situation zusammen.

SVEN LOERZER



Stefanie Tischbiereck (rechts) ist Leiterin des ASZ Laim. Sie und ihr Team haben auch während der Ausgangsbeschränkungen

den Kontakt zu Seniorinnen und Senioren gehalten. Nun freut sie sich, dass die Angebote wieder ausgeweitet werden können.

FOTOS: ROBERT HAAS



Medium: SZ
Datum: 17.07.2020

Mit Smileys aus dem grauen Nebel

Ein Tablet hilft. Demenzkranke besser zu verstehen und beschäftigen. Manchmal entdeckt der Algorithmus Interessen, die nicht mal Angehörige kennen

München – „Wie geht es Ihnen heute?“, grüßt das Tablet. Zur Auswahl stehen drei Smileys: Mundwinkel nach oben, gerade oder nach unten. Wer einen auswählt, gelangt in ein simples Menü, in dem Bilder, Ratespiele und Lieder zum Mitsingen angeboten werden. Ein Hund, der durch eine Allee läuft, zwei glänzende Kastanien, eine Quizfrage: „Was essen die Stuttgarter gerne – Maultaschen oder Weißwürste?“ Die Inhalte sind bunt und leicht verständlich, die möglichen Aktionen einfach auszuführen. Am Bildschirmrand rechts oben leuchtet ein roter Punkt: Aufnahme läuft. Seit vier Jahren ist in sieben Karlsruher Pflegeeinrichtungen das System „I-Care“ im Einsatz. Die Tablets sollen Gefühle von Demenzpatienten erkennen und diese durch automatisierte Empfehlungen zu Aktivitäten und Gesprächen animieren.

Nach jüngsten Einschätzungen der Deutschen Alzheimer-Gesellschaft sind hierzulande 1,6 Millionen Menschen von Demenzercheinungen betroffen, bei den über 65-Jährigen jeder Zehnte. Geistige, soziale und körperliche Fähigkeiten gehen zurück, das Gedächtnis schwindet. Der Pflegebedarf kann oft kaum bewältigt werden, und die Fallzahlen werden in einer alternen Gesellschaft weiter ansteigen. Das macht digitale Technologien attraktiv, die versprechen, Pflegende und Angehörige zu entlasten. Herz- und Atemfrequenz können kontaktlos gemessen werden, und Infrarot-Fußleisten registrieren, wenn jemand stürzt oder den Raum verlässt.

Die Tablets von I-Care sollen Demenzerkrankte in ihren geistigen und motorischen Fähigkeiten fördern und sie ermuti-

gen, mit Angehörigen zu kommunizieren. Den Nutzern werden dafür sogenannte Aktivierungsinhalte zugespielt: Bilder, Filme, Spiele oder Karaoke-Videos. Das System registriert, wie die Patienten reagieren: durch Smileys, die sie auswählen, oder intelligente Sensorik. Kamera, Mikrofon und Touchscreen erfassen Mimik, Stimme und Bewegungen. Das Tablet lernt dazu und merkt sich über die Sitzungen hinweg die Nutzer und ihre Vorlieben. Wer bei klassischer Musik eine positive Regung zeigt, dem schlägt das Programm beim nächsten Login ähnliche Musik vor. Auch die Tages-

form wird dabei berücksichtigt. Die Inhalte sollen vor allem das Langzeitgedächtnis und Gefühle ansprechen. Deshalb können nach Absprache auch persönliche Informationen wie Familienfotos in die Datenbank des Systems eingespeist werden.

„Aktivierung ist das, was am besten die Ressourcen erhält, die noch vorhanden sind“, sagt Tanja Schultz. Die Professorin für Kognitive Systeme an der Universität Bremen hat das Projekt initiiert. Es habe sich zunächst an Empfehlungssystemen ähnlich dem von Amazon orientiert: Wenn eine Person auf einen Inhalt fröhlich reagiert, schlägt es ihr ähnliche Inhalte vor. Es habe sich aber gezeigt, dass es weniger wichtig sei, ob die Person mit Freude auf einen Inhalt reagiere, sondern dass sie überhaupt „mitgeht“, wie Schultz sagt. Engagement lasse sich leichter identifizieren als einzelne, nuancierte Gefühle wie Neugierde oder Nostalgie.

Eine Herausforderung ist Gesichtserkennungsverfahren. „Bei Menschen mit Demenz bleibt das Gesicht bei Emotionen oft relativ unbewegt“, sagt Schultz. Zudem würden viele Systeme mit Datensätzen jüngerer Gesichter trainiert. Nicht nur die Gesichtszüge, auch die Flexibilität in der Gesichtsmuskulatur könne sich zwischen Altersgruppen stark unterscheiden. Das mache die Mimik älterer Menschen für solche Systeme ohnehin schwerer zu deuten. Laut dem Unternehmen Videmo, von dem die Bilderkennungssoftware stammt, kann

Mit einer Bild-Software können auch Emotionen der Patienten erkannt werden

die Technologie vom gezielten Arbeiten mit älteren Menschen profitieren. Doch noch beteiligten sich nicht genügend Tester – üblicherweise fließen Abertausende von Videodaten in solche maschinelle Lernprozesse.

Zurzeit werden die Tablets nur in Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Karlsruhe genutzt. 30 Test-Tandems aus Patienten und Angehörigen nehmen teil, zusätzlich wurden Geräte an Privatpersonen vermittelt. Unter ihnen ist Rita La-

benz, die ihren 83-jährigen Vater bei sich zu Hause pflegt. Seit einer Gehirnblutung vor 25 Jahren ist er zum Teil gelähmt, mittlerweile ist Demenz dazugekommen. Dass er das Tablet so annehmen würde, hätte sie nicht gedacht: „Mein Vater war Handwerker und hatte in seinem Leben keinen Computer in der Hand.“ Ihr helfe das Gerät, Themen zu finden, wenn der Gesprächsstoff untereinander ausgegangen ist. Dass ihr Vater am liebsten Märchen hört, war für sie neu. Die Sensoren zur Emotionserkennung bleiben bei Familie Labenz ausgeschaltet, denn das Datenschutzkonzept kann nur in betreuten Sitzungen gewährleistet werden.

Bei der sensiblen Probandengruppe von I-Care ist Datenschutz ein zentraler Punkt. Patienten könnten das System nicht immer ausreichend verstehen, um ihr Einverständnis zu geben oder sich danach nicht mehr daran erinnern. Und die sogenannte informierte Einwilligung ist ein zentrales Konzept im Datenschutz. „Der Ethik- und Datenschutzantrag war größer als der eigentliche Projektantrag“, sagt Tanja Schultz. Der Technikeinsatz werde ausführlich mit Patient und Angehörigem besprochen. Die Patientendaten werden im Systemspeicher verschlüsselt und sind nur für berechtigte Nutzer zugänglich.

Mit Auslaufen des Projektzeitraums brach Ende 2018 die Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung weg. Dass die AWO Karlsruhe das Projekt dennoch fortgesetzt habe, sei etwas besonderes, sagt Tanja Schultz. Und auch Rita Labenz hat ihr Tablet nie zurückgegeben.

MARISA GIERLINGER



Kaum Berührungsängste: Senioren am Tablet.

FOTO: IMAGO

Medium: SZ
Datum: 22.07.2020

Stundenweise Entlastung



Entlastung für Angehörige: Von Herbst 2022 an stehen aller Voraussicht nach zehn Tagespflegeplätze im Seniorenzentrum der Awo zur Verfügung. (Foto: dpa)

Die Stadt möchte die Betreuungssituation für Senioren verbessern. Ein erster Schritt sind zehn neue Tagespflegeplätze

Der demografische Wandel ist auch Thema in der Stadt [Penzberg](#). Seit Längerem beschäftigt den Stadtrat die Frage, welche Betreuungs- und Pflegeangebote für Senioren ausgebaut oder neu geschaffen werden müssen. Im Juli hatte die Grünen-Stadtratsfraktion den Antrag gestellt, die Stadt möge die Einrichtung einer Tagespflege aktiv forcieren. Eine erste Entlastung in diesem Bereich schafft die Einrichtung von zehn Tagespflegeplätzen im Seniorenzentrum der Arbeiterwohlfahrt (Awo München-Stadt) an der Gartenstraße. Die Plätze stehen voraussichtlich von Herbst 2022 an zur Verfügung.

Oft sind Angehörige mit der zu pflegenden Person allein. Das führt in vielen Fällen zu physischen und psychischen Belastungen. Um es diesem Personenkreis zu ermöglichen, Familie und Freizeit, aber auch in hohem Maße die eigene Berufstätigkeit in Einklang zu bringen, ohne ständiges Gefühl des Überfordertseins, bedarf es unterschiedlichster Formen von Betreuungseinrichtungen. Eine davon ist die Tagespflege, also die zeitweise Unterbringung in einer Pflegeeinrichtung.

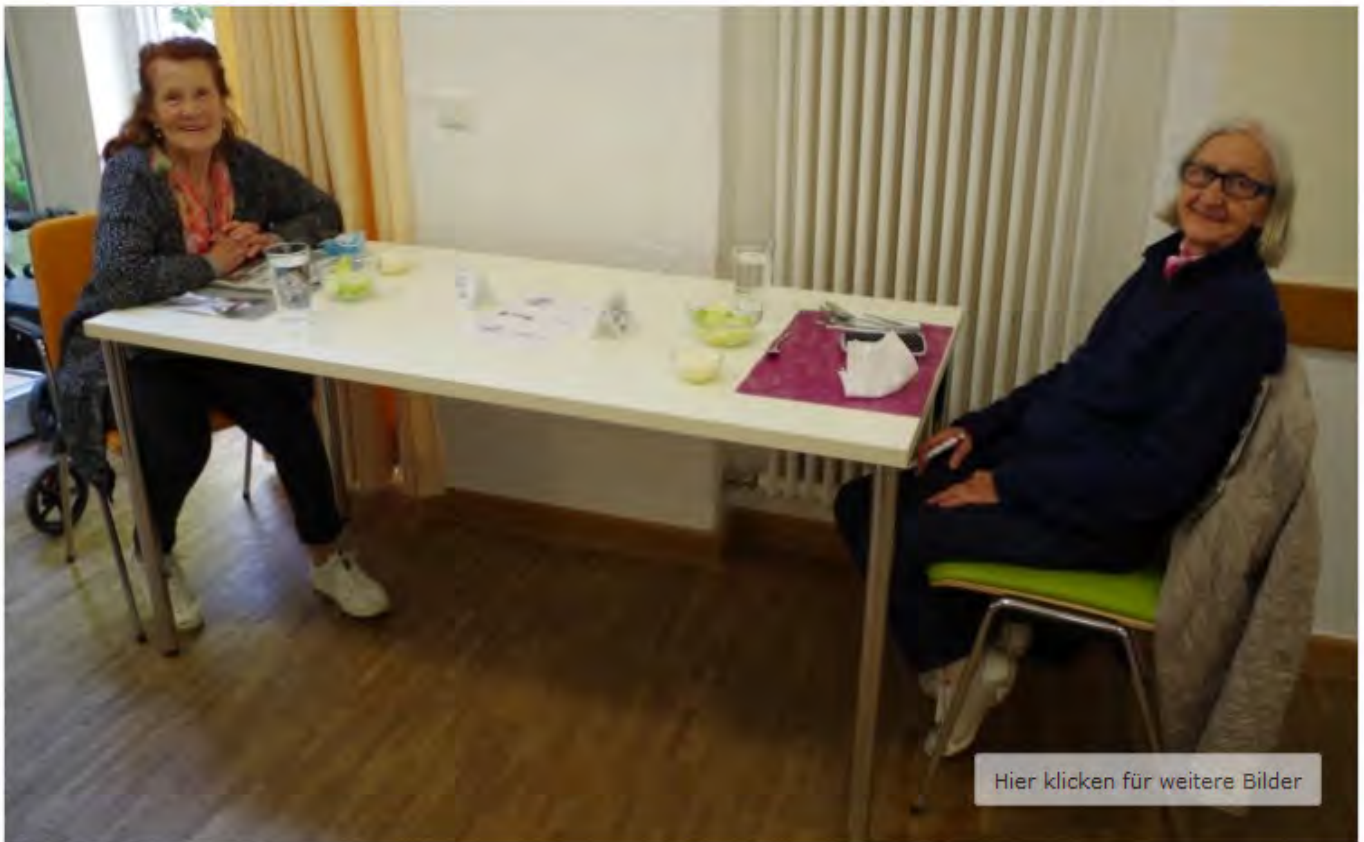
Die Penzberger Grünen forderten in ihrem Schreiben die Verwaltung auf, ein geeignetes Grundstück zu suchen wie auch einen Träger für die Einrichtung. Ebenfalls schlugen sie vor, die Stadt solle die ersten beiden Jahre einen Defizitenausgleich zusagen. Viele Penzberger würden ihre Angehörigen zur Tagespflege nach Seeshaupt fahren, führte Kerstin Engel (Grüne) in ihrer Antragsbegründung aus. Demnach gebe es einen Bedarf in der Stadt. "Diesen sollten wir decken", sagte sie und einen möglichen Träger finanziell unterstützen. Dass die Awo zehn Plätze an der Gartenstraße schaffen wolle, freue ihre Fraktion. Engel bat darum, dass die Awo ein Mal im Jahr dem Stadtrat berichten solle, wie sich das Seniorenzentrum an der Gartenstraße entwickle. Sicher ist sich Engel, dass der Bedarf an Tagespflegeplätzen in Penzberg größer sein wird. Daher sollte die Stadt - eventuell mit einem zweiten Träger - über eine weitere Einrichtung nachdenken, etwa auf dem Gelände des alten Schlachthofs an der Karlstraße 6. Die Tagespflege könnte dort mit

Im Penzberger Rathaus hat man die Notwendigkeit erkannt, die Angebote für die Betreuung von Senioren auszubauen. Wenngleich man den Bedarf an Tagespflegeplätzen durch die Awo München-Stadt vorerst gestillt sieht. Das zweite Seniorenheim in Penzberg, der Steigenberger Hof, hält zwei Plätze vor, die aber laut Auskunft der Heimleitung nur zögerlich nachgefragt worden seien. Trotzdem sehe man auch dort, dass ein Ausbau dieses Unterbringungsangebots langfristig nötig ist. Allerdings ist am Steigenberger Hof nicht geplant, die Plätze aufzustocken. Beide Heimleitungen empfehlen, eine Tagespflege an eine bestehende Senioren-Einrichtung zu koppeln. Sollte absehbar sein, dass die vorhandenen Plätze nicht ausreichen, soll sich der Stadtrat erneut mit dem Thema befassen.

Medium: SZ
Datum: 31.08.2020

„Ein großes Bedürfnis nach Nähe“

Mittagstisch im Alten- und Servicezentrum Laim ist offen



[Hier klicken für weitere Bilder](#)

Tischnachbarinnen auf Abstand: Unter Einhaltung strenger Hygiene- und Abstandsregeln kann im Alten- und Servicezentrum (ASZ) Laim wieder täglich zu Mittag gegessen werden. (Bild: kö)

Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen, so heißt es. Besonders gut bekommt es Leib und Seele, wenn man in Gesellschaft isst, sich austauscht und Gemeinschaft lebt. Das Alten- und Servicezentrum (ASZ) Laim bietet daher täglich einen warmen Mittagstisch an. „Das Hauptziel ist es, den Menschen in der Großstadt einen Raum für soziale Interaktion zu bieten und so der Isolation im Alter entgegen zu wirken“, sagt Stefanie Tischbierek, die das ASZ Laim im Kiem-Pauli-Weg 22 leitet. Nach monatelanger, Corona bedingter Schließung, hat der Mittagstisch nun wieder offen und erfreut sich so großer Beliebtheit wie eh. „Es gibt ein großes Bedürfnis nach Nähe und Unterhaltung“, weiß Annette Stang, pädagogische Mitarbeiterin, die für den Mittagstisch im ASZ Laim zuständig ist.

Offen für alle

Der Mittagstisch steht allen Münchner Senioren offen. Die Motive, zum Mittagsessen ins ASZ Laim zu kommen, sind indes vielfältig. Da gibt es jene, die gerne mal kostengünstig zum Mittagsessen ausgehen möchte statt zu kochen. Andere wollen statt alleine lieber in Gesellschaft tafeln. Hier trifft man neue Bekannte oder bereits gewonnene Freunde. Verschiedene Fördermodelle ermöglichen es, so dass keiner seine Entscheidung für oder gegen das Mittagsessen im ASZ aufgrund seines Budgets fällen muss: Regulär kostet das Mittagsmenü mit Vorspeise, Hauptgang und Dessert 5,30 Euro. Wer sich das nicht leisten kann, bekommt Hilfe. Neben Kostensenkungen reichen die Förderungen bis hin zur kompletten Kostenübernahme. „Die Grundsicherungsbezieher haben die Möglichkeit kostenfrei bei uns zu essen, wenn die Landeshauptstadt diesen Antrag bewilligt“, sagt Stefanie Tischbierek. Seit 2019 gibt es zusätzlich einen Zuschuss für jene Münchner, die ein Einkommen bis 1.350 Euro monatlich nicht überschreiten.

Vom traditionellen Schweinebraten mit Knödel bis hin zu vegetarischen Gerichten tischt das ASZ täglich frisch auf. Zubereitet wird das Mittagsmenü im benachbarten Kompetenzzentrum München, das ebenso wie das ASZ Laim von der AWO (Arbeiterwohlfahrt) betrieben wird. Pünktlich für 12 Uhr wird ins ASZ geliefert. Wenn einzelne Besucher das Gericht des Tages aus gesundheitlichen Gründen nicht essen können, gibt es eine Alternative in Form von tiefgefrorenen Fertigmenüs. Diese Fertigmenüs waren während der Corona bedingten Schließung für viele eine wichtige Mahlzeit des Tages.

Auf Abstand, aber gemeinsam

Am 17. März war der letzte Mittagstisch im ASZ Laim, bevor die Türen Corona-bedingt geschlossen blieben. Bis zum 29. Juni durfte der Mittagstisch nicht öffnen. „Unser Bufdi (Bundesfreiwilligendienst) Daniel Pinzon Sierra hat aber viele Fertiggerichte zu den Senioren nach Hause geliefert“, erinnert sich Annette Stang. Dass nun wieder gemeinsam in der Cafeteria des ASZ gegessen werden kann, freut viele. Früher kamen bis zu 35 Personen, auch mal 40 Personen täglich zum Mittagessen. Aufgrund der streng eingehaltenen Abstandsregeln gibt es nunmehr noch 24 Plätze für den Mittagstisch. Das ASZ versucht dennoch allen, die kommen wollen, einen Platz zu ermöglichen, im Zweifel wird in Schichten gegessen. „Manche möchten auch lieber erstmal nicht kommen und holen sich die fertigen Menüs ab“, sagt Stang.

Das Mittagstischangebot hält Stefanie Tischbierek für sehr wertvoll. Es entlaste Senioren mit eingeschränkten finanziellen Mitteln und ermögliche zusätzlich soziale Kontakte. „Die Menschen haben somit einen konkreten Grund und eine schöne Perspektive täglich aus dem Haus zu gehen, was vor allem in der Coronazeit ein wichtiger Aspekt ist“, so Tischbierek. „Denn das Fehlen von sozialen Kontakten führt bereits nach kurzer Zeit zu physischen Abbau und psychischen Sorgen.“ Wer beim Mittagstisch im ASZ Laim essen möchte, wird gebeten sich vorab persönlich oder telefonisch (Tel. 575014) anzumelden. Hier gibt es auch Beratung für Finanzierungsanträge.

Die KlinikClowns - Ein Lichtblick für demenzkranke Menschen

21.09.20



Die KlinikClowns in Aktion. © Daniela Sterler

0   

Region – Im Umgang mit demenzkranken Menschen sind die KlinikClowns besondere Spezialisten. Geschult wurden sie durch langjährige Erfahrung, Supervisionen und Seminare.

Regelmäßige Besuche der KlinikClowns werden seit mehr als zwei Jahrzehnten in Senioren- und Pflegeheimen und auf geriatrischen und gerontopsychiatrischen Krankenhausstationen in ganz Bayern gern gesehen. Mit Humor und viel Einfühlsamkeit gehen die bunten Clowns auf demente Senioren zu, musizieren, erzählen und hören zu und lösen sie so aus dem oft dichten Nebel des Vergessens und der Traurigkeit, der ihren Alltag häufig prägt. Die Besuche steigern das Wohlbefinden, wecken neue Lebensfreude, Erinnerungen und oft vorher ganz unerwartete Reaktionsfähigkeiten, wie der KlinikClowns Bayern e.V. angibt. „Es zeigt sich, dass Demenzkranke, die sonst kaum soziale Reaktionen zeigen, im Umgang mit den Clowns neue Kraft zu kommunizieren finden. Die Bewohner können aus ihrem Alltag entfliehen, depressive Stimmungen werden durchbrochen und es entsteht eine entspannte, fröhliche Atmosphäre“, beurteilte Hans Kopp, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt München die Arbeit der KlinikClowns bei dementen Menschen. Um weiterhin möglichst vielen Demenzkranken zur Seite stehen zu können, sind die KlinikClowns auf Spenden angewiesen. Ausführliche Infos gibt es unter www.klinikclowns.de.

Medium:
Datum: 21.09.2020

DAMIT SIE NICHT MEHR ZUR TAFEL MUSS

Millionär schenkt Rentnerin Mittagessen

Senioren

STARTSEITE NEWS POLITIK REGIO UNTERHALTUNG SPORT FUSSBALL LIFESTYLE RATGEBER AUTO DIGITAL SPIELE



Foto: Theo Klein

München – Sie kann ihr Glück noch immer kaum fassen! Rentnerin Ingeborg Maidhof (81) bekommt ein Jahr lang ihr Mittagessen fertig gekocht von der AWO direkt Hause geliefert – und muss dafür keinen Cent zahlen.

Dazu gab's auch gleich noch einen nagelneuen Fernseher obendrauf. Alles spendiert von Selfmade-Millionär Michael Hausenblas (52) und seiner Frau Angelina (56). „Wir haben in unserem Leben viel Geld verdient. Davon geben wir gern etwas ab“, sagt Hausenblas zu BILD.



Überglücklich! Ingeborg Maidhof mit ihrem neuen Fernseher

Foto: Theo Klein

Die rüstige Rentnerin und der Stuttgarter Unternehmer lernten sich in der SWR-Sendung „Nachtcafé“ kennen. Beide waren Gäste, als es ums Thema Arm und Reich ging. Maidhof berichtete dort von ihrer Altersarmut.

Täglich ging sie zur Tafel, weil die Rente (1200 Euro, nach allen Abzügen bleiben ihr rund 400 Euro zum Leben), nicht reichte. „Von meiner Rente kann ich keine Rücklagen bilden“, sagt Maidhof zu BILD. Als vor ein paar Wochen ihr Fernseher kaputt ging, konnte sie sich keinen neuen mehr leisten.



Guten Appetit: Ingeborg Maidhof mit den Unternehmern Angelina und Michael Hausenblas

Foto: Theo Klein

„Es hat mich sehr berührt, wie Frau Maidhof von ihrem Leben erzählt hat – und dass sie regelmäßig zur Münchner Tafel geht“, so Hausenblas zu BILD. Er wollte helfen.

Für 1500 Euro kaufte Hausenblas einen Smart-TV (50 Zoll), ließ ihn nach München bringen, anschließen und installieren. Rund 3500 kosten die Mahlzeiten, die mittwochs bis sonntags jetzt auf Maidhofs Tisch kommen.

„Ich bin sprachlos und unheimlich dankbar“, so die Rentnerin. „Mit meinen 81 Jahren fällt mir das Einkaufen und Kochen langsam schwer.“

Medium: Bild
Datum: 12.10.2020

Altenheime in Corona- Not

Stadt sucht freiwillige Hilfskräfte für einen Pflegepool

Die Stadt München sucht zum zweiten Mal in diesem Jahr Freiwillige, die in Alten- und Pflegeheimen aushelfen können. Das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) hat sich in einer E-Mail an alle gewendet, die sich bereits im Frühjahr als Freiwillige für einen sogenannten Pflegepool eingetragen hatten. „Aufgrund der aktuellen Lage in den Alten- und Pflegeheimen in München möchten wir Sie erneut anfragen, ob Sie für einen möglichen kurzfristigen Einsatz zur Verfügung stehen würden“, heißt es in der E-Mail, die eine potenzielle Freiwillige auf Twitter veröffentlicht hat. Ziel ist laut einer Sprecherin des RGU, Personal für Notsituationen bereit zu halten. Die Stadt wolle sich auf eine mögliche weitere Verschärfung des Personalausfalls in den Einrichtungen vorbereiten, um die pflegerische Versorgung der Bewohner sicherzustellen.

Die Lage in den Alten- und Pflegeheimen ist bereits akut. „Vor zwei bis drei Wochen ist die zweite Welle in die Altenheime übergeschwappt. Sie hat uns mit voller Wucht getroffen“, sagt Siegfried Benker, Geschäftsführer vom Münchenstift. Die gemeinnützige Gesellschaft ist der Träger von 13 Häusern. davon

neun Pflegeheime. „Aktuell sind ungefähr 40 Mitarbeiter in Quarantäne. Wir können das personell noch selbst ausgleichen. Ich hoffe, dass es nicht soweit kommt, dass wir externe Hilfskräfte brauchen.“

Der Markt für Pflegefachkräfte sei völlig leergefegt, Pflegekräfte aus dem Ausland dürften derzeit nicht einreisen. „Wir merken, dass noch weniger Fachkräfte da sind als üblich. Rund 60 Prozent unserer Mitarbeiter haben Migrationshintergrund“, sagt Benker. Der Pflegepool sei grundsätzlich eine gute Sache – an der Umsetzung scheitere es aber oft. „Im Frühjahr haben wir schon nicht aus dem Pflegepool geschöpft und derzeit würden wir es auch nicht tun.“

Ähnlich sieht es auch Doris Schneider, Geschäftsführerin beim Caritas-Verband der Erzdiözese München und Freising im Geschäftsbereich Altenheime. „Die Erfahrungen mit dem Pflegepool im Frühjahr waren spärlich“, erinnert sie sich. Probieren würde sie es trotzdem wieder mit freiwilligen Hilfskräften. Aktuell seien rund 100 Mitarbeiter coronabedingt zu Hause – die Caritas ist im Raum München Träger von 27 Häusern. „Die Situation aktuell ist dramatisch“, sagt Schneider. Obwohl sie gerne aus dem Pflegepool schöpfen würde, glaubt die Geschäftsführerin, dass die Caritas als großer Träger keine Priorität hat: „Der Pflegepool war bereits im Frühjahr nie üppig besetzt. Weil wir ein großer Träger sind, heißt es oft: Helfen Sie sich selbst.“

Senioren Die Münchner Arbeiterwohlfahrt setzt laut Jürgen Salzhuber, dem Vorsitzenden des Kreisverbandes München-Stadt, auf gute Hygienekonzepte und Schnelltests: „Natürlich sind auch unsere Pflegeeinrichtungen von Corona-Fällen betroffen, aber bis jetzt konnte das Auftreten des Virus in den Einrichtungen in größerem Ausmaß eingedämmt werden.“ Die Münchner Arbeiterwohlfahrt ist mit 1200 Pflegebetten einer der größten Träger im Münchner Stadtraum.

Laut der RGU-Sprecherin des Referats für Gesundheit und Umwelt haben sich bisher zwei Pflegefachkräfte und 17 Hilfskräfte auf die Anfrage der Stadt gemeldet, die stunden- oder tageweise aushelfen könnten. Im Katastrophenfall könnten die Freiwilligen an Heime vermittelt werden und personelle Engpässe ausgleichen. Noch ist es aber nicht soweit. Lea Arbin-ger

Medium: SZ Datum: 26.11.2020

Sie sind hier: [Startseite](#) » [München](#)

Donnerstag, 26.11.2020, 09:07 Uhr · [job](#)



Viel mehr als "nur" Versorgung

AWO-Beratungsstelle für ältere Menschen und Angehörige feiert 30-jähriges Jubiläum



Das Team der Beratungsstelle (von links): Sabine Schmidt, Marion Eckert, Melanie Kuwalefsky (Leitung), Renata Petrauskaite und Maria Faber. (Bild: AWO München-Stadt)

Wie feiert man sein 30-jähriges Bestehen in einem Jahr wie diesem? Angedacht hatte die AWO (Arbeiterwohlfahrt) München-Stadt eine große Jubiläumsfeier in den Räumlichkeiten und dem Garten ihrer Beratungsstelle für ältere Menschen und Angehörige. Doch dann kam Covid-19 und damit musste die Beratungsstelle umdenken.

Ganz ausfallen sollte dieses Jubiläum dennoch nicht, aber angesichts der vielen älteren Menschen und den Mitarbeitern in der Seniorenarbeit erschien es zu leichtsinnig, eine große Jubiläumsfeier auszurichten. Also wurden Alternativen überlegt und sich für Zeitungsartikel, eine Festschrift und einen Fachartikel entschieden.

Seit 30 Jahren Rat und Hilfe

In der Beratungsstelle in der Gravelottestraße 16 finden Senioren und ihre Angehörigen nicht nur seit 30 Jahren Rat und Hilfe, sondern auch viele Möglichkeiten zur Unterstützung, Bildung und zum gegenseitigen Austausch. Betrachtet man die Entwicklung der Einrichtung in diesen Jahren, lässt sich mit gutem Gewissen behaupten, dass die AWO-Beratungsstelle ein Garant für qualitätsvolle Sozialarbeit weit in das Gemeinwesen hinein ist.

Die Familie wird eingebunden

Im Laufe des Bestehens der Beratungsstelle hat sich das Beratungsklima verändert. Wo man früher Möglichkeiten der Versorgung vorgestellt hat, fragt man heute zuallererst nach den Vorstellungen und Wünschen des Gegenübers, um darauf aufbauend Optionen aufzuzeigen. Heutzutage wird das ganze familiäre System miteingebunden und die Wünsche des älteren Menschen in den Fokus gestellt. Diese müssen gefördert und unterstützt werden, so dass jeder ältere Mensch die Möglichkeit hat, sich seinen Lebensabend auch unabhängig von Einschränkungen der körperlichen oder geistigen Fähigkeiten in der Mitte der Gesellschaft so zu gestalten, wie es ihm gefällt.

Senioren werden mehr wahrgenommen

Bei der Planung, Vorbereitung und Organisation von Alter, Pflege und Versorgung unterstützen inzwischen in sehr enger Zusammenarbeit mit der 1998 entstandenen Fachstelle für pflegende Angehörige fünf hauptamtliche Mitarbeiterinnen (Vollzeit und Teilzeit) die Senioren und ihre Angehörigen, wo zu Beginn der Beratungsstelle eine Sozialpädagogin engagiert war. Die heutigen Bedürfnisse der Senioren unterscheiden sich nicht sehr von den früheren, aber sie werden in der heutigen Gesellschaft mehr wahrgenommen. Auch die Belange der pflegenden Angehörigen oder des Umfeldes, wie z.B. Nachbarn und Freunde, drängen mehr in die Öffentlichkeit als noch vor 30 Jahren.

Die Lebensphase "Alter" verändert sich

Gründe dafür liegen zum einen in der Veränderung der Lebensphase Alter. Zunehmend sind ältere Menschen noch sehr agil, engagieren sich und haben eine Stimme in der Gesellschaft. Zum anderen liegen die Gründe in unseren Lebensumständen, hauptsächlich bei den Frauen, die oft nicht mehr, wie noch vor 30 Jahren selbstverständlich, die Pflege der Senioren in der Familie übernehmen. Diese Veränderungen waren mühsam, brauchten Zeit. Es brauchte die entsprechenden Rahmenbedingungen, die den Senioren nicht nur Respekt entgegenbringen, sondern bei denen ihnen auch der Raum gelassen wird, sich auszuprobieren, ihre Erfahrungen einzubringen, selbst zu entscheiden und auch durchaus Fehler zu machen und sich weiterzuentwickeln, ohne in die eine oder andere Richtung gedrängt oder fremdbestimmt zu werden.

Hierbei stehen den Senioren seit nun mehr 30 Jahren die Mitarbeiter der Beratungsstelle für ältere Menschen und Angehörige zur Seite.

Eine von fünf

Eine der fünf allgemeinen Beratungsstellen für ältere Menschen und Angehörige in München, die von der Landeshauptstadt München gefördert wird, befindet sich in Trägerschaft der AWO München-Stadt. Im Haidhauser Ladenlokal der Beratungsstelle finden die Ratsuchenden neben fachlicher sozialer Beratung rund um das Thema Alter auch kompetente Ansprechpartner u.a. zum Thema Planung und Finanzierung häuslicher oder stationärer Pflege, Leistungen der Pflegeversicherung, Entlastung von pflegenden Angehörigen, Demenz und andere Alterserkrankungen, Wohn- und Versorgungsformen im Alter. Seit ihrer Eröffnung am 1. November 1990 entwickelte sich die Beratungsstelle zu einer wichtigen Anlaufstelle für Senioren, pflegende Angehörige, Freunde, Bekannte, Nachbarn aber auch Kollegen und Netzwerkpartner in München.

"Die Not der Angehörigen wurde damals erstmals wahrgenommen"

Hans Kopp, heute Geschäftsführer der AWO München-Stadt, war einer der ersten Berater der Stelle. Er erinnert sich:

Die Not der Angehörigen wurde damals erstmals wahrgenommen! Es war eine Zeit, in der die Situation der pflegenden Angehörigen verstärkt in die öffentliche Wahrnehmung rückte. Denn früher war es ja die selbstverständliche Pflicht von Frauen, zu pflegen - ob als Töchter oder Ehefrauen. Und da war dann zunehmend Sensibilität, dass es eben doch nicht so leicht ist und die Pflegenden immensen Belastungen ausgesetzt sind.

Fundament der Grundwerte

Die Münchner Arbeiterwohlfahrt ist ein anerkannter Träger der freien Wohlfahrtspflege, der sich als wertebasierter sozialer Dienstleister, mit einem breiten Spektrum an sozialen Angeboten, versteht. Seit der Gründung im Jahr 1919 stellen die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Toleranz das sozialetische Fundament dar. Der von Marie Juchacz als Unterausschuss gegründete Wohlfahrtsverband hat sich in den 100 Jahren seines Bestehens immer weiterentwickelt und kann trotz des Verbotes während der Nazizeit auf eine ungebrochene Erfolgsgeschichte blicken. Über ein vielfältiges Angebotsspektrum von der Kleinstkinderbetreuung bis zur Pflege im hohen Alter ist der Verband gut im sozialen Bereich in Deutschland situiert. 255.000 hauptamtlich Mitarbeiter, 66.000 ehrenamtlich Tätige und 335.000 Mitglieder unterstreichen die Stellung der AWO als Spitzenverband in der freien Wohlfahrtspflege. Mit ca 3.000 Mitarbeitern und mehr als 250 Einrichtungen und Maßnahmen zählt die AWO München-Stadt zu den größten Kreisverbänden der Arbeiterwohlfahrt in Deutschland.

**Medium: Münchner Wochen-
anzeiger Datum: 26.11.2020**

9. Dezember 2020, 22:12 Uhr Pflegeheim-Erweiterung

Entwicklung nach turbulenten Zeiten



Eine silberne Landkreis-Münze brachte der Weilheimer Vize-Landrat Wolfgang Taffertshofer (Mitte) für die Zeitkapsel im Grundstein mit. (Foto: Harry Wolfsbauer)

Die Thomas-Wimmer-Stiftung legt den Grundstein für den Anbau am Awo-Seniorenzentrum Penzberg

Von Alexandra Vecchiato, Penzberg

Senioren Von Anfang an standen die neuen Verantwortlichen für das Seniorenzentrum an der Gartenstraße unter Zeitdruck. Denn das Haus entspricht nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben. Die Heimaufsicht im Landkreis Weilheim-Schongau machte zur Auflage, dass unter anderem mehr Einzelzimmer und Nasszellen geschaffen werden müssen. Erfolgt keine Umsetzung, würde die Betriebsgenehmigung für das Bestandsgebäude Ende 2022 und für das Pfründnerheim Ende 2024 erlöschen.

In sechs Bauabschnitten sollen 57 Pflegezimmer modernisiert werden. Die Arbeiten an 13 Zimmern wurden im November abgeschlossen. Die Sanierung werde fortgesetzt, wenn der Neubau fertiggestellt ist, sagte Salzhuber, Vorsitzender der Thomas-Wimmer-Stiftung, am Mittwoch. Im dritten Stock des Bestandsgebäudes soll auf Wunsch der Stadt Penzberg eine Tagespflege mit zehn Plätzen entstehen. In Betrieb gehen soll sie im Herbst 2022. Geplant ist zudem in dem Haus die Versorgung von jüngeren, nach Unfall oder Krankheit Pflegebedürftigen.

Im Neubau kommt das "Betreute Wohnen" unter. Hierfür gebe es bereits Anmeldungen, sagte Salzhuber. Die gerontopsychiatrische Abteilung bleibt im Pfründnerbau. Dort wurden ferner 15 Personalwohnungen eingerichtet. Sind Um- und Neubau fertig, verfügt das Seniorenzentrum über 132 Pflegezimmer mit 164 Plätzen. Im Vollbetrieb sollen circa 120 Mitarbeiter in Pflege, Hauswirtschaft und Verwaltung in der Einrichtung arbeiten.

Wie Kopp betonte, werde sich die Awo München auch als Träger für eine künftige Seniorenbegegnungsstätte in Penzberg bewerben.

Vor knapp drei Wochen kam die lang ersehnte Baugenehmigung. Das war der Startschuss für die Thomas-Wimmer-Stiftung, mit der Erweiterung des Seniorenzentrums an der Gartenstraße in [Penzberg](#) loszulegen. Am Mittwoch wurde der Grundstein für den Neubau gelegt. Knapp 14 Millionen investiert die Thomas-Wimmer-Stiftung in den Anbau. Weitere 2,7 Millionen Euro fließen in die Sanierung der Bestandsgebäude.

Als die Münchner Stiftung 2018 das Seniorenheim-Areal von der Stadt Penzberg kaufte, war der Start alles andere als glücklich. Die vormalige Betreiberin, die Arbeiterwohlfahrt (Awo) Oberbayern, hatte das Heim an einen privaten Träger übergeben. So kam es zu der unglücklichen Situation, dass die Novita die Pflegeeinrichtung betrieb, das Grundstück mit dem Ende der 1970er-Jahre errichteten Seniorenzentrum und dem denkmalgeschützten Pfründnerheim aber der Thomas-Wimmer-Stiftung gehörte. Diese machte nie einen Hehl daraus, nicht mit Novita zusammenarbeiten zu wollen. Der Streit endete letztlich vor Gericht. Im August 2019 einigten sich beide Parteien, im Oktober übernahm die Wunschkandidatin der Thomas-Wimmer-Stiftung, die Awo München-Stadt, das Seniorenzentrum. Zuvor hatte es wegen Personalmangels einen Aufnahmestopp für Heimbewohner gegeben.

An diese "desolate Situation", erinnerte Hans Kopp, Geschäftsführer der Awo München-Stadt, in seiner Rede bei der Grundsteinlegung.

Personelle und strukturelle Hürden hätte es zu Anfang gegeben. Nun sei man auf dem richtigen Weg, wenn auch noch nicht im sicheren Hafen angekommen. Jürgen Salzhuber, Vorsitzender der Thomas-Wimmer-Stiftung, sprach von einer "ziemlichen Katastrophe", die sich ihnen bei der Übernahme des Heimes geboten habe. Das Gros des Personals seien "ausgeliehene Mitarbeiter" gewesen. Für Salzhuber ein Unding. "Wir haben aufgeholt", meinte er. Dennoch sei die Awo nach wie vor auf der Suche nach Fachkräften. Momentan kümmern sich circa 70 Mitarbeiter um die Senioren in Penzberg.

Medium: SZ
Datum: 09.12.2020

Solidarität nach Art des Hauses

Auch das Sozialsystem hat seine Schwächen: Was die Affäre um die Awo in Frankfurt und Wiesbaden lehrt

VON MATTHIAS DROBINSKI

Frankfurt – Der Mann steht unter Druck, wie er redet, die Hände knetet, verstohlen auf die Uhr schaut: Die Zeit ist knapp. Gerade ist Wolfgang Stadler am Frankfurter Hauptbahnhof angekommen, gleich muss er weiter nach Wiesbaden, wo die Arbeiterwohlfahrt (Awo) einen neuen Kreisvorstand wählt. Normalerweise ist das kein Termin, zu dem der Awo-Vorstandsvorsitzende aus Berlin anreist, aber was ist noch normal bei der Awo in Wiesbaden, Frankfurt, im Bezirk Hessen-Süd? Immer wieder gibt es neue Details im Skandal um überhöhte Gehälter, dicke Dienstwagen und falsche Abrechnungen bei der Flüchtlingsbetreuung, ausgerechnet im sozialdemokratisch inspirierten Verband. Die Staatsanwaltschaft sichtet gerade, was sie bei einer Durchsuchung beschlagnahmt hat. Längst trifft der Skandal die Awo in ganz Deutschland: Noch nie gab es dort in so kurzer Zeit so viele Austritte. Da soll wenigstens der Neuanfang in Wiesbaden gelingen, wenn schon in Frankfurt die Vorstandswahl mangels Kandidaten auf Mitte Februar geschoben werden musste.

„Die Aufsicht hat vollkommen versagt, das ist für mich die erschreckendste Erkenntnis“, sagt Wolfgang Stadler. Seit 42 Jahren ist er bei der Awo, hat sich vom Zivi zum Chef des Sozialverbandes hochgearbeitet – wobei das mit dem Chef seine Grenzen habe: Die Awo ist dezentral aufgebaut, die Kreis- und Bezirksverbände in vielem autonom. Was er in Frankfurt und Wiesbaden erlebt habe, sei „einmalig in dieser Dimension und Ausprägung“.

Wie konnte das passieren? Die Antworten auf diese Frage dürften für die Awo wie

für die betroffenen Städte Wiesbaden und Frankfurt noch sehr schmerzhaft werden. Wie konnte es sein, dass länger als ein Vierteljahrhundert Jürgen Richters in Frankfurt über die Awo herrschte und seine Frau Hannelore in Wiesbaden, dass sie sich jeweils gegenseitig kontrollierten, ein Netz von Verbündeten und Abhängigen aufbauten? Wie konnten sie sich so eng mit der örtlichen Politik verbinden, dass auch hier kritische Fragen gar nicht oder erst sehr spät auftauchten?

**Der FDP-Abgeordnete sagt:
„Irgendwann haben sie
die Maßstäbe verloren.“**

Erst jetzt ahnen die Awo und die Kommunen, welcher Schaden ihnen da entstanden sein könnte. Die Richters hatten sich offenbar Gehälter von jeweils brutto 300 000 und mehr Euro genehmigt, teilweise verdeckt durch Beraterverträge, zudem Dienstwagen bezuschussen lassen. Daniela Birkenfeld (CDU), die Sozialdezernentin der Stadt Frankfurt, erklärte gerade erst, dass die AWO wohl einiges mehr falsch abgerechnet habe als jene 827 000 Euro für die angebliche Flüchtlingsbetreuung, welche die Stadt sich mittlerweile zurückgeholt hat.

Der Schmerz der Antworten dürfte auch in dem liegen, was sie aufzeigen: dass das gegenwärtige Sozialsystem bei allen Stärken auch seine Schwächen hat – und dass die Richters und ihre Getreuen mit großer Kenntnis und Energie genau diese Schwächen ausnutzten.

Wo freie Träger die sozialen Aufgaben des Staates übernehmen können, sollen sie es tun; so lautet das Subsidiaritätsprinzip, auf dessen Grundlage die katholische Caritas, die evangelische Diakonie, das Rote Kreuz, private Anbieter oder eben auch die Awo zu großen Sozialunternehmen geworden sind. Das führt im Idealfall zu Vielfalt und Wettbewerb ohne ruinöse Konkurrenz; zudem mobilisieren die Verbände Hunderttausende Ehrenamtliche. Es ist aber auch über die Jahrzehnte ein milliardenschwerer Sozialmarkt entstanden, in dem ehrenamtliche Vorstände gemeinnützige GmbHs mit Tausenden Beschäftigten kontrollieren, Politiker und Verbandsvertreter sich bestens kennen – und wo in Spitzenpositionen deutlich weniger verdient wird als in der Privatwirtschaft. Das weckt Begehrlichkeiten. Aus diesem Stoff ist so mancher Skandal im Sozialbereich gestrickt, und so auch jener der Awo in Frankfurt und Wiesbaden.

Die Richters führten ihre Verbände ziemlich erfolgreich, das geben auch jene zu, die ihnen heute mindestens die Pest an

230 873

Hauptamtliche

arbeiten derzeit bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Dazu kommen 73 753 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. In 3435 Ortsvereinen unterhält der Wohlfahrtsverband 18 000 Einrichtungen, darunter Heime, Tagesstätten für Kinder, Jugendliche und für alte Menschen, sowie diverse Beratungsstellen.



Man darf sich den Kreisverband Frankfurt der Arbeiterwohlfahrt nicht als kleinen Verein mit Büro überm Tattoo-Laden vorstellen. Die Geschäfte werden aus einem vierstöckigen Bau am Rand der Innenstadt geführt. Das Transparent ist aber kein Protest gegen die Zustände dort. „Nein zu Rassismus“ steht da drauf. FOTO: FRANK RUMPENHORST/DPA

den Hals wünschen. „Irgendwann aber haben sie die Maßstäbe verloren“, sagt der hessische FDP-Landtagsabgeordnete Yan-ki Pürsün, der seit Monaten mit großer Energie die Aufklärung des Skandals vorantreibt. Mit großem Geschick baute das Paar ein Geflecht gegenseitiger Abhängigkeiten und Dankbarkeiten auf. Für die Jusos, die gerade noch die Ein-Euro-Jobs bei der Awo heftig kritisiert hatten, gab es gut bezahlte Arbeit, für den SPD-Oberbürgermeisterkandidaten (und heutigen OB) Peter Feldmann einen wenig beanspruchenden Posten als Belegungsmanager, und

eine Kita-Leitung für seine spätere Frau. Wer mitmachte oder nützte, dem ging es gut in diesem System – wer kritische Fragen stellte, wurde hinausgedrängt, wie ehemalige Mitarbeiter erzählen. „Und alles geschah in dem Bewusstsein: Das ist gut so, das ist richtig so, weil wir auf der richtigen Seite stehen“, sagt Pürli.

Auch das wird zum Schmerz der Aufarbeitung für die Awo gehören: der Missbrauch der sozialdemokratischen Glaubensbegriffe Solidarität, Zusammenhalt und Gerechtigkeit. Die Awo, sagt ihr Chef Wolfgang Stadler, überlege jetzt, den Ko-

dex für die Bezahlung von Führungskräften noch einmal zu überarbeiten, gar die Gehälter zu veröffentlichen, zumindest intern. Und selbstverständlich werde man die Verantwortlichen des Skandals benennen und notfalls Schadenersatz fordern.

Er muss los. In Wiesbaden wird an diesem Abend immerhin ein neuer Vorstand gewählt; Hannelore Richter soll die fristlose Kündigung erhalten. Auf der Homepage der Awo Frankfurt dagegen ist Jürgen Richter immer noch prominent vertreten: als Geschäftsführer der Awo-nahen Johanna-Kirchner-Stiftung.

Medium: SZ
Datum: 25.01.2020

Julia Sterzer (SPD)

Julia Sterzer (SPD München)

„Platz 80 auf der SPD-Stadtratsliste kann man sicherlich eine gewisse Prominenz attestieren – immerhin ist er das Pendant zu Platz eins unseres amtierenden Oberbürgermeisters Dieter Reiter“, sagt Julia Sterzer (52). Münchens AWO-Chefin will zeigen, dass sie die Arbeit der SPD-Fraktion im Rathaus unterstützt. „Die SPD prägt unser schönes München mit ihrer Politik seit Jahren maßgeblich, und ich wünsche mir, dass das so bleibt.“ Das Programm der SPD überzeuge sie und decke sich, insbesondere in der Sozialpolitik, mit den Positionen der AWO. „Ich stehe für eine bunte, solidarische Stadtgesellschaft, in welcher auch Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, diese bekommen und ihren Platz haben.“

Medium: Merkur
Datum: 18.02.2020

Listenplatz 80 bei der Kommunalwahl in München: So fühlen sich die „Schlusslichter“

Ist man bei der Stadtratswahl München auf einem hinteren Listenplatz chancenlos? Wir haben Kandidaten gefragt - mit überraschendem Ergebnis.

- Bei der [Kommunalwahl Bayern 2020](#) treten in München auch Kandidaten auf Platz 80 einer Liste an.
- Viele glaube, so weit hinten hat man kaum eine Chance, tatsächlich in den Stadtrat einzuziehen.
- Es zeigt sich aber: Der letzte Platz ist vielleicht ähnlich populär wie der erste.

München - Am 15. März wählen die Münchner einen neuen Stadtrat und [Oberbürgermeister](#). Maximal 80 Politiker können im Sitzungssaal des Rathauses die Interessen ihrer Parteien vertreten. Das schreibt das Wahlrecht so vor, und es hängt von der Größe der Kommune ab. In Nürnberg gibt es beispielsweise nur 70 Stadträte. In München nominieren die meisten Parteien 80 Personen für ihre [Wahllisten](#).

Um die vorderen Plätze gibt es oft ein großes Gerangel, schließlich gilt es als aussichtsreicher, unter den ersten zehn oder 20 Kandidaten zu sein als auf einem Platz ab 60. Doch nicht immer bedeutet ein hinterer Platz Chancenlosigkeit. So zog Josef Assal 2014 bei der SPD von Platz 51 auf Platz 25 vor und in den Stadtrat ein. Wir haben uns bei den Helden der Hinterbank umgehört und wollten wissen, warum sie auf dem letzten Platz 80 für ihre Parteien kandidieren.

Medium: Merkur
Datum: 19.02.2020

Bescheidener Kümmerer

Horst Reiter hat erheblichen Anteil daran, dass sich in München Menschen in schwierigsten Lebenslagen rund um die Uhr an einen psychiatrischen Krisendienst wenden können. Jetzt geht der Geschäftsführer des Projektvereins der Arbeiterwohlfahrt in Rente

VON SVEN LOERZER

Wenn Horst Reiter wehmütig zurückblickt, dann hat das nichts mit dem Abschied vom Berufsleben zu tun, sondern mit dessen Anfang. In den Sechzigerjahren begann der Schwabe aus Leonberg seine erste Ausbildung – Wohnungsbaukaufmann bei der Neuen Heimat in Stuttgart. „Die Neue Heimat hat bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung geschaffen“, sagt Reiter, „heute würde man so was dringend brauchen.“ Das gewerkschaftseigene Unternehmen hatte durch massenhaften Wohnungsbau die Not der Nachkriegszeit gelindert, war aber Mitte der Achtzigerjahre in die Krise geraten. „Es ist viel schief gelaufen, da war auch Korruption im Spiel.“ Der überschuldete Konzern wurde als Folge der Affäre zerschlagen, die Wohnungen zu Tausenden verkauft.

Obwohl heute die Neue Heimat von vielen nur mehr mit den Trabantensiedlungen der Großstädte verbunden wird, habe sie doch viel „Innovatives gemacht“, sagt Reiter. Innovatives aber hat auch der Verein für Jugend- und Sozialprojekte geleistet, an dessen Spitze Reiter fast 35 Jahre als Geschäftsführer stand. Heute gilt der Verein mit seinen vielfältigen Hilfs-, Wohn- und Arbeitsangeboten für psychisch kranke Menschen als einer der größten Träger für zeitgemäße psychiatrische Versorgung in München. Auch daran, dass sich in München ein rund um die Uhr erreichbarer Psychiatrischer Krisendienst um Menschen in schwierigsten Lebenslagen kümmert, hat Reiter, 65, der jetzt in Rente geht, ganz erheblichen Anteil.

Reiters Eltern waren Arbeiter, sein Großvater war als Gewerkschafter im Betriebsrat aktiv. Eigentlich wollte Horst Reiter ja nach der Mittleren Reife zur Polizei, aber das klappte nicht. In der Mieterzeitung, die seine Großeltern bezogen, weil sie in einer Wohnung der Neuen Heimat lebten, warb der Konzern um Auszubildende. In seiner Lehrzeit sei er „viel rumgekommen“ Schon bald nach dem Abschluss der Ausbildung ging er nach München, „der Liebe wegen“. Während seiner Bundeswehrzeit im Personalbüro des Fliegerhorsts Fürstenfeldbruck fühlte er sich so unausgelastet, dass er per Telekolleg des Bayerischen Rundfunks das Fachabitur absolvierte.

Ein Orientierungsjahr in einer anthroposophischen Einrichtung führte ihn in ein heilpädagogisches Heim, wo geistig behinderte Kinder und Jugendliche betreut wurden. Mit Mitte 20 begann er Sozialpädagogik an der katholischen Stiftungsfachhochschule zu studieren, da stand Gemeinwesenarbeit im Vordergrund und daneben politisches Engagement. Sein Praktikum – damals ein Jahr – absolvierte er bei der Neuen Heimat Bayern, „bei der ersten Sozialarbeiterin, die von einer Wohnungsgesellschaft beschäftigt wurde“. Dort lernte er deren breites Betätigungsfeld kennen, etwa wenn es galt, bei Mietrückständen eine Lösung zu finden, damit die Mieter nicht ihre Wohnung verloren. Oder wenn bei Streitigkeiten von Nachbarn zu vermitteln war. „Zum ersten Mal wurde ich auch mit psychischer Krankheit konfrontiert.“

Nach dem Studium fing er beim Sozialpsychiatrischen Dienst (SPDI) Giesing an und arbeitete dort jeweils zur Hälfte auf einer Sozialpädagogen- und einer Verwaltungsstelle. „Ich habe gelernt, was man tun kann, damit psychisch kranke Menschen selbständig leben können“, gleichzeitig wuchs er in das Management des Trägers rein. Den Projektverein hatten Studenten in den Siebzigerjahren gegründet, unter ihnen der heutige Vorstand des Vereins und der Arbeiterwohlfahrt, Jürgen Salzhuber. Im Jahr 1986 übernahm Reiter die Geschäftsführung des zur Arbeiterwohlfahrt gehörenden Projektvereins.

Medium: SZ
Datum: 21.02.2020

Im Team des SPDI hatte Reiter das multiprofessionelle Arbeiten kennengelernt, weil sich dort Psychologen, Sozialarbeiter und Psychiater zusammen um die Klienten bemühten. Gemeinsam mit anderen Lösungen zu suchen, das hat dann sein ganzes Berufsleben geprägt: Er stellt sich auch jetzt nicht in den Vordergrund, sagt nicht, „ich habe“, sondern „wir haben“ das getan. „Teamarbeit ist wertvoll“, sagt er nicht nur so dahin, sondern davon ist er zutiefst überzeugt: „Es kommt viel mehr dabei raus, als wenn man einzeln vortprescht.“ Menschen zusammenbringen, das kann er, und deswegen hat er auch ein Faible für Genossenschaften, hat selbst eine gegründet für ein Zehn-Parteien-Haus, in dem er wohnt. Dem Thema Genossenschaften will er sich als Rentner wieder widmen, sie sicherten viel nachhaltiger preiswerten Wohnraum als die befristete Sozialbindung.

Weil die Erfahrung zeigte, dass Menschen, die psychisch erkranken, als erstes den Arbeitsplatz und dann die Wohnung verlieren, „haben wir im Giesinger Team 1985 gesagt, wir brauchen Arbeitsprojekte“. Die Stadt entwickelte gerade den zweiten Arbeitsmarkt, so entstand damals die Schreinerwerkstatt Pronova mit fünf Arbeitsplätzen – heute sind es 60.

Flankierend dazu begann der Verein, therapeutische Wohngemeinschaften aufzubauen, die erste startete 1986 in Haidhausen. Und weil Kollegen, wie Reiter sagt, feststellten, dass beim SPDI auch viele ältere psychisch Kranke Hilfe suchten, aber der Zeitbedarf erheblich größer ist, haben sie ein Konzept entwickelt. Daraus entstand 1990 in Ramersdorf der erste Gerontopsychiatrische Dienst in der Bundesrepublik. „Das zeichnet den Projektverein aus: Die Kollegen sehen, dass was fehlt und entwickeln ein Konzept für das, was wir brauchen.“ Sein Part sei es dann, die Finanzierung hinzubekommen, etwa den Bezirk Oberbayern zu überzeugen, dass es richtig und wichtig ist, da einzusteigen. Sein ursprünglicher Beruf war da sehr hilfreich, als der Verein 1990 ein Haus in Bayerisch Gmain gekauft hat, um mit einer therapeutische Wohngemeinschaft „für unsere Klienten Wohnraum zu schaffen“.

Die Zeit war damals geprägt von der Enthospitalisierung des Bezirkskrankenhauses Haar: „Dort gab es Langzeitstationen, wo psychisch kranke Menschen 30 Jahre gelebt haben.“ Um ihnen ein Leben außerhalb der Klinik zu ermöglichen, schuf der Projektverein ein Wohnprojekt mit ambulantem Ansatz in Giesing. Später folgte ein Wohnprojekt für psychisch kranke Wohnungslose in der Gravelottestraße. Freilich gab es bei der Immobiliensuche mitunter auch negative Erfahrungen mit Nachbarn, die sich gegen Pläne für ein Wohnprojekt stellten: „Dabei passiert bei uns nicht mehr als in einem anderen Wohnhaus auch. So gut wie bei uns sind in einem normalen Haus die Leute aber nicht betreut.“

Ein Projekt, „auf das ich sehr, sehr stolz bin“, war dann 2002 der Psychiatrische Krisendienst München-Ost, der bald auf München und 2015 mit großer Unterstützung des Bezirks auf ganz Oberbayern ausgedehnt wurde. Den lang ersehnten Dienst, „bei dem ganz viele Träger und Einrichtungen beteiligt sind, kann man nur gemeinsam stemmen“. Dazu braucht es Ausdauer und Beharrlichkeit, „mit langem Atem lässt sich eine Menge erreichen“.

Die Mühe hat sich gelohnt: Über das Krisentelefon ist jederzeit Hilfe zu erhalten, je nach Schwere der Krise kommt auch ein Team, um mit Betroffenen einvernehmlich Lösungen zu suchen. „So lässt sich verhindern, dass Leute per Polizei und Blaulicht in Kliniken eingewiesen werden. Es gelingt in den meisten Fällen, ihnen solche traumatischen Erfahrungen zu ersparen.“ Inzwischen ist gesetzlich verankert, dass der Dienst in ganz Bayern eingeführt wird. Im Vorstand des Dachverbands Gemeindepsychiatrie will sich Reiter weiter dafür einsetzen, dass andere Bundesländer dem Beispiel folgen.

Die gemeinnützige GmbH des Vereins kümmerte sich 2019 mit 240 Mitarbeitern in mehr als 30 Einrichtungen um fast 5000 Klienten. „Wenn nicht so viele Projekte entstanden wären, hätte ich es nicht so lange ausgehalten“, betont der Geschäftsführer. Ganz aus dem Berufsleben verabschiedet sich Reiter zum 1. März noch nicht: Er vertritt für ein halbes Jahr eine Referentin beim Landesverband der Arbeiterwohlfahrt, halbtags. Und danach? Da werden ihn „wohnungspolitische Geschichten“ weiter beschäftigen, glaubt er. „Es hat mich immer fasziniert an der Arbeit, dass man für die Leute einiges erreichen kann.“

Rund 350 Betroffene: Netzwerk soll Obdachlosen im Landkreis helfen

Die meisten Gemeinden im Landkreis München hatten bisher keinen geordneten Plan, wie sie obdachlos gewordene Menschen unterbringen. Das soll sich jetzt ändern.

Landkreis – Die meisten Gemeinden im Landkreis München hatten bisher keinen geordneten Plan, wie sie obdachlos gewordene Menschen unterbringen. Dabei sind die Kommunen gesetzlich verpflichtet, sich um ihre Obdachlosen zu kümmern. Manche quartieren Betroffene in gemeindeeigenen Unterkünften unter. In den meisten Rathäusern aber bekamen die Betroffenen einen Fahrschein nach München in die Hand gedrückt und ein Bett in einer Münchner Absteige bezahlt.

Der Haarer Arzt Dr. Günther Rödiger, der Obdachlose psychiatrisch betreut und bis 2018 im Bezirkstag auch politisch für sie eintrat, kritisierte, dass das Thema im Landkreis totgeschwiegen werde. In Zukunft wollen die Landkreisgemeinden daran etwas ändern und Familien und Einzelpersonen, die in die Obdachlosigkeit abgerutscht sind, besser unterstützen – mit Beratung und effektiver Hilfe. Es gründen sich Verbände, nach einem Konzept der AWO-Wohnungsnotfallhilfe. „Das Thema nimmt Fahrt auf“, sagt der Vorsitzende des AWO-Kreisverbands Michael Germayer. Die Zahl der Obdachlosen in den Gemeinden des Landkreises stagniert auf hohem Niveau. Im vergangenen Jahr mussten 344 Menschen untergebracht werden, davon 86 Kinder, teilt die Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit (FOL) mit.

Drei Verbände gibt es

Mitte 2019 wurde der erste Verbund mit den Gemeinden Gräfelfing, Planegg, Krailling, Pullach, Neuried als Verbund-West gestartet. Zu Beginn dieses Jahres nahm der Verbund-Nord die Arbeit auf mit Ismaning, Aschheim, Haar und der Stadt Garching. Zum Verbund Süd gehören Höhenkirchen-Siegertsbrunn, Hohenbrunn, Ottobrunn, Unterhaching, Taufkirchen, Neubiberg, Putzbrunn, Brunnthal.

Austausch erleichtert die Arbeit und die Hilfe für die Betroffenen

Die Gemeinden können die Expertinnen der AWO zu Rate ziehen, die Kontakt mit den obdachlos gewordenen Menschen aufnehmen und sie bei der Wohnungssuche unterstützen. „So kann man auch besser auf Unterbringungsmöglichkeiten reagieren. Die eine Gemeinde sucht eine große Wohnung für eine fünfköpfige Familie, die andere sucht ein Apartment für einen alleinstehenden Mann“, sagt Germayer. Der Austausch über Gemeindegrenzen hinweg verschafft Überblick und erleichtert die Arbeit. Die enge Kooperation hat aber auch finanzielle Vorteile: Die Gemeinden teilen sich die Personalkosten für die Beraterinnen der AWO.

„Wir erleben, dass das Thema in den vergangenen Monaten eine Dynamik erfahren hat“, sagt Germayer. „Vielen Gemeinde wollen mehr tun als die gesetzlich vorgeschriebene Unterbringung, weil das allein nicht ihrem sozialen Anspruch genügt. Sie wollen, dass die obdachlosen Menschen betreut werden und ins soziale Leben zurückfinden.“

Medium: SZ
Datum 21.02.2020

Ziel ist eine fachgerechte Begleitung für jeden Betroffenen

Die Probleme von Menschen, die ihre Wohnung verlieren, sind meist vielschichtig und verlangen ein Bündel von Maßnahmen. „Unser Ziel ist es, dass alle Bürger, die im Landkreis obdachlos geworden sind, eine fachgerechte pädagogisch zielführende Begleitung bekommen“, sagt Stefan Wallner, Leiter des Fachbereichs Wohnungsnotfallhilfe.

Das AWO- Team mit Tanja Fees, Lucretia Ionescu und Conny von Reinhardstoettner unterstützt die Hilfesuchenden mit Wissen und Erfahrung. 17 Gemeinden sind derzeit mit dem AWO-Kreisverband vertraglich verbunden. „Es geht aber weiter, Grünwald, Oberhaching und Sauerlach machen sich gerade auf den Weg“, sagt Germayer.

Wohnungsnot ist auch ein Thema

Es gibt bereits Gemeinden, die auch in Hinblick auf die Unterbringung von Obdachlosen an eine Kooperation denken. Gemeinsam, so Wallner, sollte auch gegen die Wohnungsnot fachlich und politisch vorgegangen werden. Ein Konzept ist in Arbeit. Im Auftrag der Arge Freie Wohlfahrtsverbände, Fachausschuss Wohnen, wird derzeit ein Konzept für die Wohnungslosenhilfe im Landkreis erarbeitet, das Ende März fertig sein soll. Die Ergebnisse werden bei einer Fachtagung im Herbst vorgestellt. Das Konzept soll den Ist-Zustand dokumentieren und neue Impulse im Landkreis setzen. Es soll zeigen, welche Maßnahmen für den Schutz und die Unterstützung von Obdachlosen in den nächsten Jahren notwendig sind.

**Medium: Merkur
Datum: 25.02.2020**

Ein Wahlgeschenk, das andere bezahlen müssen

1900 Münchenstift-Mitarbeiter bekommen bald mehr Geld. In der Theorie ist das eine gute Idee von OB Dieter Reiter. Doch wie die beschlossene Zulage finanziert werden soll, ist offen – für kleinere Verbände könnte das zur Existenzfrage werden

VON HEINER EFFERN
UND SVEN LOERZER

München – Die auf 270 Euro verdoppelte Münchenezulage für Beschäftigte der Stadtverwaltung stellt die Träger sozialer Einrichtungen vor große Probleme: So rechnet der Caritasverband für München und Oberbayern bei einer Einführung für seine Belegschaft mit Mehrkosten in Höhe von 14 Millionen Euro jährlich. Auf mindestens einem Drittel bis zur Hälfte der zusätzlichen Kosten wird die Caritas wohl sitzen bleiben. Caritasdirektor Georg Falterbaum bezeichnete es als „nicht akzeptabel, wenn Wahlgeschenke verteilt werden, die zumindest teilweise dann andere bezahlen müssen“. Das zeigt sich beispielhaft an den Pflegeheimen, die ihren Pflegesatz für Bewohner um bis zu 250 Euro monatlich erhöhen müssten, um die Kosten zu decken. Diesem Dilemma versuchte sich jetzt der städtische Träger Münchenstift zu entziehen: Der Aufsichtsrat beschloss zwar die Zulagen, die vom 1. April den 1900 Beschäftigten gezahlt werden sollen, wollte aber offenbar eine Entscheidung über die Finanzierung nicht mehr vor der Wahl treffen. Inzwischen ist über das weitere Vorgehen ein handfester politischer Streit entbrannt.

Dass die Stadt die Zulage finanziert, dafür gibt es kaum eine Chance. Sollte das überhaupt zulässig sein, müssten auch alle anderen Pflegeheimträger den Betrag erhalten. Allein für das städtische Unternehmen aber wären das schon mehr als sechs Millionen Euro jährlich, bei der Arbeiterwohlfahrt 2,1 Millionen Euro für 650 Beschäftigte. Würde das auf die Pflegesätze umgelegt, müssten sie im Schnitt um bis zu 250 Euro monatlich steigen. Weil aber auch zusätzlich die üblichen jährlichen Tarifierhöhungen und enorme Investitionen in Bau und Digitalisierung anstehen, sollte der Münchenstift-Aufsichtsrat offenbar sogar eine Steigerung von 400 Euro genehmigen. Doch der Widerstand im Aufsichtsrat war groß, zumal eine solche Erhöhung etwa zwei Drittel der Bewohner träfe – die Selbstzahler, die trotz Pflegeversicherung ohnehin schon Kosten von mehr als 2000 Euro tragen müssen. „Eine Erhöhung um 400 Euro wird es mit mir nicht geben“, erklärte SPD-Fraktionschef Christian Müller, der sich „von der Geschäftsführung in keiner Weise gut informiert“ fühlt.

Grünen-Stadtratsfraktionschefin Katrin Habenschaden findet es zwar „billig und recht“, wenn die Münchenstift-Beschäftigten auch die Zulage bekämen, aber nicht auf dem Rücken der Pflegebedürftigen und ihrer Familien. Altenpflege einschließlich angemessener Bezahlung sei eine gesamtstädtische Aufgabe. Daher stehe „die Stadt in der Pflicht, ähnlich wie bei vielen anderen Einrichtungen im sozialen Bereich“, die Finanzierung der Münchenezulage sicherzustellen. Mit einem Antrag zur dringlichen Behandlung im Sozialausschuss am 12. März, also drei Tage vor der Kommunalwahl, wollen die Grünen/Rosa Liste erreichen, dass die Zulage nicht durch eine Erhöhung der Pflegesätze finanziert wird. Wie das gehen soll, bleibt offen: Die Verwaltung solle andere Vorschläge machen. Müller hält von dem Antrag angesichts der Rechtslage nichts. Die Grünen sollten lieber Münchenstift-Geschäftsführer Siegfried Benker, der auch lange Jahre Fraktionschef der Grünen im Stadtrat war, an die Kandare nehmen.

Die Arbeiterwohlfahrt reagierte erbost, sie erwartet eine Gleichbehandlung: „Eine Finanzierung der Münchenezulage durch die Hintertür darf es für das Münchenstift nicht geben“, erklärte Geschäftsführer Hans Kopp. „Unsere Heimbewohner erwarten von uns, dass wir gleiches Recht für sie als Münchner Bürger einfordern.“ Die Umsetzung der Zulage müsse „wettbewerbsneutral“ erfolgen, städtische Querfinanzierungen dürfe es nicht geben. Im Interesse einer moderaten Heimkostensteigerung habe die Arbeiter-

wohlfahrt für die Pflegebeschäftigten eine geringere Steigerung der Münchenzulage mit Verdi bereits zum 1. Januar ausgehandelt.

„Eine bessere Vergütung unserer Mitarbeiter ist sinnvoll, richtig und notwendig“, sagte Falterbaum. Allein der Weg, wie dieses Ziel erreicht werden soll, sei fragwürdig, kritisierte der Caritasdirektor. Das Umsetzen der Idee zur Münchenzulage, die auf Oberbürgermeister Dieter Reiter zurückgeht, sei ein „bisschen hemdsärmelig“ erfolgt, „da hätte man mehr Liebe zum Detail walten lassen müssen“. Es sei ungewöhnlich, dass die Stadt die Zulagen im Alleingang und ohne Abstimmung mit den Trägern eingeführt habe. Zwar könnten sich die Verbände der Zulage formal entziehen, aber neue Mitarbeiter würden sich das überlegen, ob sie zur Caritas kommen, „wenn sie da 3500 Euro pro Jahr weniger verdienen“. Vor Probleme stellt die Zulage die Caritas zum Beispiel bei der Asylsozialberatung: Für die von der Stadt finanzierten Mitarbeiter komme zwar auch die Stadt für die Zulage auf – aber für die vom Freistaat finanzierten nicht. „Wir wollen kein Zweiklassensystem“, betonte Falterbaum. „Wir müssten dann die Zulage aus eigener Tasche bezahlen“, zumal nach dem Tarifvertrag auch der Gleichbehandlungsgrundsatz gelte. Allein für München rechnet die Caritas für die 2900 Beschäftigten mit Mehrkosten in Höhe von 7,6 Millionen Euro, von denen mindestens ein gutes Drittel nicht refinanziert wären.

Für kleinere Fachverbände und soziale Vereine, die der Caritas angeschlossen sind, „können solche Zusatzkosten durchaus zur Existenzfrage werden“, warnt Falterbaum. Bettina Schröer-Voit, Personalleiterin des St. Josefs-Heims in Haidhausen und Geschäftsführerin für dessen Kinder- und Jugendbereich, sieht große Probleme auf die inklusive Kinderbetreuungseinrichtung mit 163 Plätzen zukommen. „Wir müssen ohnehin Elternbeiträge verlangen und sie dann zum neuen Schuljahr noch um fünf Prozent erhöhen.“ Aber es bleibe keine andere Möglichkeit, sonst verliere man Personal. Genauso müsse man im Altenheim die zusätzlichen Kosten auf die Bewohner umlegen.

Probleme wird es auch in der Migrationsberatung geben, die über landeseinheitliche Pauschalen vom Freistaat finanziert wird. Oder bei den ambulanten Pflegediensten, dort gibt es landeseinheitliche Sätze von den Pflegekassen. Wenn die Träger die Zulage nicht finanziert bekommen, werden sie solche Dienste früher oder später einstellen müssen, weil sie ihr Personal in Zeiten des Fachkräftemangels nicht halten können. Falterbaum lässt keinen Zweifel daran, dass soziale Berufe besser bezahlt werden müssen, „und zwar dauerhaft und allgemeingültig“. Er tritt deshalb für „höhere Grundgehälter“ ein: „Das würde nachhaltig wirken und nicht nur befristet auf fünf Jahre, wie es jetzt bei der Münchenzulage vorgesehen ist.“

Georg Falterbaum,

Medium: unbekannt
Datum: 03.03.2020

REAKTIONEN AUF DEN WAHLSIEG



FOTO: MICHAEL SCHUHMANN

Die Politik muss tüchtig ackern

Franz Xaver Peteranderl, Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern: „Wir gratulieren Dieter Reiter herzlich zur Wiederwahl. Ich bin sicher, dass wir die gute Zusammenarbeit fortsetzen werden. Das Handwerk ist ein wichtiger Bestandteil der bewährten ‚Münchner Mischung‘. Damit die Landeshauptstadt ein gewichtiger Faktor für Bayern bleibt, müssen Politik, Wirtschaft und Verwaltung auf einigen Baustellen tüchtig ackern. Zuerst müssen wir dafür sorgen, dass so viele Betriebe wie möglich die Corona-Krise überstehen. Hier kann die Stadt Verfahren beschleunigen, Investitionen vorziehen oder Gewerbesteuern stunden. Außerdem brauchen wir Gewerbeflächen, Wohnraum für Mitarbeiter und eine Verkehrssituation, die im Sinne des Handwerks gestaltet wird.“



FOTO: FLORIAN PELJAK

Sachlich, fair und nah an den Themen

Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern: „Wir Münchner haben in den vergangenen sechs Jahren gesehen, was wir an einem erfahrenen und besonnenen Oberbürgermeister haben. Nicht zuletzt in der aktuellen Krise hat er durch Ruhe und überlegtes Handeln erneut gezeigt, warum so viele Wähler ihm das Vertrauen ausgesprochen haben. Auch wir in der jüdischen Gemeinschaft wissen, was für einen treuen Freund und verlässlichen Partner wir in ihm haben. Wenn die politische Auseinandersetzung in unserer Stadt in der kommenden Legislaturperiode stets so sachlich, so fair und so nah an den Themen und den Wählern bleibt wie während dieses ganz besonderen Wahlkampfes, dann ist für uns alle viel gewonnen.“



FOTO: BLSV/OH

Sportliches Miteinander

Jörg Ammon, Präsident des Bayerischen Landes-Sportverbands (BLSV): „Der BLSV gratuliert Dieter Reiter herzlich zu seiner Wiederwahl. Der Oberbürgermeister hat in der Vergangenheit bewiesen, dass der Sport in München einen großen Stellenwert hat. Wir sind als Dachverband des organisierten Sports fest davon überzeugt, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Insbesondere im Hinblick auf das Sport-Highlight European Championships 2022 und beim weiteren Ausbau der Sportinfrastruktur bauen wir auf eine konstruktive Zusammenarbeit. Außerdem ist gerade in schwierigen Zeiten, wie wir sie im Zuge der Corona-Pandemie erleben, ein gemeinsames Miteinander wichtig, um unsere Vereine und Fachverbände im Breiten- wie Leistungssport bestmöglich zu unterstützen.“



FOTO: AWO MÜNCHEN-STADT

Kompetent und nahbar

Julia Sterzer, Geschäftsführerin der AWO München-Stadt: „Wir alle bei der Münchner Arbeiterwohlfahrt freuen uns sehr über Dieter Reiters Wiederwahl. In seiner ersten Amtszeit haben wir ihn als in allen sozialen Fragen kompetenten und nahbaren Oberbürgermeister erlebt. Er hat dafür gesorgt, dass vor allem die Unterstützungsangebote für ältere Menschen und Wohnungslose deutlich ausgebaut wurden. Auch in der jetzigen Krise spüren wir, wie wichtig ihm insbesondere die Münchnerinnen und Münchner sind, die auf Hilfe in sozialer Not angewiesen sind. Ich bin sehr zuversichtlich, dass Dieter Reiter mit dem Stadtrat auch dann die richtigen Entscheidungen trifft, wenn eine weniger prall gefüllte Stadtkasse dazu führen wird, dass Prioritäten gesetzt werden müssen.“



FOTO: MOSES OMEOGO

Mit denen regieren, die es können

Christian Springer, Kabarettist: „Ich kenne Dieter Reiter schon lange, er war der erste aus der Stadtregierung, der meinen Verein „Orientshelfer“ unterstützt hat. Jetzt wünsche ich mir ein Weiter-so von ihm. Er hat es bisher sehr gut gemacht. Hat die Stadt nicht mit so einem Rampensau-Gehabe regiert, sondern ist rausgegangen in die Stadtviertel und hat Bürgersprechstunden abgehalten. Besser werden müsste die Zusammenarbeit mit dem Freistaat, der wird halt von Alphantieren regiert. Und ganz konkret wünsche ich mir, dass der Öffentliche Nahverkehr kostenlos wird, dass man nur noch einsteigen braucht in Bus oder Tram. Mit welcher Partei Reiter die Stadt regiert, ist mir wurscht. Wenn's nach mir geht, sollte er mit denen regieren, die es können: mit der Zivilgesellschaft.“



FOTO: PRIVAT

Die SPD braucht Druck von links

Stefan Jagel, für „Die Linke“ neu im Stadtrat: „Herzlichen Glückwunsch an Dieter Reiter, der uns als sozialdemokratischer Oberbürgermeister ein Stück näher lag. Allerdings wurde in den letzten Jahren deutlich, dass die SPD den Druck von links und von der Straße braucht. Denn die soziale Spaltung nahm sowohl unter rot-grün wie unter rot-schwarz zu. Dieter Reiter meinte einmal: ‚München gehört uns allen – nicht nur den Spekulanten.‘ Wenn er zukünftig mehr öffentliche oder genossenschaftliche Wohnungen baut, werden wir dies unterstützen. Die Linke setzt sich innerhalb und außerhalb des Stadtrates dafür ein, dass es bezahlbare Mieten, eine gute Versorgung und eine solidarische Stadtgesellschaft gibt. Daran messen wir auch Dieter Reiter.“

TEXTE: BEKA, CHRO, MEST, SEWI

VON HEINER EFFERN

München – Der Blick auf die Regierungsbank im großen Sitzungssaal zeigt an diesem Montagmittag, wie sich die Stadtpolitik in den kommenden sechs Jahren verändern wird: Sehr viele Grüne sitzen da, immer noch sehr viele Sozialdemokraten, und ganz außen die Stadträte Thomas Niederbühl (Rosa Liste) und Felix Sproll (Volt). Im Zentrum residiert wie bisher Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD), der die neue grün-rote Koalition anführen wird. Um diese und ihr Programm zu präsentieren, haben Grüne und SPD zu einer Pressekonferenz ins Rathaus eingeladen, in der sie sich vor lauter Sympathie, Vertrauen und inhaltlicher Übereinstimmung vermutlich auch noch um den Hals gefallen wären, wenn das Virus nicht für Distanz gesorgt hätte.

Ein „sehr, sehr guter Tag“ für München sei dieser Montag, sagt etwa OB Reiter. Nach „tollen Verhandlungen“ habe man sich auf ein Programm geeinigt, das München durch die nächsten sechs Jahre tragen könne. Auf 42 Seiten haben die Verhandler festgelegt, welche Schwerpunkte sie setzen wollen. Wohnen und Mieten, die

Trotz Corona und Wirtschaftskrise werde die Stadt „weiter investieren“

Verkehrswende hin zu einer neuen Mobilität und die Umwelt stehen an vorderster Stelle. Durch alle Kapitel zögen sich wie ein roter Faden die Themen Ökologie und Soziales, sagt Katrin Habenschaden, OB Kandidatin der Grünen. Sie sitzt, ein weiterer Hinweis auf die Zukunft, als designierte Zweite Bürgermeisterin direkt neben OB Reiter und legt natürlich „sehr, sehr gerne“ einen Koalitionsvertrag vor, der „eine hervorragende Grundlage“ für die gemeinsame politische Arbeit bilden werde.

Auch wenn sich Habenschaden anfangs noch das eine oder andere Mal zu OB Reiter umdreht, wenn sie spricht, so macht sie doch klar, dass sie die kommenden sechs Jahre zwar an das Rot-grün aus der Vergangenheit anknüpfen will, aber schon unter neuen Voraussetzungen: Grün-rot wird die neue Farbenfolge sein. Sie sieht deshalb schon eine gewisse Kontinuität nach dem schwarz-roten Aussetzer der vergangenen sechs Jahre, aber auch „einen klaren Neuanfang in einigen Punkten“.

Die neue Stadtregierung wird allerdings nicht nur von zwei Parteien gebildet, sondern von vier: Die Grünen sind wie bisher schon mit der Rosa Liste eine Fraktionsgemeinschaft eingegangen, die SPD wird mit der pro-europäischen Partei Volt zusammenarbeiten. Mit OB Reiter verfügt das Bündnis dann über 44 von 81 Stimmen im Stadtrat. Die Grünen sind mit 23 Stadträten die stärkste Kraft im Stadtrat, die SPD ist mit 18 Mandaten zwar kein Juniorpartner, aber eben doch der kleinere. Mit Spannung war erwartet worden, ob um das Amt der Dritten Bürgermeisterin gefeilscht würde, doch die Grünen ließen die SPD zum Zug kommen. Verena Dietl sitzt schon auf der anderen Seite von OB Reiter, sie wird von der Fraktionsspitze in das Amt der Dritten Bürgermeisterin wechseln. Am Montagabend sollen dem auch die SPD-Parteigremien endgültig zustimmen.

Dafür haben sich die Grünen den wichtigen Posten des Mobilitätsreferenten gesichert, der eine neue Verkehrsfachbehörde aufbauen soll. Die bisherigen Bürgermeister Manuel Pretzl (CSU), der wieder Fraktionschef seiner Partei wird, und Christine Strobl (SPD, geht in Ruhestand) werden ihre Büros räumen. Die Zeiten der Kooperation von SPD und CSU sind damit vorüber. Reiter nutzt die Gelegenheit, der CSU zu



Gute Laune bei der Präsentation vor verhüllten Mikrofonen: OB Dieter Reiter (SPD) zwischen Katrin Habenschaden, der künftigen Zweiten Bürgermeisterin (Die Grünen-/rechts), und seiner Parteifreundin Verena Dietl, die von der Fraktionsspitze in das Amt der Dritten Bürgermeisterin wechselt. FOTO: FLORIAN PELJAK

München wird grün-rot

Ökologie und Soziales stets im Blick: In ihrem Regierungsprogramm halten Grüne und SPD fest, wie sie die Stadt in den nächsten sechs Jahren verändern wollen. OB Dieter Reiter kündigt dafür eine neue Schuldenpolitik an

danken. „Wir haben eine vernünftige Zeit hingekriegt“, sagt er.

Neben dem neuen Spitzentrio aus OB und den beiden künftigen Bürgermeisterinnen, die in der ersten Sitzung des neuen Stadtrats am 4. Mai gewählt werden sollen, sitzen auf der Regierungsbank noch jede Menge Partei- und Fraktionschefs, die na-

eventuell auch daran liegt, dass entgegen dem Gesellschaftsspiel „Reise nach Jerusalem“ nicht nach jedem Statement ein Stuhl aus der Reihe weggenommen wird.

Auf den Tag genau 30 Jahre nach der Geburt eines der ersten rot-grünen Bündnisse in einer deutschen Großstadt kommen Grüne und SPD also wieder zusam-

türlich auch alle das neue Bündnis toll finden. Wie es nun Corona-Pflicht ist, bleibt zwischen den Politikern jeweils ein Stuhl frei. Da aber nur zwei Mikrofone mit Plastik-Schutzmaske zur Verfügung stehen, entspinnt sich ein reges Hin und Her am Sprecherplatz. Doch jeder findet harmonisch wieder eine Sitzgelegenheit, was

sonst nicht der Fall wäre. In der ersten Sitzung des Stadtrats, dem ersten Grünen-Stadtrat, hat sich das Verhältnis geändert, auch die Gesellschaft, die gerade vom Virus dominiert wird. Dieses sei in die Verhandlungen eingeflossen, doch der Koalitionsvertrag mit dem Titel „Mit Mut, Visionen und Zuversicht: Ganz München im Blick“ solle bewusst mehr sein als ein Corona-Krisen-Papier, heißt es. Natürlich wolle man aber die Münchner gemeinsam gut durch die Krise führen, sagt OB Reiter.

Das soll für den operativen Gesundheitsschutz ebenso gelten wie für die politischen Projekte der kommenden Jahre. Da

Medium:SZ
Datum: 28.04.2020

Swing im Innenhof

Gern – Eine Prise Lebensfreude in Zeiten von Corona: Am Donnerstag, 30. April, spielt von 17.30 Uhr an das „Duo Souvenirs“ im Innenhof der Mehrgenerationen-Wohnanlage am Reinmarplatz. Das kleine Konzert soll den Bewohnern der 126 Wohneinheiten in Gern in diesen schwierigen Zeiten etwas Ablenkung und Zerstreuung bieten, organisiert haben es die Ortsvereine der SPD Neuhausen-Nymphenburg und die Arbeiterwohlfahrt (Awo) Gern. Selbstverständlich gelten auch für diesen Auftritt die Regeln der sozialen Distanzierung: Das Swing-Duo wird im Innenhof zueinander eine Mindestdistanz von 1,50 Meter wahren, aufgrund der offenen Bauweise ist es den Bewohnern der Anlage möglich, die Aufführung von den Fluren und Gängen aus zu verfolgen. Die Münchner Formation „Souvenirs“ tritt auf Einladung von Kathrin Abele, Stadträtin und Vorsitzende der SPD Neuhausen-Nymphenburg, Barbara Marc, Vorsitzende der Awo Gern, und Willi Wermelt, Mitglied im Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg, auf. Die Band hat mehr als 30 Jahre Erfahrung im Showgeschäft und spielt internationale und deutsche Swing-Musik. **SZ**

Medium:SZ
Datum: 04.05.2020

Der neue Mann in Reihe sechs

Felix Sproll ist der erste Stadtrat der noch jungen Volt-Partei in München – und er hat sich einiges vorgenommen



Ein bisschen feierlicher hätte er sich das mit der Amtskette schon vorgestellt, gibt Felix Sproll zu. Vielleicht, dachte er, würde der Oberbürgermeister sie den neuen Stadtratsmitgliedern in einer Zeremonie um den Hals legen. Stattdessen bekam er das Symbol für Amt und Würden schon am Morgen vor der Eröffnungssitzung des neue gewählten Stadtrats ausgehändigt. Er musste den Erhalt mit einer Unterschrift quittieren und sich das 275 Gramm schwere Geschmeide aus vergoldetem Feinsilber dann selbst um den Hals hängen.

Jetzt erhebt sich Felix Sproll von seinem Platz in Reihe sechs im Deutschen Theater. Zusätzlich zur Kette mit dem Münchner Stadtwappen trägt er eine Plakette mit der Europafahne am Revers seines schwarzen Sakkos. Würde heute „Das „tapfere Schneiderlein“ oder „Der Palast des Lächelns“ aufgeführt, dies wäre einer der teuersten Plätze ganz vorne im Parkett. Aber die Vorstellungen sind abgesagt und statt des tapferen Schneiderleins steht da vorn nun Dieter Reiter und nimmt den neu gewählten Stadtratsmitgliedern den Amtseid ab. „Alle auf einen Rutsch“, so formuliert es der Oberbürgermeister fast ein bisschen schneiderleinhaft. Sonst würde das alles zu lange dauern. Und so ist im allgemeinen Gemurmel gar nicht zu hören, dass sich Felix Sproll dafür entschieden hat „ich schwöre“ zu sagen statt „ich gelobe“ und dass er am Ende auf die Formel „so wahr mir Gott helfe“ verzichtet.

Das waren also die ersten Entscheidungen, die er im Stadtrat treffen durfte. Die nächsten haben schon mehr als nur symbolische Bedeutung: Der Stadtrat wählt Katrin Habenschaden und Verena Dietl zur Zweiten und Dritten Bürgermeisterin, und Felix Sproll stimmt mit der Koalition aus Grünen und SPD. „Mir war schon nach der Wahl klar, dass ich als Einzelkämpfer im Stadtrat wenig ausrichten kann“, erklärt der Jungpolitiker. Deshalb hat er gleich Kontakt aufgenommen.

Die Nummer von Katrin Habenschaden hatte er von einem früheren Projekt in seinem Handy gespeichert. Bevor er von der Pro-Europa-Partei Volt als Spitzenkandidat aufgestellt wurde, hat der Finanzberater sich schon in diversen Initiativen in München engagiert. Bei Pulse of Europe etwa und bei Stand up for Europe und auch beim Volksbegehren Mietenstopp. Für einen politischen Neuling ist er also gut ver-

netzt. Außerdem habe sich ausgezahlt, dass Volt einen konstruktiven Wahlkampf gemacht habe, statt andere anzugreifen. Das machte die Partei für viele zu einem möglichen Partner. Verena Dietl von der SPD hat ihm gleich eine Mail geschrieben, ob sie sich mal treffen sollen. Auch mit der FDP und der ÖDP hat er gesprochen. Dass er sich dann entschlossen hat, sich der SPD-Fraktion anzuschließen, habe zum einen an den inhaltlichen Übereinstimmungen gelegen. Aber es habe auch menschlich gepasst, sagt Sproll.

Aufgeregt sei er vor seiner Vereidigung nicht gewesen, sagt er. „Viel aufgeregter war ich am Sonntag, als wir den Koalitionsvertrag unterschrieben habe“. Dass er es mit seiner jungen Partei auf Anhieb in den Stadtrat schafft und dann auch noch gleich an der Regierung beteiligt wird, das sei schon ein großer Erfolg. Volt wurde vor drei Jahren als europaweite Bewegung von Menschen gegründet, die den Populisten und den nationalistischen Tendenzen in den Mitgliedsstaaten der EU etwas entgegensetzen wollten. Seit 2018 ist die Bewegung in Deutschland als Partei registriert. Am 15. März haben 1,8 Prozent der Wähler in München für Volt gestimmt, das ergab einen Sitz.

Medium:SZ
Datum: 05.05.2020

München mitgerechnet ist die Partei mittlerweile in zehn Lokalparlamenten vertreten

Im Koalitionsvertrag sieht Sproll die Handschrift seiner kleinen Partei durchaus erkennbar. Schon im ersten Satz der Präambel heißt es schließlich: „München versteht sich als europäische Metropole“. An mehreren Stellen werde außerdem auf gelungene Beispiele anderer europäischer Städte hingewiesen, die Probleme besonders gut gelöst haben, vor denen auch München steht. „Das war ja auch der Ansatz in der Wahlkampagne von Volt“, sagt Sproll. Als Beispiel nennt er Barcelona, eine der am dichtesten bebauten Städte in Europa: Dort wurden jeweils mehrere große Wohngebäude zu sogenannten Superblocks zusammengefasst. Innerhalb dieser Superblocks gelten verkehrsberuhigte Zonen, Autos dürfen dort nur Schrittgeschwindigkeit fahren. „So entsteht Raum für gesellschaftliches Leben in diesen Wohnvierteln“, sagt der Stadtrat.

Die Fraktion will den Neuen in den Wirtschaftsausschuss schicken, das wünschte er sich, denn dort sind auch die Themen Europa und Internationales angesiedelt. Die SPD habe ihn sehr freundlich „in ihre Mitte genommen“, sagt Sproll. Dass ihn der Oberbürgermeister in der Debatte um das Berechnungsverfahren für die Sitzverteilung in den Ausschüssen versehentlich mit „Herr Volt“ anspricht – verziehen.

Dass die Gespräche bisher vorwiegend über Video-Schalten oder am Telefon ablaufen, war für den Volt-Politiker nichts außergewöhnliches. In der europaweiten Bewegung lief schon vor der Pandemie vieles auf elektronischem Wege und per Konferenzschaltungen. Über eine Plattform im Internet tauschen sich Lokalpolitiker von Volt aus Italien, Bulgarien, Frankreich und Deutschland täglich über Entwicklungen in ihren Städten aus. München mitgerechnet ist die Partei mittlerweile in zehn Lokalparlamenten vertreten. Eher wundert sich Sproll, dass er die Beschlussvorlagen aus dem Rathaus auf Papier zugestellt bekam. Da könnte man vielleicht auch noch was machen, findet der Abgeordnete.



Große Bühne zum Auftakt

Ein wenig erinnert das an Sportunterricht. „Das Berühren der Figuren mit den Pfoten ist verboten“, reimte der Lehrer einst beim Basketball. Und im Stadtrat gelten zurzeit Corona-bedingt sogar noch schärfere Abstandsregeln. Münchens neue zweite Bürgermeisterin Katrin Habenschaden (Grüne) musste ihre Blumen mit ausgestreckten Armen von OB Dieter Reiter (SPD) entgegennehmen. „Nicht berühren“ galt bei der ersten Vollversammlung nach der Wahl tatsächlich: für die Mikrofone.

FOTOS: ROBERT HAAS (3), ALEXANDER HASSENSTEIN/GETTY (2)



Wenn ihm der Name mal nicht bleibt: Der OB sprach Felix Sproll versehentlich als „Herr Volt“ an. FOTO: ROBERT HAAS



Parkett rechts Reihe 05 – 08



Alles anders

Die Fraktionen wählen ihre Chefs, nur die CSU steht noch aus

Manuel Pretzl (CSU) hat bis vor wenigen Tagen beide Ämter parallel innegehabt: Bürgermeister und Vorsitzender seiner Stadtratsfraktion. Dieses ohnehin exotische Modell, von Beginn an aus anderen Parteien kritisiert, hat im Rathaus nun ausgedient – Grüne und SPD wollen beide Positionen separat vergeben. Was bedeutet, dass für die zu Bürgermeisterinnen aufgestiegenen Fraktionschefinnen Katrin Habenschaden (Grüne) und Verena Dietl (SPD) Nachfolgerinnen gewählt werden müssen. Die Sozialdemokraten entschieden sich am Montag nachmittag, nach der konstituierenden Sitzung des Stadtrats im Deutschen Theater, für die bisherige Vizevorsitzende Anne Hübner. Die Fachreferentin für Altenpfle-

Die Referentenposten werden erst nach und nach verteilt

ge, die 2014 erstmals ins Rathaus kam, wurde einstimmig gewählt. Auch Christian Müller, schon vor dem 15. März Teil der Fraktions-Doppelspitze, wurde ohne Gegenstimmen wiedergewählt. Stellvertreter bleibt Christian Vorländer, für Hübner rückt Kathrin Abele nach.

Die Grünen haben ihre Personalien bereits Ende April entschieden. Der langjährige Fraktionsvorsitzende Florian Roth wurde wiedergewählt, für Co-Chefin Habenschaden rückt Stadträtin und Bezirksausschuss-Politikerin Anna Hanusch nach. Stadtchef Dominik Krause bleibt Stellvertreter, an seine Seite wurde Neu-Stadträtin Mona Fuchs gewählt.

Bei der CSU steht die Besetzung wichtiger Fraktionspositionen noch aus. Bislang

haben die Christsozialen lediglich ihren Fraktionsvorsitzenden Pretzl im Amt bestätigt, seine Stellvertreterposten sind noch vakant. Klar ist: Das für den Wahlkampf ausgerufene Tandem mit OB-Kandidatin Kristina Frank ist nun am Ende. Frank saß zwar bei der konstituierenden Stadtratssitzung mit im Saal. Allerdings in ihrer Rolle als Kommunalreferentin, die sie weiterhin ausüben will. Ihr Stadtratsmandat, das sie als Spitzenkandidatin der CSU errungen hat, kann sie deshalb nicht antreten – und logischerweise daher auch keine Position in der Fraktionsspitze einnehmen. Nachrücker Hans Hammer, der Schatzmeister der Münchner CSU, wurde statt Frank als Stadtrat vereidigt.

Auch bei der SPD wurde am Montag ein Nachrücker vereidigt: Nikolaus Gradl, der von 2002 bis 2014 schon einmal im Münchner Stadtrat saß. Er übernimmt das Stadtratsmandat des SPD-Spitzenkandidaten Dieter Reiter, der am 29. März zum Oberbürgermeister gewählt wurde. Als solcher hat er zwar ebenfalls Stimmrecht im Stadtrat. Aber er kann nicht parallel eine Position als ehrenamtlicher Stadtrat besetzen.

Auch die kleineren Fraktionen haben ihre Vorstände bereits bestimmt. Vorsitzender von ÖDP/Freie Wähler ist der altgediente ÖDP-Stadtrat Tobias Ruff, bei FDP und Bayernpartei übernimmt diese Aufgabe der einstige OB-Kandidat Jörg Hoffmann. Bei der Linken/Die Partei wurde Stefan Jägel gewählt.

Die im grün-roten Koalitionsvertrag vereinbarte Aufteilung der Referentenposten wird erst nach und nach umgesetzt. Die „Stadtminister“ sind zu unterschiedlichen Zeitpunkten für jeweils sechs Jahre gewählt worden. **DOMINIK HUTTER**

Verteilungskampf zwischen Groß und Klein

CSU, SPD und Grüne beschließen ein neues Verfahren für die Besetzung der Ausschüsse – das stößt auf heftige Kritik

Die erste Konfrontation hat der neue Stadtrat gleich in der ersten Sitzung erlebt. Bei der Verabschiedung der Geschäftsordnung für die kommenden sechs Jahre, die auch die wichtige Vergabe der Ausschusssitze regelt, verliefen die Fronten jedoch nicht zwischen Regierung und Opposition, sondern zwischen den großen Fraktionen und den kleinen. Grüne, CSU und SPD setzten durch, dass die Zuteilung diesmal nach dem Verfahren von D'Hondt berechnet wird. Für diesen Wechsel mussten sie sich herbe Kritik gefallen lassen. Die Verteilung der Sitze entspreche nicht dem Wählerwillen und sei nicht gerade eine vertrauensbildende Maßnahme für die Demokratie, so der Tenor. Überraschend kam der Konflikt nicht: Noch in der alten Sitzungsperiode hatten Grüne, SPD und CSU einen Beschluss über die künftigen Mitarbeiter der Fraktionen gefasst, der schon nach D'Hondt berechnet wurde.

Das Verfahren steht im Ruf, große Parteien zu bevorzugen. Für den kommenden Münchner Stadtrat bedeutet dessen Anwendung, dass die AfD mit ihren drei Mandaten in keinen einzigen Ausschuss und

auch nicht in den Ältestenrat einziehen wird. Damit bleibt sie fast in der kompletten Gremienarbeit außen vor, nur zu den Vollversammlungen hat sie Zutritt. „Wir sind die Hauptbetroffenen“, sagte AfD-Stadträtin Iris Wassill. Der Wille des Wählers werde auf diese Weise missachtet. Die AfD wolle konstruktiv mitarbeiten. „Wir bitten, dass wir ernst genommen werden“, so Wassill. Die AfD beantragte zudem, dass

Die stärkste Fraktion zog es vor, die Vorwürfe schweigend auszusitzen

die Grenze für eine Fraktion von vier auf drei Stadträte herabgesetzt werden soll. Wassill trug ihr Anliegen ruhig und sachlich vor, in der gesamten Vollversammlung gab es von der AfD keine Grenzüberschreitungen oder Provokationen, wie sie in anderen Parlamenten registriert wurden.

Doch auch die Parteien und Gruppen, die sich im Vorfeld zu einer kleinen Fraktion zusammengeschlossen haben, verurteilten das Vorgehen. Die Verteilung der Sit-

ze sei „nicht fair“, sagte Tobias Ruff, Fraktionschef von ÖDP und Freien Wählern. „Wir wissen alle, dass der Großteil der Politik in den Ausschüssen gemacht wird.“ Die angeführten Argumente seien „schlichtweg falsch“. Auch die Linke verurteilte den Beschluss. Es gehe offensichtlich darum, „eine Partei auszugrenzen im Kampf gegen den Faschismus“. Diesen sollte man aber nicht durch „Herumbasterei an der Geschäftsordnung“ führen, sondern politisch auf der Straße, sagt Fraktionschef Stefan Jagel. Er griff wie später auch die FDP direkt die Grünen an. „In allen anderen Parlamenten haben sie darauf bestanden, das D'Hondt abgeschafft wird. Jetzt gehen sie mit.“ Das sei wohl schon ein „Teil der Anpassung“ der Grünen.

Diese zogen es vor, die Vorwürfe schweigend auszusitzen, und lehnten mit SPD und CSU alle Änderungsanträge ab. Die Verteidigung des Beschlusses überließ die neue stärkste Fraktion zuerst Oppositionsführer Manuel Pretzl von der CSU und danach Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD). Pretzl wies darauf hin, dass sich fast alle der kleinen Parteien und Gruppen

mit teilweise sich widersprechenden politischen Programmen zu Fraktionen zusammengeschlossen hätten, um Ausschusssitze abzugreifen. Auch hier sei der eingeforderte Wählerwille nur schwer zu erkennen. OB Reiter verwies auf die zunehmende Zersplitterung der politischen Landschaft. Mit dem Verfahren von D'Hondt könnten stabile politische Mehrheiten in den Ausschüssen gewahrt werden. Im Übrigen sei es „nicht undemokratisch“, wenn drei Viertel des neuen Stadtrats eine „rechtlich zulässige Änderung“ des Verteilungsverfahrens beschlössen.

ÖDP-Stadtrat Ruff erklärte, dass die Aussage zur zunehmenden Zersplitterung des Stadtrats nicht zutrifft. In der Tat zogen 2014 genau 13 Parteien und Gruppen in den Stadtrat ein – 2020 sind es exakt wieder 13. Zudem verfüge Grün-Rot auch bei anderen Vergabeverfahren in jedem Ausschuss über eine Mehrheit, so Ruff. Auch die Kritik an den Fraktionsgemeinschaften greife nicht: Die SPD (mit Volt) und die Grünen (mit der Rosa Liste) hätten auch Partner aufgenommen, um eine stärkere Fraktion zu bilden. **HEINER EFFERN**

Medium:SZ
Datum: 05.05.2020

8. Mai 2020, 18:48 Uhr Münchens neue Bürgermeisterinnen im Porträt

"Man darf nicht immer nur auf die schauen, die am lautesten schreien"



Verena Dietl kann sich nun ganz auf ihre politische Aufgabe konzentrieren. (Foto: Catherina Hess)

Das neue Leben der Verena Dietl hat einen Vorteil: Sie muss sich nicht mehr zweiteilen, wenn sie morgens aus dem Haus geht. Bisher warteten nach der Fahrt von Laim in die Stadt zwei Jobs, die sie zu bewältigen hatte. Beruflich sollte sie als Geschäftsführerin des Vereins Aktiv für interkulturellen Austausch (Aka) 60 Mitarbeiter anleiten. Politisch sollte sie mit ihrem Co-Chef Christian Müller die Stadtratsfraktion der SPD führen. Auch die hatte zuletzt jede Menge Betreuung nötig. "Es ist ein ganz anderes Gefühl, wenn man ins Rathaus geht und nur noch eine Stelle ausfüllen muss", sagt Dietl. Noch dazu wenn es eine Traumstelle ist, zumindest für jemanden, der Politik als Beruf ergreifen und in der Kommunalpolitik bleiben will. "Eine tolle Chance", sagt die neue Dritte Bürgermeisterin.

Ihre erste Woche hat die 39-Jährige nun als Bürgermeisterin hinter sich, am Montag wurde sie vom Stadtrat gewählt. "Es ist eine große Ehre für mich, in meiner Heimat Bürgermeisterin sein zu dürfen", sagte sie direkt danach. Ihr Fraktionskollege Müller, dessen politisches Wesen eher dem Polter-Angriff zuneigt als dem feinsinnigen Lob, hatte sie sehr emotional vorgeschlagen. Dietl habe bei ihrer Arbeit im Stadtrat "ein großes soziales Herz" bewiesen und sei "eine Brückenbauerin über die politischen Lager hinweg", sagte Müller. Auf diese Weise will Dietl auch ihr neues Amt angehen, kündigt sie an. "Man darf nicht immer nur auf die schauen, die am lautesten schreien. Man muss alle im Blick haben."

So hat sie auch politisch Karriere gemacht. Nach dem Abitur begann sie das Studium der sozialen Arbeit und suchte einen Weg, an den Stellschrauben zu drehen. Sie entschied sich vor 20 Jahren für die SPD und wurde bald danach in den Laimer Bezirksausschuss gehäufelt, dem sie heute noch angehört. Parallel stieg sie bei den Jusos auf, war deren Vorsitzende in Oberbayern und stellvertretende Landeschefin. 2008 zog sie erstmals in den Stadtrat ein und beschäftigte sich mit der Sozial- und der Bildungspolitik.

Als Bürgermeisterin kümmert sich Dietl neben vielen anderen Themengebieten auch um ihre alte Leidenschaft: den Sport

Als die stellvertretende Fraktionssprecherin Beatrix Zurek 2016 den Posten der Schulstadträtin übernahm, folgte sie ihr nach und übernahm mehr Verantwortung in der Fraktion. So einige Stadträte glauben, dass sie schon bei der nächsten internen Wahl hätte Chefin werden können, wenn sie energisch eingegriffen hätte. Alexander Reissl konnte sich nach einem Patt erst im zweiten Wahlgang gegen Christian Müller durchsetzen, die SPD-Fraktion hatte ihre Zerrissenheit öffentlich gemacht. Doch Dietl hielt sich zurück und musste warten, bis der zermürbte Reissl zur CSU floh. Zusammen mit Müller rückte sie im Sommer 2019 an die Fraktionsspitze.

Deshalb ist es kein Zufall, dass bei der Aufteilung der politischen Aufgaben unter den drei Bürgermeisterinnen die Sozialpolitik bei ihr gelandet ist. Sie werde sich darum kümmern, dass dies in der Corona-Krise nicht der Bereich sei, "wo wir als erstes Geld wegnehmen müssen", verspricht sie. Angesichts der einbrechenden Einnahmen wird sie beweisen müssen, dass sie sich auf ihre ruhige Art durchsetzen kann. Auch Dietl selbst gehört nicht zu denen, die gleich am lautesten schreien. Sie will einbringen, was sie in ihrer Ausbildung und im Beruf als Sozialpädagogin gelernt hat: gemeinsam Lösungen finden, mit denen alle leben können. Sie möchte "den Menschen in den Vordergrund stellen".

Medium:SZ
Datum: 11.05.2020

Weg mit den Schulden

Millionen Deutsche sind überschuldet. Oft heißt der letzte Ausweg: Privatinsolvenz. Die soll bald viel schneller enden

VON BERRIT GRÄBER

München – Die Corona-Krise hat unzählige Menschen in Existenznöte gestürzt. Schon vorher waren nach Angaben der Wirtschaftsauskunftei Creditreform bundesweit 6,92 Millionen Verbraucher überschuldet. Die Zahl dürfte nun noch deutlich gestiegen sein. „Wer finanziell in der Sackgasse ist, sollte sofort zur Schuldnerberatung gehen“, rät Karla Darlatt von der Landesfachstelle Verbraucherinsolvenzberatung Sachsen. Auch Fachanwälte können helfen. Häufig gibt es nur noch eine Möglichkeit, die dauerhaft aus dem Teufelskreis der Schulden raus hilft: Den Weg der Privatinsolvenz einschlagen. Das Verfahren eröffnet die Chance, Schulden nach maximal sechs Jahren los zu sein. Bald soll es sogar nur noch drei Jahre dauern.

Was ist zu tun?

Ob durch gescheiterte Selbständigkeit, Jobverlust, Scheidung oder eine lange Krankheit: Es gibt viele Gründe, die einen in Geldnöte bringen können. Wer betroffen ist, sollte sich so schnell wie möglich professionelle Hilfe holen, empfiehlt Veaceslav Ghendler, Fachanwalt für Insolvenzrecht aus Köln. Nicht abwarten, bis der Briefkasten überquillt vor Inkassoforderungen, sagt auch Darlatt: „Je früher sich Betroffene der Situation stellen, desto besser.“ Ist das Konto erst mal gesperrt, der Lohn gepfändet und der Strom abgedreht, wird es immer schwerer, sich aus der Lage zu befreien.

Wo gibt es Hilfe?

Betroffene können sich zum Beispiel bei den Verbraucherzentralen und in Kommunen Unterstützung holen. Viele Sozialämter bieten eine kostenlose Schuldnerberatung an. Ebenso Wohlfahrtsorganisationen wie etwa der Deutsche Caritasverband, der Paritätische Wohlfahrtsverband oder die Arbeiterwohlfahrt (AWO). Auch Anwälte oder Steuerberater dürfen beraten. Erstgespräche sind oft kostenlos. Beim Amtsgericht lässt sich ein Beratungshilfeschein beantragen, unter Umständen ist damit auch das übrige Honorar abgedeckt. Wichtig: Bloß nicht auf unseriöse Geschäftemacher im Internet reinfallen, warnt Ghendler. Am Ende stehen die Betroffenen schlimmstenfalls mit neuen Schulden da.

Was muss sein?

Am Anfang steht der Kassensturz. Alles muss auf den Tisch, was die Überschuldung belegt: offene Rechnungen, Kreditverträge, Mahn- und Vollstreckungsbescheide, Einnahmen, Ausgaben, Unter-

haltsverpflichtungen. Mithilfe eines zugelassenen Profis – ob Schuldnerberater oder Anwalt – wird dann eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern verhandelt. „Das ist eine realistische Möglichkeit, ins Reine zu kommen“, sagt Ghendler. Sind weder Sachwerte noch Einkommen pfändbar, geht die Chance auf eine außergerichtliche Lösung gegen null. Stimmen nicht alle Gläubiger der Rückzahlung auf Raten zu, ist eine Einigung ohnehin geplatzt. Was folgt, ist der Gang zum Gericht.

Was bringt ein Insolvenzverfahren?

Das Amtsgericht versucht noch einmal, den Plan zum Schuldenabbau bei den Gläubigern durchzusetzen. Klappt das nicht, wird das Insolvenzverfahren eröffnet und ein Insolvenzverwalter bestellt. Der prüft Vermögen, Geld- und Sachwerte. Ein Erwachsener muss nach aktuellem Recht maximal sechs Jahre lang so viel verwertbares Vermögen wie möglich sowie den pfändbaren Teil seines Einkommens an die Gläubiger abgeben. In der sogenannten Wohlverhaltensphase müssen sich Betroffene ohne Job um Arbeit bemühen, jede zumutbare Beschäftigung annehmen. Hält sich der Schuldner an alle Auflagen, erklärt ihn das Gericht am Ende für schuldenfrei. Er ist damit alle Restverbindlichkeiten los – ganz gleich, ob sie durch Corona-bedingte Einkommensverluste, durch Kredite, Bürgschaft oder Steuerforderungen entstanden sind. Ausnahme: Geldstrafen, Schadenersatzforderungen oder Unterhaltszahlungen lassen sich damit nicht abschütteln. Wer es schafft, innerhalb von drei Jahren 35 Prozent seiner Gläubigerforderungen sowie die Verfahrenskosten zu bezahlen, hat seine Restschulden schon nach drei statt sechs Jahren vom Hals. Wer nur die Verfahrenskosten aufbringen kann, wird nach fünf Jahren schuldenfrei.

Wie klappt der Neustart?

Die Privatinsolvenz kann der beste Weg sein, die Schulden für immer loszuwerden, betont Rainer-Manfred Althaus, Fachanwalt für Insolvenzrecht in Mannheim. Das gilt nicht nur für Angestellte, Arbeiter, Beamte, Rentner oder Sozialhilfeempfänger. Auch ehemals Selbständige wie etwa Gastwirte könnten sich so von Schuldenbergen befreien, die sich jetzt in Corona-Zeiten angehäuft haben. Voraussetzung: Die Tätigkeit ist vorbei, es stehen nicht mehr als 19 Gläubiger auf der Matte und es sind keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen offen, etwa Sozialabgaben. Anderen Selbständigen und Freiberuflern in Finanznot steht das Regelinsolvenzverfahren zur Verfügung.



Die Corona-Krise bringt viele Freiberufler in Finanznöte. Wenn sich die Schulden zu sehr auf türmen, bleibt manchmal nur noch ein Insolvenzverfahren.

FOTO: IMAGO

Was gibt es Neues?

Künftig soll der Verbraucherkonkurs grundsätzlich nur noch drei Jahre dauern. So will es die EU. Stichtag ist der 17. Juli 2022. Bis dahin muss die Bundesregierung die europaweit geltende Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt haben. Damit die Schuldner von heute nicht darauf warten, bis die neue Regelung in Kraft tritt, soll eine Übergangsregelung greifen. Geplant ist, dass die Dauer des Insolvenzverfahrens jeden Monat um einen Monat verkürzt wird. Gerechnet wird ab dem 17. Juli 2019, als die EU-Richtlinie in Kraft trat. Das heißt: Wer in den kommenden Wochen Privatinsolvenz anmelden muss, kann wahrscheinlich jetzt schon ein wenig von der geplanten Verkürzung profitieren. Geht der Antrag beispielsweise zwischen dem 17. Juli und 16. August 2020 ein, soll das Verfahren zur Schuldenfreiheit laut Gesetzesentwurf nur noch 60 Monate dauern. Bei Antragstellung zwischen dem 17. Juli und 16. August 2021 wäre der Betroffene seine Schulden nach 48 Monaten los. Voraussetzung: Der Gesetzesentwurf geht wie geplant durch.

Medium:SZ
Datum: 18.05.2020

Die Gegenwart

Wer in den vergangenen Wochen auf den Namen „AWO“ stieß, sah sich mit widersprüchlichen Eindrücken konfrontiert: In vielen Städten Deutschlands wurde in Jubiläumsveranstaltungen an den Gründungstag der Arbeiterwohlfahrt vor 100 Jahren im Dezember 1919 erinnert und die Bedeutung des Verbandes zur Verankerung von Solidarität und gesellschaftlicher Teilhabe in Deutschland gewürdigt. Fast gleichzeitig führten Verfehlungen in zwei großen hessischen Kreisverbänden der Arbeiterwohlfahrt aber auch zu staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und zahlreichen kritischen Kommentaren über die Verquickung des Wohlfahrtsverbandes mit sozialdemokratischer Parteipolitik.

Bei der Kritik an fehlenden Kontrollinstanzen auf lokaler Ebene und der Selbstbedienungsmentalität einzelner Funktionsträger blieb aber ausgeblendet, woher die Verbindungslinien zwischen Arbeiterwohlfahrt und Sozialdemokratie rühren und inwieweit diese die Strukturen der Arbeiterwohlfahrt bis heute kennzeichnen. Gleichmaßen unbeachtet geblieben sind die strukturellen Veränderungen, die der Verband erfahren hat. Als ein Wohlfahrtsverband mit besonderer Prägung beziehungsweise als eine Organisation mit politischer Zielsetzung wurde die Arbeiterwohlfahrt stärker als andere Wohlfahrtsverbände durch die großen politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts beeinflusst. Diese Veränderungen liefern einen wichtigen Erklärungsansatz – sowohl für die wohlfahrtspolitischen Errungenschaften als auch für die verbandlichen Fehlentwicklungen. Dieser Überblick verfolgt das Ziel, beide Perspektiven zusammenzuführen, indem zentrale Etappen der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt präsentiert und den Verbindungslinien zur SPD besonderes Augenmerk gewidmet werden.

Die Arbeiterwohlfahrt wurde 1919 vom Parteausschuss der SPD als Einrichtung der Partei gegründet. Der Gründungsakt war jedoch von deutlicher Zurückhaltung geprägt, markierte er doch einen Wandel der bis dahin von der Sozialdemokratie vertretenen wohlfahrtspolitischen Haltung. Als im Gefolge der industriellen Revolution immer mehr Menschen in die Städte strömten, stieg nicht nur der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter sprunghaft an, sondern auch das Ausmaß sozialer Probleme: Beengte Wohnunterkünfte, entbehrungsreiche Frauen- und Kinderarbeit sowie Ernährungsprobleme waren in den Industriestädten weit verbreitet. SPD und Gewerkschaften forderten als Anwälte der arbeitenden Bevölkerung eine aktive Sozialpolitik des Staates, zugleich trat man für Arme, Schwache und Bedürftige ein.

Der Ausbau privater Wohlfahrtspflege widersprach jedoch den Leitbildern der SPD; vielmehr vertrat man die Auffassung, dass sich soziale Gerechtigkeit nicht aus Almosen und Wohltätigkeit speisen sollte, sondern vor allem aus der Verankerung sozialer Grundrechte. Die Sozialdemokratie monierte, dass mit privaten Wohlfahrtsangeboten nicht die Ursachen von Bedürftigkeit beseitigt, sondern nur Symptome gelindert würden. Damit setzte man auf ein grundsätzlich anderes Konzept im Umgang mit Hilfs- und Schutzbedürftigen als andere Verbände.

Als im Jahre 1908 das neue Reichsgesetz Frauen erstmals formal politische Betätigungsmöglichkeiten zugestand, eröffnete dies sozialdemokratischen Frauen die Gelegenheit, selbst stärker politisch aktiv zu werden. In dieser Situation traten – ungeachtet der offiziellen Parteiposition – zahlreiche Sozialdemokratinnen dafür ein, Not und unzumutbare Lebensbedingungen durch eigene wohlfahrtspflegerische Leistungen pragmatisch zu lindern. Politikerinnen wie Marie Juchacz oder Luise Zietz, die im Parteivorstand der SPD für Frauenpolitik zuständig waren, zählten zu den Vorkämpferinnen. Sie setzten sich unter anderem in Kinderschutzkommissionen für die Einhaltung der staatlichen Schutzgesetze ein.

Als nach Ende des Ersten Weltkriegs angesichts von Nahrungsmittelmangel und Kriegsfolgen die Nöte anhielten, drangen sozialdemokratische Frauen auf den Aufbau einer eigenen Organisation. Nunmehr fand diese Forderung Resonanz, da für die SPD eine neue Situation entstanden war. Die Partei war nicht nur an der Reichsregierung und an vielen Landesregierungen beteiligt, sondern hatte auch in zahlreichen Städten und Kommunen die Regierungsgewalt inne – und damit auch die Entscheidungsgewalt über wohlfahrtsstaatliche Leistungen. Als am 13. und 14. Dezember 1919 der Parteiausschuss der SPD in Berlin zusammentrat, war es Marie Juchacz, die den Vorschlag einbrachte, „innerhalb der Parteiorganisation eine sozialdemokratische Wohlfahrtspflege“ aufzubauen. Juchacz begründete den Antrag, der Parteiausschuss beriet ihn, und als am Ende der Vorsitzende feststellen konnte, dass niemand gegen den Vorschlag sei, war die Arbeiterwohlfahrt gegründet – ein recht schmuckloser, aber weitreichender Akt.

In der Folge entstanden auf regionaler und lokaler Ebene zahlreiche sozialdemokratische Wohlfahrtsausschüsse, die zum Teil auf bereits bestehenden Strukturen wie den Kinderschutzkommissionen oder sozialdemokratisch geprägten Fürsorgevereinen beruhten. Es dauerte indes bis zur Mitte der 1920er Jahre, bis sich die Bezeichnung „Arbeiterwohlfahrt“ durchsetzte. Dass der Verband ein Kind der SPD war, dokumentieren die neu etablierten Organisationsstrukturen: Die administrativen Einheiten der Arbeiterwohlfahrt entsprachen weitgehend denen der SPD, der lokale oder regionale Sitz des Verbands war in der Regel die Parteizentrale der SPD, und zahlreiche Funktionsträger der Arbeiterwohlfahrt übten ein Amt in der Partei aus. Selbst die Bezeichnungen waren ähnlich wie in der Partei: 1932 existierten 35 Bezirke der Arbeiterwohlfahrt mit insgesamt 2600 Ortsausschüssen.



Wohin des Weges? Debatten über das Selbstverständnis sind auch der AWO nicht erspart geblieben.

Obwohl sich die Arbeiterwohlfahrt mit dem Aufbau eigener Einrichtungen zurückhielt, erlebte der Verband in der Weimarer Republik ein deutliches Wachstum. Zum Ende der 1920er Jahre hatte er schon rund 135 000 Mitglieder. Politisch verstand man sich vor allem als Sozialanwalt und setzte auf das Primat der öffentlichen Fürsorge. Immer wieder schaltete sich die Arbeiterwohlfahrt in den Gesetzgebungsprozess ein und entwickelte auf zahlreichen Feldern der Fürsorgepolitik, etwa der Jugendfürsorge oder der Gefangenenbetreuung, Reformvorschläge.

Seit' an Seit'

Seit ihrer Gründung im Jahr 1919 ist die Arbeiterwohlfahrt nicht ohne die SPD zu denken. Aber sowohl der Wohlfahrtsstaat wie auch die Parteienlandschaft sind in Bewegung. Was bleibt?

Von Professor Dr. Jürgen Mittag



Marie Juchacz (1879–1956) Foto AdD/FES



Ausflug des Ortsausschusses in Gößnitz (Thüringen); um 1930

Foto AdD/FES

Im Gefolge des Verbots von SPD und Gewerkschaften im Frühjahr 1933 kam es zur Zerschlagung der Arbeiterwohlfahrt. Die Hauptgeschäftsstelle in Berlin wurde am 12. Mai 1933 besetzt, die seit 1929 als Geschäftsführerin amtierende Lotte Lemke erhielt Hausverbot. Mitarbeiter wurden verfolgt, Vermögen und Einrichtungen beschlagnahmt. Den Aktiven und Mitgliedern blieb damit keine Betätigungsmöglichkeit mehr. An die Stelle der bisherigen Strukturen der öffentlichen und privaten Fürsorge traten nach 1933 die neuen Massenorganisationen der NSDAP, so etwa die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt.

In der Zusammenbruchgesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg fanden an vielen Orten in Deutschland Menschen unter dem Banner der Arbeiterwohlfahrt wieder zusammen. Infolge der Zerschlagung und Enteignung der Arbeiterwohlfahrt im Jahr 1933 konnte man aber nicht – wie andere Wohlfahrtsverbände – auf bestehende Strukturen zurückgreifen. Bei Kriegsende existierten weder Geschäftsstellen noch eigene Wohlfahrtseinrichtungen.

Die spezifischen Rahmenbedingungen der Nachkriegszeit haben dazu geführt, dass die Arbeiterwohlfahrt im Vergleich zu den 1920er Jahren sowohl veränderte wohlfahrtspolitische Positionen bezog als auch neue organisatorische Strukturen etablierte: Die zentrale Forderung der Weimarer Republik, dass Wohlfahrtspflege primär von

der öffentlichen Hand ausgehen müsse, war angesichts der gewaltigen Kriegsschäden und umfassender Not nach 1945 nicht mehr aufrechtzuerhalten. Infolgedessen trat die Arbeiterwohlfahrt nunmehr erheblich stärker als vor dem Krieg als eigenständiger Akteur in Erscheinung und gründete selbst zahlreiche soziale Einrichtungen.

Der Aufbau der Arbeiterwohlfahrt vollzog sich nach 1945 zudem nicht – wie 1919 – von der Spitze aus, sondern im Zuge einer sukzessiven Zulassung durch die Alliierten von unten, von den Orts- und Kreisverbänden aus. Lotte Lemke, die nach 1945 wieder das Amt der Geschäftsführerin übernahm, und Robert Görlinger, der zum ersten Vorsitzenden der Nachkriegszeit gewählt wurde, verfolgten die Strategie, einen starken Zentralverband zu etablieren. Da sie diesen jedoch nicht von oben verordnen konnten, mussten Lemke und Görlinger immer wieder Widerspruch seitens einzelner Organisationen hinnehmen. So wiesen etwa Organisationen der Arbeiterwohlfahrt in der amerikanischen Besatzungszone das Ansinnen zurück, sich der Verbandsspitze in Hannover zu unterstellen und Abgaben abzuführen. Dass die Arbeiterwohlfahrt heute ein föderaler Wohlfahrtsverband mit starken regionalen und lokalen Einheiten ist, lässt sich vor allem auf die Neuformierung in der Nachkriegszeit zurückführen.

Der neu eingerichtete Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt zielte auf eine größtmögliche Nähe zur SPD, er machte die Parteimitgliedschaft aber nicht mehr zur Bedingung. Diese Haltung war nicht zuletzt den Forderungen der Alliierten geschuldet, die darauf setzten, dass die politischen Gegensätze seitens der Parteien ausgetragen, aber nicht in die Kultur oder den Sport und eben auch nicht in das Wohlfahrtswesen hineingetragen würden. Die enge Verbindung der Arbeiterwohlfahrt

zur SPD blieb somit auch nach 1945 gewahrt, sie basierte fortan aber nicht mehr auf einer formalen, in der Satzung verankerten Verzahnung, sondern vielmehr auf den Doppelfunktionen zahlreicher Parteimitglieder. Der neue Grad an Unabhängigkeit spiegelte sich auch im Verbandssitz wider, der 1952 von Hannover nach Bonn verlegt wurde. Hier befand man sich zwar immer noch in räumlicher Nähe zur „Baracke“, dem Sitz der ebenfalls nach Bonn übergesiedelten SPD, verfügte in der neuen Bundeshauptstadt aber nunmehr über ein eigenes Gebäude.

Angesichts des anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs in den 1950er und 1960er Jahren expandierte die Arbeiterwohlfahrt in nahezu allen Bereichen: Mehr ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, mehr hauptamtliche Angestellte und auch mehr eigene Einrichtungen – im Jahr 1969 waren es 1250. Oftmals eröffneten neue staatliche Förderprogramme die Möglichkeit, das eigene Tätigkeitsfeld auszuweiten, so etwa geschehen, als die Arbeiterwohlfahrt die Betreuung von Arbeitsmigranten übernahm. Früher als andere Wohlfahrtsorganisationen – und auch früher als die politischen Parteien der Bundesrepublik – betonte die Arbeiterwohlfahrt die Notwendigkeit, Maßnahmen zur sozialen und kulturellen Integration der Gastarbeiter sowie ihrer Familien einzuleiten. In der Praxis erwiesen sich die freien Wohlfahrtsverbände damit als unabdingbare Akteure, die ehrenamtliches Engagement und fachliche Expertise bündelten. Zu den wichtigsten Aktivitätsfeldern dieser Jahre zählten neben dem Aufbau von Migrationsdiensten Ferienangebote für Kinder und Jugendliche, die Müttergenesung, die Altenhilfe und familienpädagogische Arbeit.

Die 1970er und 1980er Jahre markieren eine umfassende Expansionsphase der Arbeiterwohlfahrt. Forciert durch die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit den ausgehenden 1960er Jahren, stellt dieser Zeitabschnitt zugleich eine Innovations- und Reformphase dar. So entwickelte die Arbeiterwohlfahrt unter der Leitung ihres Vorsitzenden Kurt Partzsch vielfach in Modellprojekten wie bei der Schwangerschaftskonflikt- oder Suchtberatung neue Konzepte und Zugänge, die bis heute wirksam sind. Die Tätigkeitsfelder erstreckten sich dabei immer weiter: von der Familienhilfe bis zur Krebsberatung und vom Sprachheilzentrum bis zur Behindertenwerkstatt.

In den 1980er Jahren änderten sich die wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen erneut. Angesichts engerer finanzieller Spielräume sah sich die AWO nunmehr mit verstärkter Kosten- und Effizienzorientierung konfrontiert. Mit der zunehmenden Ökonomisierung der Wohlfahrtspolitik, aber auch mit einer verstärkten Akademisierung der Gesellschaft ging ein innerverbandlicher Umstrukturierungsprozess einher. Das Unternehmen wurde ausgebaut, während der politische Verband in den Hintergrund trat. Die Arbeiterwohlfahrt entwickelte sich immer stärker zu einem komplexen, dezentralen und ausdifferenzierten Geflecht aus Vereinen, Gremien, Unternehmen und Einrichtungen. Organisatorisch bildete sie damit eher ein Netzwerk als einen hierarchisch und straff organisierten Verband.

In diesem Rahmen wurden zunehmend kontroversere Debatten über das eigene Selbstverständnis geführt, zumal durchaus Spannungen zwischen den ehrenamtlichen Aktiven und dem hauptamtlichen Personal aufkamen, das sich nun vielfach auf ein Studium an einer Fachhochschule stützte. Auch die Kooperation mit der SPD gestaltete sich schwieriger. Insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch bei den Mitgliedern war es nicht mehr selbstverständlich, der SPD anzugehören. Informell gab es aber – vor allem auf der Leitungsebene – weiterhin die charakteristische Doppelfunktion bei SPD und Arbeiterwohlfahrt. Ähnlich wie kirchliche Träger ein Konfessionsbekenntnis ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwarteten, wurde von der Arbeiterwohlfahrt der Anspruch erhoben, dass ihre Geschäftsführer der SPD angehörten und die Werte des demokratischen Sozialismus vertraten.

Dass die Veränderungen nicht ohne Probleme verliefen, dokumentiert die Rede des scheidenden Vorsitzenden Hermann Buschfort auf der Bundeskonferenz 1989. Buschfort sprach „strukturelle Fehler ... und verbandliche Schwachstellen“ an, zugleich gestand er eine „amateurhafte Verbandsführung“, „Vetternwirtschaft“ und „Interessenkollisionen“ beim hauptamtlichen Personal ein. Offene und harte Worte von der Verbandsspitze, die aber nicht den Blick darauf versperren sollten, dass die Arbeiterwohlfahrt in der Bevölkerung und unter den Klienten einen guten Namen hatte. Einer Allensbach-Umfrage zufolge war der Name Arbeiterwohlfahrt Mitte der 1980er Jahre rund 91 Prozent aller Westdeutschen ein Begriff.

Mit dem Zusammenbruch der DDR im Jahr 1989 hatte auch in der Arbeiterwohlfahrt

fahrt kaum jemand gerechnet. Anfänglich erklärte die zunächst ihre Bereitschaft, eine selbständige Arbeiterwohlfahrt oder einen wohlfahrtspflegerischen Verband in der ehemaligen DDR zu unterstützen. Schon bald zeichnete sich aber ab, dass eine Anpassung der neuen Länder an das bundesrepublikanische System der Wohlfahrtspflege vollzogen werden sollte. Ähnlich wie im Westen 45 Jahre zuvor verfügte auch die Arbeiterwohlfahrt in der DDR über keinerlei Infrastruktur oder personelle Ressourcen. Dennoch konnte man am 10. November 1990, ein Jahr nach dem Mauerfall, auf einem Bundestreffen aller Bezirks- und Landesverbände in Berlin den Beitritt von fünf neugegründeten ostdeutschen Landesverbänden vollziehen.

Angesichts ihrer geringen Mitglieder- und Finanzbasis in Ostdeutschland bei zugleich großen sozialen Erwartungen musste die Arbeiterwohlfahrt beim Aufbau im Osten ungewohnte, vor allem ökonomisch orientierte Wege einschlagen, die im Gesamtverband durchaus kontrovers diskutiert wurden. Da auch viele westdeutsche Gliederungen Probleme zu bewältigen hatten, wurde die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt in den 1990er Jahren unter dem Bundesvorsitzenden Manfred Ragati zu einem Experimentierfeld für eine stärkere Ökonomisierung der sozialen Arbeit.

Die Öffnung der Märkte im Rahmen der europäischen Integration und die zunehmende internationale Verflechtung der Weltwirtschaft zogen eine Verschärfung des Wettbewerbs nach sich, die wenig Spielraum für kostenintensive sozialpolitische Reformen ließ. Zahlreiche Dienstleistungen, die bislang von gemeinnützigen Trägern erbracht wurden, mussten ihre Konkurrenzfähigkeit beweisen. Dabei garieten in den 1990er Jahren mehrere Bezirksverbände der Arbeiterwohlfahrt in wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Die Krisenerscheinungen betrafen nicht nur regionale Gliederungen, sondern auch den Bundesverband, der mit einigen Großprojekten erhebliche Schulden angehäuft hatte. Wie stark die AWO – zur Mitte der 1990er Jahre war man dazu übergegangen, hauptsächlich die Kurzform zu verwenden – sich veränderte, wird auch dadurch deutlich, dass schon im Jahr 2004 etwa ein Viertel der seinerzeit 140 000 Beschäftigten nicht mehr direkt bei einem Verein der Arbeiterwohlfahrt beschäftigt war, sondern in einer ausgegliederten Gesellschaft. Stärker als in früheren Zeitphasen war die AWO nun Unternehmen, Arbeitgeber und Träger sozialer Einrichtungen; zugleich blieb sie aber weiterhin Verband, Mitgliederorganisation und sozialpolitischer Anwalt.

Das Zusammenspiel dieser verschiedenen Rollen führte dazu, dass die Entflechtung von unternehmerischen und verbandlichen Aufgaben zur zentralen Zielsetzung erhoben wurde. Der neue Bundesvorsitzende Wilhelm Schmidt forcierte die Struktur-reformen. Deren Kern bildete die Trennung der Verantwortung für den unternehmerischen vom verbandlichen Bereich. Neben dieser Entflechtung sahen die Reformen auch eine Trennung von Verantwortungsbereichen innerhalb des Mitgliederverbandes vor, unter anderem durch die Separierung von Aufsicht und Geschäftsführung.

Die Reformen zeigten Wirkung. Die unternehmerischen Aktivitäten wurden weiter ausgebaut, nunmehr aber in einem professionelleren Rahmen und trotz einzelner Auswüchse stärker regelgeleitet. Der Bundesverband, der nunmehr weniger stark in der unternehmerischen Verantwortung stand, bezog neue Positionen. Er agierte nun verstärkt als Hüter der Werte der Arbeiterwohlfahrt und setzte darauf, Widersprüche zwischen Grundwerten und Praxis aufzuheben. So positionierte sich der Bundesverband in den 2010er Jahren öffentlich gegen Leiharbeit und Tarifflucht. Zuvor hatte man Compliance-Regelungen zur verantwortungsvollen Unternehmensführung verabschiedet, die 2017 nochmals erweitert wurden.

Im Zuge der Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms am Jahresende 2019 besann sich die AWO, die heute rund 320 000 Mitglieder und 230 000 Angestellte zählt, verstärkt der Werte, die bei der Gründung Pate gestanden hatten: Mit den Prinzipien „Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität und Toleranz“ hatte die Arbeiterwohlfahrt die universellen Ideale der Französischen Revolution mit den Grundprinzipien der Arbeiterbewegung verknüpft. Die AWO kann für sich reklamieren, diese Leitbilder nie revidiert zu haben; vielmehr sind zahlreiche sozialpolitische Ideen und Positionen der Arbeiterwohlfahrt zum allgemein akzeptierten Bestandteil des gesellschaftlichen Miteinanders in Deutschland geworden.

Allerdings sind weder die innerverbandlichen Strukturen noch die Ausgestaltung des Verhältnisses zur SPD auf Dauer in Stein gemeißelt. Um die Integrität zu wahren und gleichermaßen die „besondere Prägung“ des Verbandes zu legitimieren, müssen nicht nur Fehlentwicklungen durch erweiterte Kontrollmaßnahmen unterbunden werden. Es gilt auch, auf die anhaltende Erosion parteipolitischer Bindungen in der Bevölkerung zu reagieren. In diesem Sinne kann das Diktum der langjährigen Leiterin der Arbeiterwohlfahrt Lotte Lemke auch noch heute Gültigkeit beanspruchen, die in ihrer letzten Rede als Vorsitzende im Jahr 1971 erklärte: „Die Arbeiterwohlfahrt darf niemals eine starre, festgefügte Struktur und ein für alle Zeiten festgelegtes Programm haben. Sie muss in unserer in Umbildung begriffenen Welt ein lebendiger Organismus sein, mit Antennen ausgestattet, die feinfühlig auffangen, wo sich Bedrohungen für den Menschen und seine innere und äußere Existenz ankündigen.“

Medium:AZ
Datum: 20.05.2020

Schöne Idee, schnöde Wahrheit

Wer den Coronabonus für Pfleger bezahlt, ist noch immer unklar

München – Christel Bienscheid, die Präsidentin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK), war vom Corona-Bonus von Anfang an nicht begeistert. Schon klar, 1500 Euro Bonus bringen den Bediensteten in der Altenpflege mehr, als wenn die Politiker nur für sie klatschen. Viel wichtiger als eine einmalige Prämie sei aber ein flächendeckender Tarifvertrag, mit Löhnen, von denen die Pflegekräfte auch leben können, sagt Bienscheid.

Zunehmend skeptisch beobachtet sie nun, wie Woche um Woche vergeht, bis die Idee mit dem Bonus, die so viele Fürsprecher hatte, endlich Realität wird. Zwar hat der Bund vor einigen Tagen ein Gesetz verabschiedet und sich bereit erklärt, 1000 Euro des Bonus zu übernehmen. Die Länder sollen diesen Betrag weiter aufstocken, auf bis zu 1500 Euro. Doch eine Nachfrage der *Süddeutschen Zeitung* ergab, dass bisher nur zehn der 16 Bundesländer beschlossen haben, das auch zu tun. Aus dem Saarland und Niedersachsen gibt es bis heute nur Absichtserklärungen. Und in Nordrhein-Westfalen, Berlin, Thüringen und Sachsen-Anhalt ist noch gar keine Entscheidung gefallen. Mehrere Bundesländer geben darüber hinaus an, dass noch nicht feststeht, aus welchem Topf die zusätzlichen 500 Euro gezahlt werden sollen und inwieweit sich die Arbeitgeber beteiligen. Unklar ist auch, wann das Geld fließen soll.

Arbeitgeber wie die Diakonie teilten schon früh mit, sie hätten für eine Prämie keine Rücklagen

DBfK-Präsidentin Bienscheid hätte sich gewünscht, dass all diese Fragen entschieden worden wären, bevor Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und so viele andere Politiker die Idee in die Welt hinausposaunten. Es stand ja von Anfang an die Frage im Raum, wer den Bonus finanzieren sollte. Arbeitgeber wie die Diakonie oder die Caritas teilten frühzeitig mit, sie hätten dafür keine Rücklagen. Protest kam auch von Pflege- und Krankenkassen. Die Linken-Abgeordnete Pia Zimmermann nannte das Gezerre um die Finanzierung der Prämie deshalb „peinlich und unwürdig“ und forderte den Bund auf, den Bonus vollständig aus Steuermitteln zu bezahlen. Zudem wuchsen die grundsätzlichen Zweifel an dem Unterfangen: Warum sollen nur Mitarbeiter in der Altenpflege Geld bekommen? Warum nicht auch im Krankenhaus, wo ja mindestens genauso viele Sonderschichten gefahren wurden wegen Corona? Warum nur die Pflegenden und nicht auch die Menschen, die in Heimen reinigen, kochen oder an der Pforte sitzen? Aus Sicht von Experten ist der Bonus inzwischen vor allem ein Beispiel für schlechtes Politikmanagement – aber auch eine Folge der strukturellen Defizite in der Pflegebranche.

Die Dortmunder Pflegewissenschaftlerin Angelika Zegelin findet es weiter richtig, dass die Altenpfleger einmal an erster Stelle stehen. Schließlich verdienen sie ansonsten 500 bis 600 Euro monatlich weniger als Krankenschwestern. Dass sich die Arbeitgeber weigerten, sich an der Finanzierung zu beteiligen, wundert sie nicht. Schließlich sei die Hälfte der Einrichtungen in der Hand von privaten Ketten. Manche von ihnen hätten Aktionäre, in Tokio oder sonstwo in der Welt verstreut, „und die erwarten Gewinne“. Auch die Heime der Wohlfahrtsverbände, Caritas, Diakonie oder Arbeiterwohlfahrt, seien auf Profit angewiesen, um andere Aufgaben querzufinanzieren, aber auch ihren Verwaltungsapparat. Deshalb komme viel Geld, das eigentlich in die Pflege fließen sollte, gar nicht bei den Heimen an. Erst recht nicht bildeten die Träger Rücklagen, um ihren Mitarbeitern einen Bonus zu zahlen, wenn die Politik das wünscht.

Nur fünf Prozent der Pflegerinnen sind in einer Gewerkschaft – viel weniger als in anderen Ländern

Zweitens sei die Pflegebranche kaum organisiert. Gerade fünf Prozent der Mitarbeiterinnen – Pflege ist vor allem ein Frauenberuf – gehörten einer Gewerkschaft an. In Skandinavien oder Großbritannien seien die Bediensteten viel besser organisiert, sagt Zegelin. In Schweden hätten sie mit politischem Druck und Streiks Gehaltssteigerungen von 30 Prozent durchgesetzt. Auch in Berlin bewege sich die Politik nur, „wenn sie es mit organisierten Interessen zu tun bekommt“. DBfK-Präsidentin Bienscheid fürchtet bereits, dass am Ende doch noch ein Teil der Altenpfleger leer ausgehen könnte. Angesichts sinkender Corona-Fallzahlen sei der Druck auf die Politik gesunken, „rasch etwas für die Pflegekräfte auf die Beine zu stellen“.

Kritik regt sich auch an der Rolle der Gewerkschaft Verdi, die vor einigen Wochen mit einem Arbeitgeberverband aushandelte, dass die Träger den Bonus übernehmen würden, und dieses Ergebnis als Durchbruch feierte. Das Problem: Die Branche ist zersplittert. Der Verband, mit dem Verdi verhandelte, umfasst mit der Arbeiterwohlfahrt und dem Arbeiter-Samariter-Bund nur einen Bruchteil der Arbeitgeber. Obendrein seien diese Träger dafür bekannt, vergleichsweise niedrige Gehälter zu zahlen. Nicht wenige in der Branche erstaunt, warum sich Verdi nicht an Unternehmen wandte, die Gehälter des Öffentlichen Dienstes zahlen. Und DBfK-Präsidentin Bienscheid ahnt, dass es in diesem komplizierten Umfeld noch ein langer Weg ist, bis Pflegekräfte das bekommen, was sie verdient hätten. RAINER STADLER ▶ Seite 4

Medium:SZ
Datum: 26.05.2020

1926–2020

Hans-Jochen Vogel

Trauer um Hans-Jochen Vogel

Er war Bürgermeister in München und Berlin, Bau- und Justizminister in Bonn, Kanzlerkandidat, Fraktionschef im Bundestag und Parteivorsitzender der SPD. Hans-Jochen Vogel hat Spuren hinterlassen, er hat die Republik an vielen Stellen und in vielen Ämtern mitgeprägt. Seine fulminante Karriere begann in München, wo er 1960 zum jüngsten Oberbürgermeister einer europäischen Millionenstadt aufstieg, mit 34 Jahren. Vogel betrieb schon damals eine Abkehr vom Leitbild einer autogerechten Stadt und verhalf München zu den Olympischen Spielen 1972. Der Jurist galt als hervorragender Technokrat, als Verwaltungsfachmann, als Macher. Und er war stets zur Stelle, wenn die SPD rief: Als Oberhaupt eines Krisensenats in Berlin, als Kanzlerkandidat nach dem Zerfall der sozialliberalen Koalition, als Parteivorsitzender nach dem Abtritt Willy Brandts. Vogel war Pflichterfüllung in Person. Er musste Niederlagen einstecken, holte bei der Wahl 1983 gegen Helmut Kohl nur 38,2 Prozent der Stimmen – und doch sind das Werte, von denen die SPD derzeit nur träumen kann. Am 26. Juli ist Hans-Jochen Vogel in München gestorben. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nannte ihn einen „lebhaften Demokraten“, dessen Stimme schmerzlich fehlen werde. **sz** ▶ *Seite Drei, München*

Medium:SZ
Datum:27.07.2020

STADT LAND LEUTE

Unter dem Motto „Weg mit dem Plastikmüll! – Wir machen mit! Seid dabei!“ haben die Neurieder Grünen zu einem gemeinsamen Müllsammeln in der Gemeinde aufgerufen. Der Anlass: Der **World Cleanup Day**. 30 freiwillige Helfer haben sich zu diesem Tag auf dem Neurieder Marktplatz getroffen – vor allem viele Familien mit Kindern. Ausgestattet mit orangen Warnwesten und Greifern, die die Gemeinde zur Verfügung gestellt hatte, schwärmte die Schar aus. Das Resultat: volle Müllsäcke. Als Dankeschön gab es Sonnenblumen vom Feld für alle. Der „World Cleanup Day“ ist ein Projekt der Bürgerbewegung „Let’s do it World!“, die 2008 in Estland entstanden ist. 50 000 Menschen befreiten binnen eines Tages das gesamte Land von illegal entsorgtem Müll.

Eigentlich wollte der **SV Waldeck** in diesem Jahr sein 100. Gründungsbestehen feiern. Zum Schirmherren auserkoren war Frieder Vogelsong, Vorsitzender des Bezirksausschusses Pasing-Obermenzing und Vorsitzender der Bürgervereinigung Obermenzing. Doch die für 11. und 12. Juli geplanten Feierlichkeiten mussten Coronabedingt abgesagt werden. Trotzdem hielt der Vorstand der Bürgervereinigung sein Wort und spendete zum Jubiläum 14 Trikotsätze für alle Großfeldmannschaften. Die Übergabe des Spendenschecks in Höhe von 14 490 Euro erfolgte anlässlich des Spiels gegen den FC Fasanerie-Nord um den Kreispokal. Die Spieler liefen erstmals im neuen Trikot auf und gewannen durch einen frühen Foul-Elfmeter. Das Jubiläum der Bürgervereinigung wird 2021 nachgefeiert.

Die **Grünen in Neuhausen-Nymphenburg** haben eine neue Doppelspitze. Gewählt wurden der Ingenieur der Stadtplanung und Organisationsberater Martin Züchner und die Politikwissenschaftlerin Verena Matzner. Die bisherige Sprecherin Christine Rustler scheidet aus Zeitgründen aus. Alexander Ott fungiert als Schatzmeister. Neu im Team ist Werner Löcher-Lawrence als Beisitzer. Dabei sind weiterhin Angela Herrmann, Barbara Lipp, Christine Kleider, Gaby Werth, Sandra Bart-

mann, Sophie Harper, Richard Falkenring und Ulrike Sengmüller. Der neue Sprecher Martin Züchner hatte dem Vorstandsteam bereits als Beisitzer angehört. Im Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg ist er Digitalisierungsbeauftragter und Mitglied der Unterausschüsse Bau und Verkehr. Die gebürtige Münchnerin Verena Matzner lebt mit ihrer Familie in Nymphenburg und war lange Zeit in der Öffentlichkeitsarbeit bei der Arbeiterwohlfahrt tätig. Ihre Themen sind Migration und Flüchtlingspolitik sowie die Sicherung und Entwicklung von Wohn- und Erholungsflächen im Viertel.

Der Leiter des **Museums Mensch und Natur**, Michael Apel, hat den Gewinnern des Sommerferienquiz jetzt ihre Preise überreicht. Zum 30-jährigen Bestehen des Museums waren die Fragen besonders knifflig ausgefallen. Zu gewinnen gab es Mineralien, Fossilien, Bestimmungsbücher und Naturführer. Mehr als 500 Rätselfreunde nahmen an der Ferienrallye teil, der zehnjährige Adrian aus Dachau hatte die besten



*Viel geschafft: In nur zwei Stunden haben die
dentlich aufgeräumt.*

Medium:SZ Da-
tum:01.10.2020

BR24 Coronavirus Bayern Sport Wirtschaft Kultur Wissen US-Wahlen Netzwelt #Faktenfuchs mehr

BAYERN

BILD
Die Aufbauleistung der Frauen würdigt eine Ausstellung, die auf dem Nürnberger Hauptmarkt eröffnet wurde. In ihr werden die Gründerinnen der Arbeiterwohlfahrt gewürdigt.
© BR

SCHLAGWÖRTER

Jubiläum 505 Mittelfranken 4257
Nürnberg 7415 Arbeiterwohlfahrt 32
Ausstellung 1271 Bayern 1885

VON
BR
Susanne Nüsslein

09.10.2020, 19:38 Uhr

100 Jahre Arbeiterwohlfahrt

Unter dem Motto "Macherinnen. Helferinnen. Frauen und die AWO" ist auf dem Nürnberger Hauptmarkt eine Ausstellung zum 100-jährigen Jubiläum eröffnet worden. Im Mittelpunkt: Die Aufbauleistung der Frauen in der bayerischen Arbeiterwohlfahrt (AWO).

Auf großen Stellwänden sind Pionierinnen porträtiert wie Maria Juchacz, die die Arbeiterwohlfahrt (AWO) 1920 gegründet hat. In der Ausstellung kommen aber auch AWO-Mitarbeiterinnen zu Wort, die heute aktiv in der Altenpflege und in Kindergärten arbeiten.

"Frauen leisten für die Gesellschaft Großartiges, sie sind Macherinnen und Helferinnen", so Brigitte Protschka, die stellvertretende Vorsitzende des AWO-Landesverbandes Bayern. Sie betont damit vor allem

1
✉
🔗

09.10.2020, 19:38 Uhr

100 Jahre Arbeiterwohlfahrt

Unter dem Motto "Macherinnen. Helferinnen. Frauen und die AWO" ist auf dem Nürnberger Hauptmarkt eine Ausstellung zum 100-jährigen Jubiläum eröffnet worden. Im Mittelpunkt: Die Aufbauleistung der Frauen in der bayerischen Arbeiterwohlfahrt (AWO).

Auf großen Stellwänden sind Pionierinnen porträtiert wie Maria Juchacz, die die Arbeiterwohlfahrt (AWO) 1920 gegründet hat. In der Ausstellung kommen aber auch AWO-Mitarbeiterinnen zu Wort, die heute aktiv in der Altenpflege und in Kindergärten arbeiten.

"Frauen leisten für die Gesellschaft Großartiges, sie sind Macherinnen und Helferinnen", so Brigitte Protschka, die stellvertretende Vorsitzende des AWO-Landesverbandes Bayern. Sie betont damit vor allem auch die Arbeit vieler ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen der AWO. Die Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert, kann aber auch online gesehen werden unter awo-bayern.de

Medium: Bayrischer Rundfunk
Datum: 09.10.2020

Letztendlich war sich bei der Abstimmung die Mehrheit einig, dass die Gemeinde künftig selbst die Trägerschaft Kaiserstiftung übernimmt. Mit zwölf zu sieben Stimmen wurde dem entsprechenden Vorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Iris Janda



Medium: unbekannt
 Datum: 09.11.2020

Sie sind hier: [Startseite](#) » [München](#)

Donnerstag, 12.11.2020, 09:04 Uhr · tab



Per Brief gewählt

Jürgen Salzhuber als AWO-Vorsitzender bestätigt



Ist wieder zum Vorsitzenden AWO Kreisverbandes München-Stadt gewählt worden: Jürgen Salzhuber. (Bild: AWO)

Alle vier Jahre wählen die Delegierten des Arbeiterwohlfahrt (AWO) Kreisverbandes München-Stadt e.V. in einer Kreiskonferenz ihren neuen Vorstand, seine Stellvertreter und Beisitzer. Dieses Jahr ist alles anders.

Aufgrund des Lockdowns durch die Corona-Pandemie im März musste die Kreiskonferenz in den Herbst verschoben werden, in der Hoffnung zu diesem Zeitpunkt eine Präsenzveranstaltung durchführen zu können. Allerdings hat das Infektionsgeschehen dies nicht zugelassen und die AWO München-Stadt hat als erster Kreisverband seinen neuen Vorstand mittels Briefwahl gewählt.

Stadträtin im Vorstand

„Es war mir und meinem Stellvertreter Kurt Damaschke wichtig, unsere Arbeit kontinuierlich fortsetzen zu können, deshalb haben wir uns für die Briefwahl entschieden“, erklärt Jürgen Salzhuber, der mit dieser Wahl bestätigte Vorsitzende des AWO Kreisverbandes München-Stadt. Da dieses Jahr die stellvertretende Vorsitzende Verena Dietl in ein kommunales Amt als dritte Bürgermeisterin gewählt wurde und sie, um Interessenskonflikte zu vermeiden, im Vorstand zurücktrat, war zusätzlich die Notwendigkeit einer Neuwahl gegeben. Mit der Stadträtin Julia Schönfeld-Knor wurde eine neue stellvertretende Vorsitzende gefunden werden, die seit Jahren mit der AWO verbunden ist, unter anderem in der gemeinsamen Arbeit für das "IsarInselFest".

Ergänzt wird der Vorstand durch die sechs Beisitzer. Zu den langjährigen erfahrenen AWO-Damen Ella Engel und Solveig Gruber kommen nun die neu gewählten Riad El Sabbagh, Wolfram Glaser, Elisabeth Oppenauer und Dr. Didona Weippert hinzu.

**Medium: Münchner Wochen-
anzeiger Datum: 12.11.2020**

[Wochenanzeiger München](#) > [Zeitungen](#) > [Münchner Wochenblatt / SamstagsBlatt](#)

Angebot bleibt weiterhin bestehen

München · Schuldnerberatung zieht um



Wenn regelmäßig am Ende des Geldes noch Monat übrig bleibt, sollte man darüber nachdenken, sich bei der Schuldnerberatung beraten zu lassen. Foto: ptr, CC0

München · Vor einiger Zeit haben DGB und IG Metall den Beschluss gefasst, das in die Jahre gekommene Haus in der Schwanthalerstraße durch einen Neubau zu ersetzen, der auch für die nächsten Jahrzehnte eine zukunftsfähige Basis für gewerkschaftliches Arbeiten im Zentrum der Stadt bieten kann.

Nun ist es soweit - das Gewerkschaftshaus in der Schwanthalerstraße wird geräumt. Dies trifft auch die Schuldner- und Insolvenzberatung in Trägerschaft AWO München-Stadt und DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund), die seit über 30 Jahren dort ein zu Hause hat.

Nun ist es soweit - das Gewerkschaftshaus in der Schwanthalerstraße wird geräumt. Dies trifft auch die Schuldner- und Insolvenzberatung in Trägerschaft AWO München-Stadt und DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund), die seit über 30 Jahren dort ein zu Hause hat.

In den aktuellen Zeiten mit andauernder Kurzarbeit oder unerwartetem Arbeitsplatzverlust infolge der Corona-Auswirkungen ist Hilfe bei finanziellen Problemen wichtiger denn je. Die staatlichen Hilfen federn bisher so manche finanzielle Schiefelage noch ab, aber eine Zunahme von Anfragen besorgter Bürgerinnen und Bürger zeichnet sich schon jetzt ab. Die Schuldner- und Insolvenzberatung bleibt eine nicht weg zu denkende Anlaufstelle, der Begriff „systemrelevant“ ist durchaus zutreffend. Unter Einhaltung der Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen sorgen die Beratungsfachkräfte nach wie vor dafür, dass Bürger in persönlichen und vertraulichen Kontakten Hilfestellungen erhalten.

Nicht immer kann jedoch ein sofortiger Besuch in der Beratungsstelle vereinbart werden, die Wartezeit beträgt mehrere Wochen oder gar Monate. Während der Wartezeit werden die Ratsuchenden von der Münchner Arbeiterwohlfahrt aber nicht allein gelassen. Sie erhalten eine ausführliche Erstberatung am Telefon und haben dreimal wöchentlich die Möglichkeit, erneut um Rat zu fragen.

Bis Mitte 2024, so die Planung für den Neubau des Gewerkschaftshauses, wird die Beratungsstelle in Berg am Laim in der Neumarkter Straße zu finden sein, dann ist der Rückzug in das neue Gewerkschaftshaus geplant. Denn die räumliche Nähe der Schuldnerberatung zu den Gewerkschaften - für Arbeitnehmer mit finanziellen Engpässen sind nicht zuletzt die gewerkschaftlichen Kollegen aus den Betriebsräten wichtige Vertrauensleute – macht nach wie vor Sinn.

**Medium: Münchner Wochen-
anzeiger Datum: 24.11.2020**

Koch ohne Küche

Mario A. verlor wegen des ersten Lockdowns Job und Wohnung

Mario A. (Name geändert) hat bisher immer einen Job gefunden. Der italienische Koch war begehrt und gut. Aufgrund der Coronakrise verlor er von heute auf morgen jede Perspektive. Das Restaurant im Landkreis, in dem er arbeitete, schloss aufgrund des Lockdowns. Er wurde entlassen und verlor gleichzeitig auch seine Wohnung, denn diese war eine Bedienstetenwohnung in dem Gasthaus. Der 43-Jährige lebte eine Zeit auf der Straße, schlüpfte bei Bekannten und Verwandten unter, was aber angesichts der Corona-Ängste nicht lange gut ging.

Schließlich wandte er sich an die Wohnungsnotfallhilfe des Awo-Kreisverbandes München-Land, die der SZ-Adventskalender in diesem Jahr unterstützt. Er kam in diversen Unterkünften unter, inzwischen hat er ein Pensionszimmer und lebt von Hartz IV. Mit 432 Euro im Monat auszukommen, ist für ihn eine Herausforderung, da er Zeit seines Berufslebens anderes gewöhnt war. Am schlimmsten aber fand er, dass er nicht einmal mehr eine Kochgelegenheit hatte. Da konnte ihm die Wohnungsnotfallhilfe helfen und ihm einen kleinen Ofen besorgen. Händeringend sucht er nun einen neuen Job und eine Wohnung, die von der Arbeitsstelle unabhängig ist. Normalerweise hätte er schon längst etwas Neues, sagt er, aber in diesen Zeiten, in denen viele Restaurants und Gasthäuser durch die Lockdowns vor der Pleite stehen, sieht es schlecht aus. "Ich will doch was tun", sagt er verzweifelt. "Aber es gibt einfach nichts."

Medium: SZ Datum: 30.11.2020

Seniorenzentrum in Penzberg: AWO plant größer als bisher gedacht - allerdings fehlen Pflegekräfte

Die AWO München will im Penzberger Seniorenzentrum an der Gartenstraße mehr Plätze schaffen, als bisher bekannt: 160 statt 130, weil der Neubau zwei Stockwerke mehr erhalten soll. Momentan haben die neuen Betreiber aber mit einem großen Problem zu kämpfen: Sie finden kaum Pflegefachkräfte.

Penzberg – Anfang Oktober hatte die AWO München das Penzberger Seniorenzentrum übernommen. Der Vorgänger, die Novita GmbH, hatte zuvor wegen fehlender Fachkräfte einen Aufnahmestopp verhängt. Damals hatte das Haus, das eigentlich 116 Plätze hat, nur 65 Bewohner. Die AWO München, [die die Lage damals als „desolat“ beschrieb](#), ist seither dabei, das „Schiff auf einen ruhigen Kurs“ zu bringen, wie es Christian Schulz, Leiter des Seniorenzentrums, sagt.

Die AWO München hat ihm zufolge den Aufnahmestopp zwar aufgehoben. Allerdings hat sich die Zahl der Bewohner an der Gartenstraße nur gering erhöht: auf aktuell 69 Senioren und Seniorinnen. „Wir haben immer noch nicht genug Fachpersonal, um weitere Leute aufzunehmen“, so Schulz. Es sei „eine Herkulesaufgabe“, Fachkräfte in der Altenpflege zu finden. 1000 Euro zahlt die AWO München sogar bei Vermittlung einer Fachkraft.

Seniorenzentrum Penzberg: Pflegefachkräfte sind schwer zu finden

Das Problem schilderte Schulz vor kurzem dem Penzberger Seniorenbeirat, der zur Sitzung ins Seniorenzentrum gekommen war. Nach der gesetzlichen Regelung muss laut Schulz eine Fachkraftquote von 50 Prozent erfüllt sein. Die andere Hälfte besteht aus dem übrigen Personal. Bei 100 Bewohnern seien im Schnitt etwa 35 Pflegefachkräfte nötig. Oder anders gesagt: Kann eine Pflegekraft mehr eingestellt werden, können auch drei weitere Bewohner einziehen.

Dem Seniorenzentrum-Leiter schwant, dass es mit der neuen bundesweiten generalistischen Ausbildung nicht besser wird. [Wie berichtet, werden nicht mehr speziell Altenpflegekräfte ausgebildet, sondern Fachkräfte für Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege](#). Schulz glaubt, dass sich danach höchstens ein Drittel für die Altenpflege entscheidet. Dabei komme eine Fachkraft mit Zuschlägen auf 3500 Euro brutto. Wobei, wie er einräumt, Nacht- und Wochenenddienste eine Herausforderung seien. Ein Lockmittel, sagte er, wäre auch eine Wohnung. „Also wenn sie eine zum Vermieten haben, melden sie sich“, sagte er in der Seniorenbeirat-Runde.

Umbau des Seniorenzentrums soll im März oder April beginnen

Schließlich hat die AWO München einiges vor mit dem Haus, damit die Betriebserlaubnis durch die Landkreis-Heimaufsicht bestehen bleibt. Nach den aktuellen Plänen soll zunächst ab kommenden März oder April der dreistöckige Verbindungsbau, der an das Pfründnerhaus anschließt, renoviert werden. Das heißt: Er wird barrierefrei und behindertengerecht, zudem erhalten die Zimmer Nasszellen.

Seniorenzentrum Penzberg: Ausbau auf 160 statt 130 Plätze

Ist diese Renovierung abgeschlossen, so Schulz, entsteht ab September gegenüber ein neuer viergeschossiger Querbau. Das sind zwei Stockwerke mehr als bisher geplant. So wolle man, sagt Schulz, einem Wunsch nachkommen: Im vierten Stock können zehn Appartements (35 bis 45 Quadratmeter) für betreutes Wohnen entstehen. Ebenso bedeutet dies, dass das Seniorenzentrum im Endausbau 160 Plätze hat. Bisher war von 130 die Rede.

Danach wird das Haupthaus des Seniorenzentrums renoviert. Dort werde man am Ende mehr Einzelzimmer, im Neubau dagegen mehr Doppelzimmer haben, so Schulz. Zugleich sagte er, dass eine Tagespflege eingerichtet und das „Essen auf Rädern“ aus der eigenen Küche ausgebaut werde. Kurzzeitpflege sei bereits jetzt möglich, falls ein Platz frei ist. Was er sich auch vorstellen kann: eine Wohnform für 18- bis 60-Jährige, die nach einem Unfall oder einer Krankheit pflegebedürftig sind.

Seniorenzentrum Penzberg: Überlegungen zu „Altenservicezentrum“

Schulz ging auch auf den Wunsch des Seniorenbeirats nach einem öffentlichen Seniorentreff ein. Die Cafeteria sei öffentlich, auch zum Mittagstisch könne jeder kommen und eine Essensmarke kaufen, sagte er. Geplant sei zudem ein „Altenservicezentrum“, ein Treff für Bewohner wie Besucher. Was beim Vorsitzenden Siegfried Höfler Begeisterung auslöste: „Das finde ich ganz stark.“

Medium: Merkur
Datum: 03.02.2020



Wieder fest in AWO-Hand: Christian Schulz möchte im Seniorenzentrum wieder mehr Bewohner aufnehmen. Platz wird es nach der Erweiterung ja genug geben, ob es dann aber auch genügend Pflegefachkräfte gibt, ist ungewiss.

In ruhiges Gewässer kommen

Seniorenzentrum an der Gartenstraße: Mehr Plätze, aber zu wenig Pflegekräfte

Penzberg – Christian Schulz, der kommissarische Leiter des Seniorenzentrums an der Gartenstraße, hat viel vor. Nachdem die Novita das Haus im Herbst vergangenen Jahres überraschend der AWO München überließ, soll die Einrichtung so schnell wie möglich modernisiert und erweitert werden. Schulz plant unter anderem die Renovierung des Haupthauses sowie des Verbindungstrakts zum Pfründner-Haus und einen Querbau für betreutes Wohnen. Damit sollen 30 weitere Plätze und damit 160 insgesamt geschaffen werden. Doch da gibt es ein nicht so kleines Problem: Die AWO findet kaum Pflegefachkräfte.

In bester Verfassung war das Seniorenzentrum an der Gartenstraße nicht, als die Arbeiterwohlfahrt es am 1. Oktober vergangenen Jahres unter ihre Fittiche nahm. Christian Schulz spricht von „desolaten Zuständen“. Gleichzeitig ist er aber auch Feuer und Flamme für „sein Seniorenzentrum“. Der smarte Schulz, Penzberger und seit 17 Jahren Einrichtungsleiter bei der AWO München, strotzt nur so vor Tatendrang und agiert nach außen als Botschafter eines offenen Hauses. „Es rührt mich, dass immer wieder Menschen zu uns kommen, um nach ihrem ehemaligen Nachbarn, Vereinsmitglied oder Kollegen zu schauen“, erklärte er in der jüngsten Sitzung des Seniorenbeirats, der an der Gartenstraße getagt hatte.

Doch der euphorische Prolog kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die AWO wie ihre Vorgängerin, die Novita, in ernsthaften Schwierigkeiten steckt: An allen Ecken und Enden fehlt es an Fachkräften. Der Personalmangel ging bei der Novita so weit, dass sie einen Aufnahmestopp verhängte. Laut Schulz hat die AWO zwar den Riegel wieder geöffnet, doch gerade einmal vier Bewohner mehr zählt das Haus nun unter der neuen Regie. Für Schulz gleicht es einer Herkulesaufgabe, Pflegefachkräfte zu finden. Wenn überhaupt, fänden sich welche aus Ost- und Südosteuropa, speziell dem ehemaligen Jugoslawien. Auch eine Vermittlungsprämie in Höhe von 1.000 Euro habe bislang nicht viel bewirkt.

Nach der gesetzlichen Regelung müssen die Senioreneinrichtungen eine Fachkraftquote von 50 Prozent erfüllen. Dabei kommt in Abhängigkeit des Pflegegrades eine Pflegekraft auf etwa drei Bewohner. „Bei hundert Bewohnern muss man mit 35 bis 45 Pflegefachkräften rechnen“, meint Schulz.

Doch rosiger wird es seiner Ansicht nach auch in der Zukunft nicht aussehen. Im September soll bundesweit die generalistische Ausbildung starten. Das bedeutet, dass alle Auszubildenden in Pflegeberufen in den ersten beiden Lehrjahren gemeinsam generalistisch unterrichtet und praktisch ausgebildet werden. Im dritten Jahr gibt es die Möglichkeit, die generalistische Ausbildung zur Pflegefachkraft

fortzusetzen oder die Ausbildung mit den üblichen Abschlüssen in der Kranken- oder Altenpflege zu beenden. Schulz glaubt, dass sich danach höchstens ein Drittel für die Altenpflege entscheidet. Zwar komme eine Fachkraft mit Zuschlägen auf ein Bruttogehalt von rund 3.500 Euro monatlich, doch dafür muss sie auch nachts, am Wochenende oder an Feiertagen arbeiten. So müssten noch mehr Anreize geschaffen werden, etwa preiswerte Wohnungen für Pflegekräfte, findet Schulz.

Einen langen Einarbeitungsbonus gesteht sich Schulz auch hinsichtlich der Modernisierung des Seniorenzentrums nicht zu. Damit die Betriebserlaubnis durch die Heimaufsicht bestehen bleibt, sind dringend erforderliche Arbeiten voranzutreiben. Zwar steht die Genehmigung des Bauantrags noch aus, aber Schulz ist zuversichtlich, dass schon im März oder April „die Renovierung des Verbindungstrakts zum Pfründnerhaus in die Gänge kommt“. Dort sollen dann rund 15 behindertengerechte, barrierefreie Zimmer mit einer Nasszelle ihren Bewohnern übergeben werden. Ab September soll dann ein neuer viergeschossiger Querbau entstehen. Anfangs waren hier nur zwei Stockwerke geplant, da aber das Baurecht vier Etagen ermöglicht, habe man sich dazu entschlossen, in der obersten Etage durch Errichtung von zehn Appartements mit einer Größe von 35 bis 45 Quadratmetern dem Wunsch nach be-

treutem Wohnen nachzukommen.

Im dritten Schritt ist das Haupthaus des Seniorenzentrums an der Reihe. Dort sollen im Altbau mehr Einzelzimmer, im Neubau mehr Doppelzimmer entstehen. In noch weiterer Zukunft liegt die Einrichtung einer Tagespflege, „aber erst, wenn wir auf ruhigen und sicheren Gewässern unterwegs sind und sich unsere Fachkraftquote stabilisiert hat“, erklärt Schulz und fügt hinzu: „Dieses Jahr wird es damit auf keinen Fall etwas.“

Da die Tagespflege aufgrund wechselnder Auslastung und variierenden Personalbedarfs aus der Erfahrung von Schulz heraus „meist defizitär“ läuft, hofft er auf Unterstützung seitens der Stadt. Eine Zusage blieb bislang aber aus. Schulz aber scheut den Blick in die Zukunft, trotz Fachkräftemangels, nicht und hat noch mehr Pläne. Ein Ausbau von „Essen auf Rädern“ aus der eigenen Küche sei ebenso denkbar wie eine Wohnform für 18- bis 60-Jährige. „Denn auch das gibt es leider: Menschen, die nach einem Unfall oder einer Krankheit auf Pflege angewiesen sind“, erklärt Christian Schulz. sg

Medium: Gelbes Blatt
Datum: 12.02.2020

Wer soll das bezahlen?

Vor mehr als drei Jahren entdeckten Bauarbeiter im Garten von Melitta Meinberger ein Munitionsdepot aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Bergung gestaltete sich schwierig – und teuer. Bis heute ist nicht endgültig geklärt, wer die Kosten tragen muss. Nun will die Stadt rund 45 000 Euro von der Hauseigentümerin haben



2017 wurde das Munitionsdepot im Garten von Melitta Meinberger entdeckt (Foto). Bis heute Zwergackerweg, weil Kostenfragen ungeklärt sind.

VON DOMINIK HUTTER
UND STEFAN MÜHLEISEN

In der Freimanner Siedlung mag Ruhe eingeekehrt sein, seit all die Sanitäter, Polizisten, Kampfmittelräumer abgezogen sind. Bei der betroffenen Familie in dem Haus am Zwergackerweg sind die Sorgen nicht verschwunden, im Gegenteil: Die Gemütslage von Melitta Meinberger klingt am Telefon nicht minder aufgewühlt als im März 2017. Auch die Worte sind nahezu die gleichen. „Wenn ich das alles selber finanzieren muss, bin ich pleite und muss noch einen Kredit aufnehmen“, sagt die 75-Jährige. Zudem ist da die Ungewissheit, ob nicht doch noch eine Rückforderung der Stadtkasse ins Haus steht. „Vielleicht ist das gerade die Ruhe vor dem Sturm, wir wissen es nicht“, sagt Meinberger.

Zehn Tonnen explosives Material lagerten im Boden

Auch mehr als drei Jahre nach der spektakulären Munitions-Bergung hat die Freimannerin keine Informationen, auf welchem finanziellen Schaden sie wohl sitzen bleiben wird. Noch immer blicken sie und ihre Familie tagtäglich auf die Schotterwüste, die einmal ihr Garten war, auf die Überreste ihrer Terrasse, den teils abgebrochenen Balkon. Es sind die Kollateralschäden einer aufwendigen Räumaktion: Mehr als zehn Tonnen explosive Munition und Sprengkörper aus dem Zweiten Weltkrieg waren 2017 in Meinbergers Garten gefunden worden. Über Wochen wurde das Haus weiträumig abgesperrt, 200 Nachbarn in Hotels ausquartiert. Die Bergung gestaltete sich schwierig – und teuer. Dabei erfuhr Meinberger, dass sie bei der ganzen Sache ganz schön in die Bredouille gerät.

Das Gros der Summe, 1,15 Millionen Euro, hat der Bund inzwischen erstattet. Der Stadtrat hat sich bereit erklärt, knapp 400 000 Euro für die Evakuierung und den Feuerwehreinsatz zu übernehmen. Bleiben 170 000 Euro, die theoretisch noch auf die „Zustandsstörer“ umgelegt werden können. Am Dienstag wird das Thema in nicht-öffentlicher Sitzung im Kreisverwaltungsausschuss des Stadtrats behandelt. Stimmen die Stadträte dem Vorschlag von Kreisverwaltungsreferent Thomas Böhle zu, muss die Eigentümerin des Hauses am Zwergackerweg rund 45 000 Euro an die Stadt zurückzahlen. Und die Kosten für die Wiederherstellung des eigenen Gartens selbst tragen.

Diese Summe entspricht in etwa den

mäßen „Entmunitionierung“ auf dem für Neubauten vorgesehenen Grundstück an der Oberen Hausbreite begonnen wurde, habe die Eigentümerin am Zwergackerweg trotz eines 2013 erlassenen behördlichen Bescheids nicht etwa eine Fachfirma für ihr Grundstück beauftragt, sondern

Oberen Hausbreite noch nicht fertig waren. Die Verzögerung führte laut KVR dazu, dass der Bescheid erst 2016 rechtskräftig wurde. Bis dahin stand das Nachbargrundstück an der Oberen Hausbreite nicht mehr als Zufahrt zum Löschwasserbecken am Zwergackerweg zur Verfügung, und die dortigen Neubauten mussten wegen der Aushubarbeiten am Zwergackerweg aufwendig abgestützt werden.

auf ihrem Grundstück beseitigen ließen. Und danach, mit einem entsprechenden „Attest“ der Stadt in der Hand, davon ausgehen konnten, dass das Problem nun erledigt sei. Was dann bekanntlich nicht stimmte. Den Beitrag dieser Hauseigentümer hält die Stadt mit der damaligen Summe jedoch für erbracht – und will deshalb keine weiteren Nachforderungen stellen.

Am Zwergackerweg sehe das anders aus, findet das Kreisverwaltungsreferat (KVR) – schon um der Gleichbehandlung willen. Denn den dortigen Eigentümern, die das Haus geerbt haben, hätte von ihren Eltern her bekannt sein müssen, dass Munition im Boden liegt. Die Behörde weiß aus Erzählungen älterer Anwohner, dass die Existenz des mit tonnenweise Munition gefüllten Löschwasserbeckens den Freimannern seit Jahrzehnten bewusst gewesen sei. Als dann aber mit der ordnungsge-

erst einmal ein Verwaltungsgerichtsverfahren gegen die Stadt angestrengt. Und so die Kosten ganz erheblich in die Höhe getrieben, so das Kreisverwaltungsreferat. Denn es wäre viel einfacher und damit preisgünstiger gewesen, die gesamte Munition wegzuschaffen, so lange die Neubauten an der

Einen Beitrag Meinbergers vergleichbar den 2012 angefallenen Entsorgungskosten der Nachbarn hält die Verwaltung daher auf jeden Fall für fair. Zumal man auch keinen Präzedenzfall schaffen wolle, prinzipiell sei ja eine Beteiligung des (an der Situation eigentlich unschuldigen) Eigentümers Rechtslage. Eine exakte Umlegung aller noch ausstehenden Kosten auf die Eigentümer der beiden betroffenen Grundstücke sei im Nachhinein nicht mehr möglich. Denn aus den Rechnungen der Firma gehe nicht hervor, wie viel Munition auf welchem Grundstück gefunden wurde und dann geborgen werden musste.

Eine mögliche Rückforderung seitens der Stadt ist nur ein Teil des Sorgenpakets

Noch weiß Meinberger nicht, wie es weitergeht – der Stadtrat tagt unter Ausschluss der Öffentlichkeit, nähere Informationen liegen der Freimannerin nicht vor. Allerdings ist eine mögliche Rückforderung vonseiten der Stadt nur ein Teil des Sorgenpakets, welches die Familie Meinberger beschäftigt. Denn der angerichtete Flurschaden durch die Räumaktion beläuft sich nach Angaben ihres Anwalts Florian Englert auf bis zu 100 000 Euro. Die Stadt ist nicht verpflichtet, das zu bezahlen und hat es auch nicht vor – und ob der Bund es tut, will Englert, der über Kampfmittel-Recht promoviert hat, nun in einer Zivilklage klären lassen. Sie soll auch eine Musterklage sein für andere Betroffene.

Englerts Rechtsauffassung dabei: Der Bund sei in solchen Fällen als „Handlungsstörer“ zu werten, da die Bundesrepublik als Nachfolgerin des Deutschen Reiches Eigentümerin der Kriegs-Altlasten sei – und als solche auch für die Folgekosten der Beseitigung verantwortlich zeichne. Einstweilen bleibt Meinbergers Garten eine „Kieshalde“, wie sie es ausdrückt. „Es ist jetzt der vierte Sommer“, sagt sie.

Medium: SZ
Datum: 15.06.2020



17. April 2020, 10:55 Uhr Kindergärten - München

Awo fordert Übernahme der Kita-Beiträge vom Freistaat



Das Logo der Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist auf einem Papier zu lesen. Foto: Holger Hollemann/dpa/Symbolbild (Foto: dpa)

Direkt aus dem dpa-Newskanal

Medium: SZ
Datum: 17.04.2020

München (dpa/lby) - Die Arbeiterwohlfahrt fordert vom Freistaat die sofortige Übernahme der Elternbeiträge für Kindertagesstätten. Seit Donnerstag "ist klar, dass die Staatsregierung auf unabsehbare Zeit den Regelbetrieb in Kitas unterbinden will. Dann muss sie auch sofort die Eltern voll von den Beiträgen entlasten", sagte der Landesvorsitzende Thomas Beyer am Freitag in München.



Für Kinder auf Sendung

Unterhaltung für die Jüngsten bietet das "Moosacher Kinderradio", das Anfang der Woche gestartet ist. Das Team des Pelkovenschlössls, des Kindertageszentrums (Kitz) der Arbeiterwohlfahrt (Awo) und viele Künstlerinnen und Künstler haben sich dafür zusammengetan. Sie senden von jeweils 9 Uhr an täglich außer am Wochenende für jeweils 15 Minuten frei verfügbar über die Internetseite des Kultur- und Bürgerhauses Pelkovenschlössl. Das Programm richtet sich an Kinder von zwei bis sieben Jahren. Neben kindgerechten Spielen, Geschichten und Rätseln, "Julias Ecke" sowie Informationen über Aktionen übermitteln Künstler aus München und Umgebung Beiträge in musikalischer und gesprochener Form. Außerdem ergänzt Bernhard Posch für das Kitz das Programm mit Beiträgen aus dem Stadtteil. Schauspieler Sven Hussock moderiert. Das Moosacher Kinderradio sehen die Macher als Angebot, um in dieser besonderen Zeit einen dauerhaften Kontakt zu Kindern und Eltern zu pflegen. Unterstützt wird es vom Awo-Ortsverein Moosach-Hartmannshofen. Auf Sendung geht es vorerst für vier Wochen über www.pelkovenschloessl.de/kinderradio. Über diesen Link sind die Beiträge dann für eine Woche verfügbar.

ANZEIGE



So geht sa
 Hoffungsv
Hier mehr e



Mit Seife L
 Menschen w
 ausgeliefert.
Mehr erfah

Medium: SZ
 Datum: 04.05.2020

Kinderradio bleibt auf Sendung

Medium: SZ
Datum: 27.05.2020





Moosach – Das Moosacher Kinderradio wird wegen seines großen Erfolgs noch über die Pfingstferien verlängert. Dazu haben sich die Programmierer – das Kultur und Bürgerhaus Pelkovenschlössl, das Kinderhaus (Kitz) der Arbeiterwohlfahrt sowie Künstlerinnen und Künstler – entschlossen. Gesendet wird montags bis freitags kostenlos von 9 Uhr an unter <https://www.pelkovenschloessl.de/kinderradio> ein jeweils 15-minütiges Programm. Die Beiträge sind für die Dauer einer gesamten Woche über die Internetseite des Pelkovenschlössls verfügbar.

Das Radioprogramm richtet sich, moderiert von Schauspieler Sven Hussock, an Kinder von zwei bis sieben Jahren. Neben Spielen, Kinderliteratur und Informationen über Aktionen in München und Umgebung gibt es Beiträge in musikalischer und gesprochener Form. Außerdem ergänzt Bernhard Posch vom Kitz das Programm mit Interessantem aus dem Stadtteil. Die Macher sehen das Angebot als Alternative für Kinder und Eltern, und als gutes Instrument, in diesen besonderen Zeiten in Kontakt zu bleiben.

ANNA



Technik-Spende: IT-Spezialist Dawin Schmidt, Bürgermeister Markus Böck (CSU), Bela Bach (SPD), Schulleiterin Heike Frenzel, Stefanie Sonntag von der AWO (von links). © Dieter Michalek






 Aktualisiert: 28.05.20 - 09:33

FÜRS LERNEN DAHEIM

Laptops für abgehängte Kinder: SPD und AWO mit gemeinsamer Spenden-Aktion

In einer gemeinsamen Spendenaktion haben Arbeiterwohlfahrt (AWO) und SPD 35 Laptops an Schüler im Landkreis München verteilt.

Oberschleißheim – Vergangenen Montag nahm Schulrektorin Heike Frenzel vier Geräte für die Grundschule in der Parksiedlung entgegen. Die Initiatoren der Aktion kündigten an, den bisher vornehmlich an Privatleute gerichteten Spendenaufruf auf Firmen auszudehnen.

Mit der von der SPD-Bundestagsabgeordneten Bela Bach im April angestoßene Spendenaktion „LäpCollect“ rennen die Initiatoren offene Türen ein. SPD und AWO tun damit etwas gegen eine Sache, die sie ungerecht finden: Während die Politik den bundesweiten Ausbau des schnellen Internets beschwört, bleibe einer dreistellige Zahl von Kindern der Zugang zu digitalen Geräten selbst im wohlhabenden Landkreis München versperrt.

Viele Kinder haben nur das Smartphone der Eltern zum Lernen - wenn überhaupt

„Es ist kaum zu glauben, wie viele Kinder bei uns über kein Internet verfügen“, stellte Stefanie Sonntag, Fachbereichsleiterin Soziale Dienste beim AWO-Kreisverband, fest. Im Verlauf der Spendenaktion sei ihr von verschiedenen Schulen ein Bedarf über landkreisweit 170 fehlende Laptops gemeldet worden. Hierbei seien jedoch nur Schulen berücksichtigt worden, für die die AWO die Jugendsozialarbeit übernimmt. Andernorts sind Kreisjugendring oder Jugendhilfe Träger von Schulsozialarbeit. Wie viele Laptops dort fehlen, weiß niemand.

Allein an der Grundschule Parksiedlung fehlten bis Montag 15 Geräte. Schüler hätten allenfalls die Möglichkeit gehabt, das Smartphone der Eltern – falls vorhanden – zu nutzen, um etwa Texte oder Bücher zum Lesen herunterzuladen. „Das funktioniert natürlich nicht“, sagte Sonntag: Auf Displays kleiner Handys seien Texte schwer zu lesen. Wenig förderlich sei zudem, dass die Geräte ausgerechnet den vier Ganztagsklassen abgingen. „Dabei ist es wichtig, gerade die Jüngsten digital zu schulen.“

Laut Sonntag sollen die Laptops demnächst in den Grundschul-Klassen 1a und 2a verteilt werden. Die 35 bisher gesammelten Geräte stammen ausschließlich aus privater Hand. Der AWO-Kreisverband will die Spendenaktion baldmöglichst auf Firmen ausdehnen. Bundestagsabgeordnete und Kreisrätin Bach denkt daran, auch Herausgeber von Computerzeitschriften für ihre Sache zu gewinnen. Bach, die sich von österreichischen Genossen, der SPÖ in der Steiermark, zu der Aktion hatte inspirieren lassen, teilte mit, 20 weitere Laptops an der Hand zu haben.

Stiehlt sich der Staat aus der Verantwortung

Laut Schulrektorin Frenzel sollen die neuen Geräte als Leihgabe an ihre Schüler und deren Eltern ausgegeben werden. „Ausschlaggebend ist der jeweilige Bedarf!“ Die Laptops sollen den Grundschulern Home-Schooling ermöglichen, nach dem Ende der Corona-Krise an die Schule zurückgehen. Corona und die Schwierigkeiten, Schüler für Home-Schooling zu begeistern, war Anlass zu der Spendenaktion. Oberschleißheims Bürgermeister Markus Böck (CSU) will Geräte aus dem Rathaus beisteuern, „um zu helfen, den nach wie vor drängenden Bedarf zu decken.“ Dass viel zu viele Grundschulkinder im reichen Freistaat nicht im digitalen Zeitalter angekommen sind, hinterlässt bei den Aktiven der Spendenaktion einen bitteren Nachgeschmack. Besonders sauer stößt den Initiatoren auf, dass sich der Staat ihrer Ansicht nach aus der Verantwortung stehle – im Vertrauen darauf, dass engagierte Bürger selbst die Kohlen aus dem Feuer holen. „Dabei ist das ganz klar Aufgabe des Staates“, konstatierte Sonntag. AWO und SPD-Kreistagsfraktion sehen sich in der Pflicht, das Projekt auch weiterhin fördern.

Ministerium blockiert Samstags-Unterricht

Corona zwingt Schulen zu Unterricht im Schichtbetrieb. Wie Schulrektorin Heike Frenzel mitteilt, halten sich gegenwärtig zwei von vier Klassen der Grundschule in der Parksiedlung daheim mit Home-Schooling fit. Die mit maximal 24 Schülern ohnehin nicht übermäßig großen Klassen teilen sich in je zwei Gruppen auf. Während die 2. und 3. Klasse Home-Schooling genießen, büffeln die jeweils beiden Gruppen der 1. und 4. Klasse im wöchentlichen Wechsel in der Schule: Eine Gruppe ist Montag, Mittwoch und Freitag dran, die zweite Gruppe dienstags und donnerstags. Nach einer Woche wird getauscht.

Frenzel zufolge sollen die 2. und 3. Klasse nach den Pfingstferien ebenfalls in den Schulbetrieb aufgenommen werden. Wie die 1. und 4. unterteilen sich 2. und 3. Klasse in jeweils zwei Gruppen. Unterrichtet wird ab Pfingsten im täglichen Wechsel. Corona-Regeln gelten auch an Schulen: Mindestabstand in Klassenräumen, Mund- und Nasenschutz, häufiges Desinfizieren. Unterricht findet nur in halber Klassenstärke statt. Für die Zeit des Übergangs, bis das Virus irgendwann wieder weg ist, hätte Rektorin Frenzel gern den Samstag zum Unterrichtstag erhoben: „Der Aufwand ist bei halber Klassenstärke und dem täglichen bzw wöchentlichen Unterrichts-Wechsel deutlich höher.“ Der Elternbeirat sei informiert worden. Das Kultusministerium zog jedoch nicht mit.

Medium: Münchner Merkur
Datum: 10.06.2020

Der Erbauer der Matschküche

Linus Brösamle hat seinen Bundesfreiwilligendienst im Naturkindergarten geleistet



Linus Brösamle beim Feuermachen für den Hexenkessel, in dem ein Süppchen für das Sommerfest kocht. Der Garchinger sagt, er habe von dem Jahr bei den Findefüchsen profitiert und viel gelernt. Foto: NATURKINDERGARTEN

Garching – Die Kinder haben ihren Spaß im Naturkindergarten der Arbeiterwohlfahrt. Sie kochen zum Beispiel gerne in der Matschküche ihre Suppe oder gar Pfannkuchen, alles aus natürlichen Zutaten, versteht sich. Linus Brösamle hatte auch seinen Spaß im Naturkindergarten, der seit neuestem den Namen „Die Findefüchse“ trägt. Der 19-Jährige ist der Erbauer der Matschküche, er leistete dort seinen Bundesfreiwilligendienst, der mit 500 Euro im Monat vergütet wird. Der junge Mann sah vor einem Jahr die Anzeige, dass die Arbeiterwohlfahrt einen Bufdi für den Kindergarten sucht, und griff zu. Er wollte mit Kindern arbeiten, und er liebt die Natur. Etwas Erfahrung brachte er auch schon mit, denn er hat kleine Cousinen.

Nach einem Jahr sagt er: „Ich kann das definitiv empfehlen.“ Der Garchinger beschreibt seine Zeit im Naturkindergarten als sehr abwechslungsreich. Wenn er auch schnell gemerkt hat, dass seine zukünftige Berufswahl wohl eher in die handwerkli-

Es habe ihm gefallen, sehr viel ausprobieren zu können, sagt Brösamle. Genau das berichtet auch die Leiterin des Naturkindergartens, Isabel Nefzger, die auf der Suche nach einem Nachfolger oder einer Nachfolgerin für Linus Brösamle ist. Der könnte im September anfangen, wenn die Gruppe mit 15 Kindern startet. Wer bereit sei, sich auf etwas Neues einzulassen, die Natur liebt und gerne mit Kindern arbeitet, der sei genau richtig auf dem Posten. Wegen der Ausgewogenheit, hätte Nefzger nichts dagegen, wenn sich wieder ein Mann meldete. „Es ist mir wichtig, dass die Kinder nicht in einer Frauenwelt aufwachsen“, sagt sie. Ein Mann spiele auch ganz anders mit den Kindern, hat sie beobachtet. Aber natürlich freue sie sich auch über weibliche Bewerbungen, sagt Nefzger. Sie verspricht: „Jeder neue Tag ist ein Abenteuer, bei dem wir viel lernen und gemeinsam wachsen.“ Zu erreichen ist die Kindergartenleiterin per Mail: Isabel.Nefzger@awo-kvmucl.de. **GUDRUN PASSARGE**

che Richtung gehen wird als in die pädagogische. Denn manchmal habe er schon Schwierigkeiten gehabt, sich bei den Kindern durchzusetzen, berichtet er, besonders dann, wenn sie recht aufgedreht waren.

Aber trotzdem, er habe profitiert von dem Jahr. Er mochte es, den Kindern beim Spielen zuzuschauen, mit ihnen herumzutollen, ihre Fantasie zu erleben. Und natürlich, so sagt er, könne er inzwischen „viel besser mit Kindern umgehen“ als vorher. Besonderen Spaß hatte er jedoch an den handwerklichen Aufgaben. Etwa eine Schaukel für fünf Kinder aus Holzstämmen, Spanngurten und Seilen zu bauen. Oder ein Floß. Oder ein Windrad.

Und dann findet Brösamle, er sei auch „ein gutes Stück selbständiger geworden“. Der Garchinger hat inzwischen einen Ausbildungsvertrag als Land- und Baumaschinenmechaniker unterschrieben, und er plant, von zu Hause auszuziehen. „Ich will mit einem Kumpel eine WG machen.“

Medium: SZ
Datum: 30.07.2020



Urkundenverleihung an „AWO Haus für Kinder Campeon“ in Neubiberg

Für die erfolgreiche Teilnahme am Coaching Kita- und Schulverpflegung wurde dem AWO Haus für Kinder Campeon in Neubiberg nun die Urkunde überreicht. Im östlichen

verbessert. Noch mehr saisonale Gemüse-Sorten sind jetzt auf dem Speiseplan der Kita zu finden. Martina Fink (zweite v. r.), Verpflegungs-Coach der Vernetzungsstelle Kita-

Oberbayern nahmen im Kitajahr 2019/2020 sieben Kitas am Coaching teil. Diese haben mit der Unterstützung externer Profis ihre Verpflegung auf den Prüfstand gestellt und

und Schulverpflegung Oberbayern Ost, überreichte der Verpflegungsverantwortlichen, Carolin Hachtel (l.), die Urkunde und einen Geschenkkorb.

FOTO: AWO

Medium: Gelber Merkur
Datum: 18.08.2020

Kürzere Kita-Quarantäne

Soziale Einrichtungen und Kindertagesstätten sind im besonderen Maße von Corona betroffen. Denn: Selbst wenn ein Mitarbeiter als Kontaktperson ersten Grades ein negatives Testergebnis vorweisen kann, muss er dennoch 14 Tage in Quarantäne. Die CSU im Rathaus will das nun ändern.

VON SASCHA KAROWSKI

Julia Sterzer ist verärgert. „Ich hätte ja Verständnis dafür, wenn die Mitarbeiter nach fünf Tagen einen zweiten Test machen und dann wieder arbeiten könnten. Aber das geht offenbar im Moment nicht“, sagt die Chefin von Münchens Arbeiterwohlfahrt (AWO). Ist ein Mitarbeiter einer sozialen Einrichtung oder Kindertagesstätte als Kontaktperson ersten Grades ausgemacht, hatte demnach unmittelbaren Kontakt zu einem mit Corona Infizierten, muss der Mitarbeiter einen Test machen. Und auch wenn dieser Test ein negatives Ergebnis ausweist, muss der Betroffene 14 Tage in Quarantäne. „Wir haben derzeit noch Glück“, sagt Sterzer. „Wir haben lediglich einige wenige Mitarbeiter,



In sozialen Einrichtungen, wie etwa Kindertagesstätten, müssen Mitarbeiter auch bei einem negativen Corona-Test 14 Tage lang in Quarantäne, wenn sie unmittelbaren Kontakt zu einem Infizierten hatten. FOTOS: MONIKA SKOLIMOWSKA/DAFA



Julia Sterzer
AWO-Chefin



Alexandra Gaßmann (CSU)
Stadträtin

auf die das zutrifft, in einer Jugendwohngruppe zum Beispiel.“

Auch beim Evangelischen Hilfswerk ist die Situation noch abzufangen, sagt Geschäftsführer Gordon Bürk. „Wir haben zum Glück nicht übermäßig viele Fälle.“ Ein Thema sei es gleichwohl. „Gerade, wenn sie kleinere

oder Erzieher mehr“, sagt die Politikerin. Sie wird daher heute einen Antrag stellen, wonach bei eben genannten Berufsgruppen ähnliche Regeln greifen sollen wie in Teilen für medizinisches Personal.

Eine Sprecherin des Referates für Gesundheit und Umwelt erklärt, dass die bisherige Vorgehensweise für soziale Einrichtungen und Kindertagesstätten tatsächlich so rechtens ist, wie von AWO und Evangelischem Hilfswerk geschildert. „Die Mitarbeiter müssen 14 Tage in Quarantäne, egal, wie viele negative Testergebnisse sie vorweisen können.“

Beim medizinischen Personal gebe es indes Ausnahmen, allerdings unter strengen Auflagen. Nach einem negativen Test können gewisse Berufsgruppen wieder arbeiten, jedoch „müssen die Mitarbeiter einen Mundschutz tragen, ein Tagebuch führen, gegebenenfalls ihre Symptome überwachen. Zudem muss der Vorgesetzte täglich kontrollieren.“

CSU-Stadträtin Gaßmann will aber eben genau das für die sozialen Einrichtungen und Kindertagesstätten. „Ich möchte, dass wir das so übernehmen“, sagt sie. „Der soziale Bereich ist nämlich genauso wichtig wie die medizinische Versorgung.“

Medium: Münchner Merkur
Datum: 08.10.2020

Vertrauen statt Gewalt

Das Fanprojekt München betreut seit 25 Jahren die Anhänger der großen Fußballvereine

Nun hat die Fanbetreuer dasselbe Schicksal ereilt wie die Fans: Sie durften nicht im Stadion feiern. Eigentlich sollte am vergangenen Donnerstag im Olympiastadion das 25. Jubiläum des Fanprojekts München begangen werden, mit Grußworten von Politikern und Funktionären. Doch der steigende Corona-Inzidenzwert machte einen Strich durch die Planungen.

Zur Zeit der Gründung, im Herbst 1995, klickten in diesem Stadion noch 1860 und der FC Bayern gegeneinander. Das Fußballleben spielte sich nicht in modernen Arenen ab und war ein ganz anderes. Wegen anhaltender Gewalteskapaden und eines flächendeckenden Hooligan-Problems hatte eine Innenministerkonferenz dringend empfohlen, dass allen Vereinen ein dauerhaftes Fanprojekt an die Seite gestellt werden sollte, organisiert von öffentlichen Trägern. In München begannen Stadtjugendamt und die Arbeiterwohlfahrt gemeinsam, mittlerweile ist die AWO alleiniger Träger – mit Mitarbeitern, die einst selbst zur Fanszene gehörten, die also die Anliegen und Sorgen der zumeist sehr jungen Fans gut kennen und zugleich bei diesen ein gewisses Ansehen genießen.

In Zeiten von Geisterspielen gibt es Graffiti-Workshops, Rafting-Touren und Wanderungen

Die Arbeit der Fanbetreuer hat sich in den zweieinhalb Jahrzehnten enorm verändert. Damals ging es darum, Hooligans im Zaum zu halten. Heute ist das Publikum, bei den Roten, aber auch bei den Blauen, ein ganz anderes: Die Kurve ist nicht mehr rechts, sondern links. „Da hat sich intellektuell auch viel getan“, findet Mitarbeiter Tobias Reuter. Fans hätten heute einen viel höheren Organisationsgrad, die sogenannten Ultra-Gruppierungen verfügten oft über eigene Räumlichkeiten, um zum Beispiel Choreografien, also aufwendige Stadionbilder, zu produzieren. „Natürlich ist nicht wegzudiskutieren, dass man es mit gewaltaffinen Jugendlichen zu tun hat“, erklärt Projektleiter Jochen Kaufmann. Das nach wie vor wichtigste Thema sei die Beratung bei Stadionverboten und Angelegen-



Nadine Bickmann, Jochen Kaufmann, Christian Exner und Tobias Reuter (v. li.) mussten die Fanprojekt-Feier im Olympiastadion absagen. FOTO: CATHERINA HESS

heiten mit der Polizei. Aber seltener wegen Gewalt, die sei nämlich deutlich zurückgegangen. Dafür aber wegen des Einsatzes von Pyrotechnik, umstrittenen Spruchbändern oder anderen Ordnungswidrigkeiten. Das Vertrauensverhältnis zu den Fans sei so gut, sagen alle Mitarbeiter, dass die Fans auch mit Sorgen zu ihnen kämen, die nichts mit dem Fußball zu tun haben, Probleme mit den Eltern, mit der Schule oder dem Job.

Dass sie selbst einen Anteil daran haben, dass die Gewalt zurückgegangen ist, will sich das Fanprojekt nicht auf die Fahnen schreiben. Aber schon, dass die Kommunikation zwischen Vereinen und Fans oder zwischen Polizei und Fans besser funktioniert als früher und damit zur Deeskalation beiträgt. In den Achtzigerjahren, als Stadiongewalt alltäglich wurde, reagierte die Stadt noch mit dem Einsatz der Schwarzen Sheriffs, die oft ihre Privatfehden mit den Fans austrugen. Heute fragen Stadträte oder das Kreisverwaltungsreferat das Fanprojekt immer nach ihrer Meinung. In Sicherheitsgesprächen vor so-

nannten Risikospielen sei das Fanprojekt zudem oft der einzige Vertreter, der die Sichtweise der Fans verdeutliche. „Was wir uns auf die Fahnen schreiben können: Es gab noch nie solch einen guten Zugang zu Gruppen, die mitunter auch Gewalt ausüben“, sagt Kaufmann.

Zurzeit bekommen die Mitarbeiter des Fanprojekts oft zu hören: Ihr habt doch gerade gar nichts zu tun, oder? Im Gegenteil. Die Arbeit an den Spieltagen fällt in Zeiten von Geisterspielen zwar weg, aber „die Fans gibt es ja immer noch. Und sie sind aus ihrem Lebensmittelpunkt gerissen. Die Gruppe ist für sie alles, und jetzt fällt das alles flach“, sagt Mitarbeiterin Nadine Bickmann. Da sei es besonders wichtig, dass man auf dem Gelände des Schlachthofs eine neue Anlaufstelle hat, zusätzlich zum Büro neben der Arena in Fröttmanning: einen ausrangierten U-Bahn-Waggon. Graffiti-Workshops, Rafting-Touren, Wandern und vieles mehr hat das Fanprojekt angeboten, damit die Kontakte nicht einschlafen, solange die Fans nicht ins Stadion dürfen. CHRISTOPH LEISCHWITZ

Medium: SZ
Datum: 14.09.2020

ZENTRUM UND OSTEN



Hilfe bei Corona-Krisen daheim

München – Der Krisendienst Psychiatrie bietet telefonische Beratung für Menschen an, die professionelle psychiatrische und psychotherapeutische Hilfe benötigen. Gerade durch die Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Pandemie könne es sein, dass die psychische Belastung für manche zu groß wird, sagt der ärztliche Leiter der Leitstelle des Krisendienstes Psychiatrie, Michael Welschehold. „Deshalb möchten wir betroffene Menschen sehr dazu ermutigen, sich bitte bei uns zu melden, wenn sie fühlen, dass sie nicht mehr klarkommen.“ Im Durchschnitt erreicht der Dienst seit Beginn der Ausgangsbeschränkungen täglich 140 Menschen. Welschehold rechnet damit, dass „je länger die Beschränkungen andauern, mehr Menschen in seelische Notlagen geraten können“. Darauf sei man allerdings gut vorbereitet.

Grundsätzlich empfiehlt Welschehold, sich einen festen Tagesablauf zu geben. Zudem könnte man die Zeit mit Tätigkeiten füllen, die auch sonst gut tun: kochen und gut essen, handwerklich arbeiten, Musik hören und musizieren oder malen, zählt er auf. Vor allem Telefonate mit Familienmitgliedern und Freunden seien momentan „enorm wichtig“. Oder eben mit dem Krisendienst Psychiatrie. Welschehold betont: „Es gibt keine zu kleinen Sorgen für einen Anruf bei uns.“

Der Krisendienst Psychiatrie ist ein Projekt des Bezirks Oberbayern. Die Leistungen der Einrichtung, zu der auch ein Einsatzteam für Vor-Ort-Besuche gehört, sind kostenfrei. Es entstehen lediglich Telefongebühren von 20 Cent pro Anruf aus dem Festnetz beziehungsweise höchstens 60 Cent pro Anruf aus dem Mobilfunknetz. Der Dienst ist täglich 24 Stunden unter 0180 655 3000 erreichbar. **KORS**

Medium: SZ
Datum: 25.04.2020

Hermann-Memmel-Hauses in München-Sendling eröffnet

3. Juli 2020



Die AWO München ConceptLiving GmbH und die Thomas-Wimmer-Stiftung haben heute, Freitag 03.07.2020 um 10.00 Uhr, die neue Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) im kleinem Kreis eröffnet.

Die Einrichtung ist nach dem langjährigen, kürzlich verstorbenen Münchner Wiesn-Stadtrat Hermann Memmel benannt. Memmel war der Münchner Arbeiterwohlfahrt über Jahrzehnte innig verbunden und viele Jahre Stiftungsratsvorsitzender der Thomas-Wimmer-Stiftung. Corona-bedingt wurde es keine große Feier, wie ursprünglich geplant, mit all den Menschen die zukünftig im Hermann-Memmel-Haus arbeiten werden. Geladen war nur ein kleiner Kreis, der den Grußworten Josef Mederer, Bezirkstagspräsident und Jens Luthers, Stadtrat und OB-Vertretung lauschte. Josef Mederer würdigte in seiner Rede die lange und fruchtbare Zusammenarbeit mit der Münchner AWO und wie sehr es ihn freute, bei der Eröffnung dieser speziellen Werkstatt dabei sein zu können. Gerade Menschen mit seelischer Behinderung brauchen die Möglichkeit der Wahl zu arbeiten wo und wie sie möchten und die AWO sei ein Experte mit innovativen Ideen. Stadtrat Jens Luther erinnerte mit seinen Worten an Hermann Memmel und wies darauf hin, dass der ehemalige Stadtrat ein würdiger Namensgeber für dieses sehr schöne Haus sei, denn der Mensch steht immer im Mittelpunkt und dass habe Memmel immer im Auge gehabt.

Jürgen Salzhuber schloß den reigen der Redner in seiner Funktion als Vorsitzender der Thomas-Wimmer-Stiftung. Untermalt wurde die Veranstaltung mit Musik gespielt von vier Musikern der Münchner Symphoniker.



v.l. Josef Mederer, Karin Häninger (Geschäftsführerin AWO München ConceptLiving GmbH), Jürgen Salzhuber, Franziska Memmel, Jens Luther – Quelle: AWO München-Stadt

Informationen zum Hermann-Memmel-Haus

Der Thomas-Wimmer-Stiftung wurde durch die Landeshauptstadt München ein Gewerbegrundstück in der Blieskastelstraße 14 in München Sendling mit einer Gesamtfläche von 1.460 m² verkauft. Die Stiftung verantwortete gemeinsam mit der AWO München ConceptLiving GmbH auch den Bau. Die Einrichtung wird als Hermann-Memmel-Haus unbefristet an die ConceptLiving zum Zwecke des Betriebes einer Werkstatt für seelisch behinderte Menschen vermietet.

Grundsätzlich ist die AWO München ConceptLiving GmbH bestrebt, nur Tätigkeitsfelder aufzubauen und zu entwickeln, die den Bedürfnissen und Kompetenzen psychisch behinderter Menschen entsprechen. Die Arbeitsbereiche beinhalten möglichst abwechslungsreiche und lernorientierte Tätigkeiten und sind zugleich bis zu einem gewissen Grad anspruchsvoll und fordernd.

Das sehr helle, freundlich gestaltete neue Gebäude beherbergt eine Montagehalle mit flexiblen Arbeitsplätzen, eine Kantine mit Küche und Terrasse, Büros, aber auch Umkleiden mit Sporträumen.

Aktuell finden sich im Hermann-Memmel-Haus folgende Arbeitsfelder für insgesamt 45 Personen:

- IT-Dienstleistungen
- Hauswirtschaft (u.a. Wäscheservice, Reinigung) und Catering
- Montagearbeiten
- Verwaltungsarbeiten

Zudem wird der berufliche Bildungsbereich der GmbH zum Teil in das Hermann-Memmel-Haus verlegt. In den nächsten Wochen werden nach und nach alle Bereiche einziehen und in Betrieb gehen.

Bezuschusst wurde der Bau vom Freistaat Bayern, Zentrum Bayern Familie und Soziales, dem Bezirk Oberbayern und der Agentur für Arbeit.

Jürgen Salzhuber, Vorsitzender der Thomas-Wimmer-Stiftung: „Gute Arbeitsplätze für seelisch behinderte Menschen sind im Raum München stark nachgefragt. Deshalb unterstützen wir als Thomas-Wimmer-Stiftung die Münchner AWO bei der Verdoppelung des Platzangebots auf 120 Arbeitsplätze. Die AWO München-Stadt ist schon lange eine Vorreiterin bei der Schaffung von innovativen Wohn-, Betreuungs- und Arbeitsplätzen für diese am regulären Wohn- und Arbeitsmarkt stark benachteiligte Gruppe. Das Hermann-Memmel-Haus wird vielen Menschen die Chance geben, eine sinnvolle Tätigkeit auszuüben und so Stabilität und Freude in das eigene Leben zu bringen.“

Die Geschäftsführerin der AWO München ConceptLiving GmbH Karin Häringer: „Unser professionelles und sehr erfahrenes Team wird am Standort in Sendling Menschen in oft schwierigen Lebenslagen die Chance geben, in einem sicheren Umfeld gute, sinnstiftende Arbeit zu leisten. In anspruchsvollen Tätigkeitsfeldern sollen unsere Beschäftigten Schritt für Schritt qualifiziert und mittel- bzw. langfristig wieder an den regulären Arbeitsmarkt herangeführt werden. Denn natürlich ist es unser Ziel, dass möglichst viele irgendwann wieder eine Arbeit aufnehmen können, die sie gut bewältigen und von der sie gleichzeitig auch selbstständig leben können.“

Medium: Münchner Wochen-
anzeiger
Datum: 03.07.2020

Perspektiven in der Werkstatt

Das Hermann-Memmel-Haus bietet psychisch Kranken Arbeitsplätze

Obersendling – Die wenigen geladenen Gäste nahmen es Geschäftsführerin Karin Häringer ohne weiteres ab, dass man zur Eröffnung des Hermann-Memmel-Hauses eigentlich ein großes Fest geplant hatte. Denn nichts anderes wäre angemessen gewesen in Anbetracht der neuen Einrichtung an der Blieskastelstraße 14. Eine „Hauptwerkstatt“ mit „realen Arbeitsplätzen“ für 45 psychisch kranke Menschen ist entstanden. Investitionssumme: 4,1 Millionen Euro. Doch Corona ließ den Festakt auf ein Minimalprogramm von einer Stunde Dauer schrumpfen. Ein paar Grußworte, zwei Zwischenspiele von drei Münchner Symphonikern – das war’s. Für die Bauherren und Betreiber der Einrichtung, die Thomas-Wimmer-Stiftung sowie die Awo München Concept Living GmbH, sei es dennoch ein „Tag der Freude“, wie Bezirkstagspräsident Josef Mederer feststellte.

Mederer zeigte sich nicht zuletzt vom Tempo der Realisierung der „gut gelungenen Arbeitsstätte“ beeindruckt. 2019 erst habe man die Grundsteinlegung gefeiert, jetzt sei sie bereits fertig. Das deute auf „hohes Engagement und Professionalität“ hin. Die Arbeiterwohlfahrt würdigte der Bezirkstagspräsident als „innovative Vorreiterin bei der Schaffung von Arbeitsangeboten für Menschen mit Einschränkungen“. Arbeit gebe Menschen mit Behinderung Halt, die Awo habe das verstanden.



Tag der Freude: Bezirkstagspräsident Josef Mederer.

FOTO: STEPHAN RUMPF

An den Namensgeber der neuen Großwerkstatt und dessen vielfältige Verdienste erinnerte CSU-Stadtrat Jens Luther. Im Beisein der Witwe Hermann Memmels sprach der OB-Vertreter von einer „beeindruckenden Vita“. Memmel (1939 – 2019), ein gelernter Grafiker und Versicherungskaufmann, war unter anderem Landtagsabgeordneter, Stadtrat, „Wiesn-Stadtrat“, fast 30 Jahre lang SPD-Kreischef im Münchner Osten, Theaterförderer und Verwaltungsbeirat des FC Bayern München. Vor allem aber sei er „stets für seine Mitmenschen da gewesen“, sagte Luther, ein „Beispiel gelebter Solidarität“.

Auf die Entstehungsgeschichte des Memmel-Hauses blickte der Vorsitzende der Awo München Stadt, Jürgen Salzhuber, zurück. In Obersendling ein 1460-Quadratmeter-Grundstück mit idealer Verkehrsanbindung für das Werkstattprojekt gefunden zu haben, nannte er einen „Glücksfall“. Ähnliches gelte für das Zusammenspiel von Stadt und Staat, Stiftung, Bezirk Oberbayern und Agentur für Arbeit bei der Finanzierung des sozialen Angebots.

An der Blieskastelstraße finden Behinderte viele Entfaltungsmöglichkeiten. Es gibt die Sparten IT-Dienstleistungen (18 Plätze), Hauswirtschaft mit Raumpflege- und Wäschedienst, Küche und Veranstaltungsservice (neun Plätze), Holzmontage und Weiterverarbeitung (neun Plätze), Hausmeisterservice und flexible Montage (neun Plätze). Die Awo will ferner einen Teil ihrer Verwaltung nach Obersendling verlegen, ebenso ihren sozialpädagogischen Fachdienst und Einrichtungen der Berufsbildung. „Und wir werden ein offenes Haus sein, in dem Veranstaltungen stattfinden“, versprach Karin Häringer, Geschäftsführerin der Awo München Concept Living. **JÜRGEN WOLFRAM**

Medium: SZ
Datum: 03.07.2020

Beschäftigung, die einem Halt gibt

Die Arbeiterwohlfahrt bietet Jobs für Menschen mit psychischen Erkrankungen – etwa in der Brauerei

VON SVEN LOERZER

Der Sud für den Maibock war längst angesetzt, als Corona kam. Das Virus brachte nicht nur die mexikanische Biermarke „Corona Extra“ in Schwierigkeiten, sondern die mit der Pandemiebekämpfung verbundenen Einschränkungen trafen auch eine Kleinbrauerei im Münchner Norden: Das Haidbräu in Fröttmaning, seit knapp zwei Jahren eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen.

Der Maibockanstich der Münchner Arbeiterwohlfahrt (Awo) mit Altoberbürgermeister Christian Ude musste ausfallen, damit geriet auch der Absatz des „Münchner Awo Bock“ mit sieben Prozent Alkoholgehalt ins Stocken. Noch schlimmer aber war, dass die Awo München Concept Living GmbH als Träger ihre Werkstatt für seelische Behinderte, wie auch alle anderen Werkstätten-Träger, auf staatliche Anordnung wegen Corona schließen musste. Denn für viele Menschen mit Behinderungen war das ein harter Schnitt, der die gewohnte Tagesstruktur jäh unterbrach.

Vorübergehend hat Corona den Betrieb lahmgelegt. Nun spürt man bei Haidbräu die Folgen

Gerade für psychisch kranke Menschen, die allein leben und oft kaum Kontakte haben, sei die Zeit schwer gewesen, sagt Karin Häringer, Geschäftsführerin der Concept Living. Inzwischen sei es wenigstens wieder möglich, für Notgruppen den Betrieb weiterlaufen zu lassen.

Vor sieben Jahren hat die Arbeiterwohlfahrt damit begonnen, ein Angebot für eine dauerhafte Beschäftigung von Menschen, die wegen langjähriger psychischer Erkrankungen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren, aufzubauen. In der Beschäftigungsförderung und der Qualifizierung sind die Stellen befristet. Für jene, die darüber den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt wegen ihrer Handicaps nicht schaffen, sei es frustrierend, dann wieder rauszufallen, sagt Awo-Vorsitzender Jürgen

Salzhuber. Um ihnen nicht nur Wohn- und Betreuungsangebote, sondern auch Beschäftigung bieten zu können, entwickelte die Awo ihr Werkstattkonzept, das inzwischen 70 Plätze in unterschiedlichsten Arbeitsbereichen umfasst. Geplant sind insgesamt 120 Plätze. Unterstützung und Anerkennung kommt vom Bezirk Oberbayern, der Arbeitsagentur, der Deutschen Rentenversicherung und dem Zentrum Bayern Familie und Soziales. Auch der „Adventskalender für gute Werke der Süddeutschen Zeitung“ hilft in Zusammenarbeit mit Concept Living den behinderten Beschäftigten, wenn sie in Notlagen geraten.

Die Besonderheit ist nicht nur die Zielgruppe: Bekannt sind bisher nur die großen Werkstätten, die üblicherweise Arbeitsplätze für Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen bieten. Die Awo dagegen will Menschen mit einer seelischen Behinderung die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglichen, möglichst wohnortnah, in überschaubaren, dezentralen Einheiten. Die Werkstatt hat deshalb sieben verschiedene Standorte mit den unterschiedlichsten Beschäftigungszweigen: Das reicht vom Kraftfahrzeughandwerk, über IT, Kantine, Holzwerkstatt, Druckerei, Café, Hauswirtschaft, Elektroentsorgung bis hin zur Brauerei.

Die ist im Erdgeschoß am Admiralbogen 41 eingezogen. Im Haidpark bietet die Awo Wohnen für Studenten an und betreutes Einzelwohnen für psychisch Kranke. Dort sind auch die Druckerei und das Haidcafé als Zweigstellen der Werkstatt angesiedelt. Neun Menschen mit seelischen Behinderungen haben in der Brauerei ihren Arbeitsplatz. „Im Haidbräu setzen wir die Grundsätze für Inklusion und Lebensmittelqualität ideal um“, sagt Karin Häringer. „In unserer Brauerei wird besonders schmackhaftes Bier gebraut. Wir verwenden keine Stabilisatoren und ausschließlich hochwertige Zutaten von ausgewählten Anbietern.“ Diplom-Braumeister Jens Tischer, 36, hat zehn verschiedene Malze ausgesucht, die aus Bamberg kommen. Damit und mit Hallertauer Hopfen entstehen „Roter Märzen“, „Helle Freude“ und „Goldener Weizen“ im Standardsortiment, da-



zu kommen jahreszeitliche Spezialbiere, wie etwa die Sommerfrische, ein leichtes Helles, oder das Weihnachtsbier. Alle Biere werden weder pasteurisiert, noch filtriert, des Geschmacks wegen, wie der Braumeister betont, auch wenn sie dann nicht so lange haltbar sind. „Ich braue, seitdem ich 16 bin“, sagt Tischer, der inzwischen eine sonderpädagogische Zusatzausbildung hat. „Ich komme gut mit meinen Leuten zu recht – das Wichtigste ist Respekt.“ Für die behinderten Beschäftigten sei es zudem wichtig, „nichts Sinnloses herzustellen, sondern etwas, was sich gut verkaufen lässt“, betont Salzhuber. „Das hebt das Selbstwertgefühl.“

Bevor Behinderte, die über den Bezirk Oberbayern und die Arbeitsagentur zugewiesen werden, ihren Werkstattarbeitsplatz erhalten, durchlaufen sie ein Clea-

ring und absolvieren Praktika in den Betrieben. Und selbstverständlich werden Menschen, die suchtgefährdet sind, nicht in der Brauerei beschäftigt. Den sogenannten Haustrunk, den Brauereibeschäftigte sonst unentgeltlich erhalten, gibt es nur für das Kernpersonal, neben dem Braumeister ein Produktionshelfer und eine Verwaltungskraft.

Die Füllung jeder einzelnen Bügelflasche ist Handarbeit, wie das Aufkleben der Etiketten, die in der zu den Werkstattbetrieben gehörenden Druckerei hergestellt werden. Und von Hand werden auch die in der hauseigenen Schreinerei produzierten Holzkästen befüllt. Die Halbe Helles oder Weizen in der Bügelflasche kostet 1,40 Euro, Märzen und Saisonbiere 1,50 Euro. Inzwischen ist auch ein Lieferservice für München aufgebaut worden, denn ver-

kauft wird das Bier nur im Fröttmaninger Betrieb und der Awo-Zentrale in Haidhausen in der Gravelottestraße. Corona hat den Absatz in diesem Jahr erschwert: Das von der Awo veranstaltete Isarinselfest muss auch ausfallen. Die Alten- und Servicezentren der Awo, die das Bier ausschenken, mussten ebenso schließen, nur die Altenheime konnten weiter beliefert werden.

Bislang sind es jährlich bis zu 15 000 Liter Bier, die abgesetzt werden, in diesem Jahr wohl erheblich weniger. Denn auch Straßenfeste, für die sich die Fässer mit zehn, 20 und 30 Liter eignen, können ja nicht stattfinden. Dennoch hofft die Awo auf steigenden Absatz. „Wir wollen keinen großen Gewinn machen, aber der Betrieb muss sich rechnen“, sagt Salzhuber. Nächstes Ziel sei, eine Finanzierung für eine halbautomatische Abfüllanlage zu finden. Mit



*Bei Haidbräu wird vieles
noch von Hand gemacht.
Im Team von Jens
Tischer (links) arbeiten
neun Menschen mit
seelischen Behinderungen,
„das Wichtigste ist
Respekt“ sagt er.*

FOTOS: ALESSANDRA SCHELLNEGGER



der Einzelabfüllung sind nur 150 bis 200 Flaschen pro Tag zu schaffen, mit der neuen wären es 100 pro Stunde. Zudem würde die Anlage, die 35 000 Euro kostet, höheren Sicherheitsanforderungen zum Schutz der Beschäftigten genügen. Dann soll Haidbräu noch bekannter werden. „Wir müssen einen festen Kundenstamm entwickeln, da sind wir auf einem guten Weg.“ Vielleicht kommt das Bier auch in den einen oder anderen Supermarkt. Vor Corona erfreute sich das Bräustüberl, eingerichtet mit Mobiliar vom Spieglwirt in Moosach und von der eigenen Schreinerei, schon als Besprechungsort durchaus großer Beliebtheit. Jetzt aber steht erst einmal eine wichtige Entscheidung an: Ist es sinnvoll, in diesem Jahr, wo die Wiesn ausfällt, Oktoberfestbier zu brauen, wie es Tischer erfolgreich im vergangenen Jahr gemacht hat?

Medium:SZ
Datum: 05.06.2020

Wieder ein Freistaat

Vor 75 Jahren erklärte Eisenhower das heutige Bayern für gegründet

München – Dem „Mia-san-mia“-Bayern mag es selbstverständlich erscheinen, dass ein solches Land gleich mehrmals gegründet wird, vom Stammesherkzogtum über das Königreich bis zum Freistaat. Am kommenden Samstag jährt sich der wohl glanzloseste all dieser Gründungsakte zum 75. Mal: Am 19. September 1945 verfasst General Dwight D. Eisenhower, oberster Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, die Proklamation Nr. 2, in der er drei Staaten in der amerikanischen Besatzungszone für gegründet erklärt: Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern – der Freistaat in seinen Grenzen von 1933, nur ohne den Kreis Lindau.

Die Staaten sollten „volle gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt“ erhalten und jeder eine eigene Staatsregierung haben: Ihr stand in Bayern der erste Nachkriegs-Ministerpräsident Fritz Schäffer (CSU) vor. Er war bereits im Mai ernannt worden. Die Staatsgründung sei der „Nachvollzug“ dieser Ernennung gewesen, sagt Thomas Schlemmer, Dozent an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Die Aufteilung der Besatzungszone in Länder sei außerdem eine wichtige Grundlage für die BRD gewesen – die Proklamation sieht Schlemmer als „Eckstein der Föderalismusgeschichte“.

Jeder Landkreis hatte praktisch eine eigene Militärregierung

An den Machtverhältnissen änderte sich aber erst mal nichts. Eisenhower war Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland, in Bayern war General George Patton regionaler Oberbefehlshaber. Die neue Zeit in Bayern war denn auch an anderen Veränderungen zu bemerken als an Verfassungsfragen. Die Verwaltung musste wiederaufgebaut werden, die Bevölkerung musste durch die „reeducation“ Demokratie lernen, Kriegsverbrecher und NS-Würdenträger aufgespürt werden, die Versorgung wiederhergestellt und Waffen sichergestellt werden. Jeder Kreis hatte laut Schlemmer praktisch seine eigene amerikanische Militärregierung. Und was die Menschen im Trümmerland bewegte, spiegelt auch die Tagesordnung der dreieinhalbstündigen Ministerratsitzung wider, die Fritz Schäffer just am Tag der Wiederauferstehung Bayerns leitete. Die Brennstoffversorgung, Holzdiebstahl, beschlagnahmter Hopfen, die Flüchtlingsfrage und die Entnazifizierung, die zum „Zusammenbruch zahlreicher Finanzämter“ geführt habe, das war wichtig. Viele Städte waren zu großen Teilen zerstört, zwei Millionen Flüchtlinge strömten ins Land, vor allem Sudetendeutsche.

In seiner ersten Regierungserklärung hatte Schäffer bekannt: „Wir wollen in Bayern Menschen, die frei nach ihrer Art leben wollen; die in christlichem Glauben Unrecht hassen und für den Gedanken des Rechts leben und kämpfen.“ Schäffers Tage im höchsten Regierungsamt allerdings waren gezählt: Neun Tage nach der Proklamation Nr. 2 setzten die Amerikaner ihn ab, weil er zu wenig für die Entnazifizierung des öffentlichen Dienstes getan habe. Nachfolger wurde Wilhelm Hoegner (SPD), der heute als Vater der bayerischen Verfassung gilt. **MARTINA SCHEFFLER, DPA**



Fleißige Spendensammler (links) sorgten dafür, dass die AWO in Bayern auch ihre Kinderfreizeiten finanzieren konnte.



Solidarität statt Almosen

Als die Arbeiterwohlfahrt vor 100 Jahren auch in Bayern aktiv wurde, stand den Protagonisten nicht der Sinn danach, mit karitativen Organisationen in Konkurrenz zu treten. Die Not in der Bevölkerung ließ ihnen aber keine andere Wahl

VON DIETRICH MITTLER

München – Die Not im Freistaat, mit der sich die Helfer der Arbeiterwohlfahrt bislang konfrontiert sahen, hat viele Facetten. Eine davon geriet jüngst durch die Explosionen im Beiruter Hafen wieder in Erinnerung. Fatal gleichen die Beiruter Ereignisse der Katastrophe vom 21. September 1921 im Stickstoffwerk des damals noch bayerischen Oppau, bei der 400 Tonnen Düngemittel explodierten. Mehr als 500 Menschen kamen dabei ums Leben, fast 2000 wurden verletzt, Wohnhäuser ringsum dem Erdboden gleichgemacht. Für die junge Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Bayern war diese Katastrophe eine Bewährungsprobe: „Sie übernahm die Betreuung von mehreren hundert obdachlosen Kindern“, schreibt der Historiker Hermann Rumshöttel in seinem gerade erschienenen Rückblick auf 100 Jahre AWO in Bayern.

„Auffallende Totenblässe auf allen Kindergesichtern“, heißt es in einem Nachkriegsbericht

Der aus Solidarität mit den Oppauer Arbeiterfamilien erfolgte Hilfseinsatz lässt sich aus heutiger Sicht durchaus als Omen für den weiteren Weg der AWO deuten. Mittlerweile beschäftigt sie im Sozialbereich landesweit gut 32 400 hauptamtliche Mitarbeiter (Stand Mai 2019) – und das bei einem Aufgabenspektrum, das von Altenheimen über Kindertagesstätten bis hin zu Frauenhäusern reicht. Damals jedoch, in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, stand den Aktiven nicht unbedingt der Sinn danach, mit ihren Hilfsangeboten den karitativen Wohlfahrtsorganisationen wie der Caritas oder der Diakonie Konkurrenz zu machen. Ursprünglich näm-

lich verfolgte die Arbeiterwohlfahrt – eng mit der SPD und der Arbeiterbewegung verknüpft – politisch motivierte Ziele.

Solidarität statt Almosen, so lautete denn auch die Devise, unter welcher sich 1920 in Nürnberg der erste AWO-Ortsverein Bayerns konstituierte. Dabei orientierten sich die Genossen an der 1919 erhobenen Forderung der SPD-Reichstagsabgeordneten Marie Juchacz, eine auf Gleichheit und Teilhabe ausgerichtete Selbsthilfe-Organisation der Arbeiterschaft aufzubauen. Im April 1921 folgten München und Ludwigshafen, das seinerzeit bayerische Bezirksamtsstadt war. „Vereinszweck ist die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der allgemeinen Wohlfahrtspflege“, so heißt es etwa in der Satzung der Münchner Arbeiterwohlfahrt vom 29. Juli 1921. Es gelte

„Stellungnahme zu allen Fragen der Wohlfahrtspflege“ zu nehmen und die „Interessen der Arbeiterschaft“ wahrzunehmen.

Als Folge des Ersten Weltkrieges litten Arbeiterfamilien in Bayern unter entsetzlicher Not. Die 1921 erschienene Schrift „Das Münchner Kind nach dem Kriege“ zeugt davon: „Es gehört zu den traurigsten Erscheinungen der letzten Jahre, dass ungezählte Säuglinge allein wegen des Mangels an Heilnahrung zugrunde gehen mussten.“ Auch die Wohnverhältnisse seien katastrophal. Die mit Menschen überfüllten Räume seien Herde „für die Verbreitung von Infektionskrankheiten“. „Auffallende Totenblässe auf allen Kindergesichtern“, heißt es in der von Ärzten verfassten Schrift weiter. Es war ein Gebot der Stunde, dass die AWO-Ortsvereine konkrete



Die Arbeiterwohlfahrt ist heute ein Leistungsanbieter, der so gut wie alle Bereiche des sozialen Lebens abdeckt. Hier ein Frauenhaus. FOTOS: AWO-LANDESVERBAND

Hilfsangebote für die Opfer der Armut aufzubauen, so im Bereich der Kinder- und Jugendversorgung, der Müttergenesung und der Altenfürsorge. Hier taten sich insbesondere Frauen hervor. Zeugnis von ihrer aufopfernden Arbeit legt die Wanderausstellung „Macherinnen. Helferinnen. Frauen und die AWO“ ab, die bedingt durch die Corona-Pandemie noch nicht ihren Weg durch Bayern angetreten hat. „Ich hoffe, dass es nun im Oktober klappt“, sagt Isabel Krieger, die die Ausstellung im Auftrag der AWO erstellt hat. Krieger verhehlt nicht ihre Bewunderung für die Protagonistinnen der AWO. Durch „Mut, Weitblick und Beharrlichkeit“ hätten diese Frauen soziale Strukturen entwickelt, „die bis heute Bestand haben“, sagt Krieger.

Verbunden ist diese aus heutiger Sicht positive Entwicklung aber mit harten Entbehrungen, mit Rückschlägen, Leid und politischer Verfolgung. War im November 1918 von der revolutionären Regierung des Volksstaates Bayern noch das „Ministerium für Soziale Fürsorge“ geschaffen worden, so wehte nach dem Fall der Räterepublik in Bayern unter der Regierung Held ein anderer Wind. Der Sozialdemokratie nahestehende Organisationen hatten einen schweren Stand. Noch schlimmer kam es durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten im März 1933. Das NS-Regime verlebte sich im Zuge der Gleichschaltung Vermögen und Besitzungen der AWO ein. Treue AWO-Mitglieder wurden verfolgt oder fanden gar, wie der Neu-Ulmer Clemens Högg, im KZ ein schreckliches Ende.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Wiederaufbau, auch für die AWO. In der Verfassung des Freistaats Bayern wurde der Satz eingebracht: „Bayern ist ein Sozialstaat.“ Dieser Satz ist jetzt auch der Titel des Buches, das an die Gründung der AWO in Bayern vor 100 Jahren erinnert.

Medium: SZ
Datum: 14.09.2020

„Es fehlen Ideen für die Zeit nach Corona“

Vor 100 Jahren hat sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Bayern gegründet. Heute ist sie ein professionelles Dienstleistungsunternehmen mit über 30 000 hauptamtlichen Mitarbeiter*innen. Was geblieben ist: der sozialpolitische Auftrag, betont der Landesvorsitzende Thomas Beyer. Eine seiner größten Sorgen aktuell: dass nach Corona als Erstes im Bereich Soziales gekürzt wird.

BSZ Herr Beyer, mit der Corona-Pandemie wurde überdeutlich, wie wichtig der soziale Sektor für eine funktionierende Gesellschaft ist. Menschen applaudierten sogar. Spüren Sie bei der AWO konkrete Auswirkungen dieser neuen Wertschätzung?

THOMAS BEYER Nein, an den Rahmenbedingungen hat sich kein Deut geändert. Und es gibt auch keinerlei Hinweise darauf, dass Staat, Ministerien und Kostenträger bereit wären, ihre Lippenbekenntnisse in ein anderes Handeln umzusetzen. Applaus oder ein Corona-Pflegebonus ändern nichts an den drängendsten Problemen. Dem Fachkräftemangel zum Beispiel. Die Hoffnung scheint zu sein, dass es nach Corona schon irgendwie wieder weitergeht. Aber der soziale Bereich war schon vor Corona auf Kante genäht. Natürlich gestehe ich ein, dass in den Ministerien erst einmal die Krisenbewältigung im Vordergrund stehen musste. Aber es müssen jetzt Ideen entwickelt werden, wie es nach der Krise weitergehen soll.

BSZ Eine Idee könnte sein, dass angesichts der immensen Corona-Kosten Kürzungsrunden kommen. Bereitet Ihnen das Sorge?

BEYER Ja, ich befürchte, es werden genau die Bereiche Soziales und Kultur sein, bei denen als Erstes gekürzt wird. Es ist ja schon so weit, dass die Krankenkassen aufgrund der Mehrbelastung durch die Corona-Krise den Zusammenbruch an die Wand malen. Dabei verschweigen die Kassen aber, dass sie durch die komplette Corona-Ausrichtung des Gesundheitssektors auch Unsummen eingespart haben. Es fanden ja zum Beispiel kaum mehr Operationen statt. Und natürlich macht mir große Sorge, wenn der bayerische Finanzminister sagt, dass der aktuelle Haushalt noch ohne Kürzungen auskommen könne. Denn was heißt das für die Zeit danach?

BSZ Die Arbeiterwohlfahrt feiert in Bayern ihren 100. Geburtstag. Wo gibt's heute noch die größte Gemeinsamkeit mit der AWO der Gründungszeit, die damals eine reine Selbsthilfeorganisation war?

BEYER In der sozialpolitischen Komponente, in unserem Auftrag. An-

das tägliche Handeln, das heute auf einer ganz anderen professionellen Ebene stattfindet. Es gab in der Anfangszeit Debatten darüber, ob man in der AWO überhaupt hauptamtlich Beschäftigte haben will. Man hat aber erkannt, dass es nicht anders geht. Heute entwickelt sich das Verhältnis Mitarbeitende und Mitglieder immer weiter aufeinander zu.

BSZ Über 33 000 Hauptamtliche stehen heute 13 500 Ehrenamtlichen gegenüber. Geht damit nicht auch ein Stück weit die sozialpolitische Komponente verloren?

BEYER Dass das nicht passiert, darauf muss man sehr gut achten. Als Landesvorsitzender war es immer mein Ansinnen, zu sagen: Wir haben Profis, die die Fachlichkeit sicherstellen, aber der Dachverband selbst muss darüber hinaus seinen sozialpolitischen Auftrag erfüllen. Mit immer weniger Mitgliedern – jetzt noch 60 000 – wird das allerdings immer schwieriger, weil ähnlich wie bei einer politischen Partei oder einer Gewerkschaft mit der Zahl der Mitglieder auch die Legitimation abnimmt. Man muss das sorgsam in die Zukunft tragen.

BSZ Sie sprechen bereits von sich als Vorsitzendem in der Vergangenheit?

BEYER Wie angekündigt kandidiere ich nach vier Amtsperioden, das ist die zweitlängste Amtszeit eines AWO-Vorsitzenden in Bayern, nicht mehr für den Landesvorsitz. Durch Corona bleibe ich jetzt aber etwas länger als geplant im Amt – genauer gesagt, bis ins nächste Frühjahr hinein. Weil dann erst die Landeskonferenz und damit auch die Wahl eines neuen Vorsitzenden stattfinden kann. Ich bin aber weder amtsmüde, noch wehmütig.

BSZ Warum hören Sie dann auf, wollen Sie wieder zurück in die Politik?

BEYER Alles hat seine Zeit. Dieser Satz aus dem Buch Prediger, der Bibel, hat aus meiner Sicht vollkommene Berechtigung. Ich habe den Landesverband 16 Jahre lang geführt, nun sind andere dran. Ich plane auch nicht, wieder zurück in die Politik zu gehen. Auch das ist abge-



Thomas Beyer (57) hört als AWO-Landesvorsitzender auf, im Frühjahr kandidiert er nicht mehr für das Amt.

FOTO: DPA/AWO/ISABEL KRIEGER

in Zeiten von Corona nicht einfacher geworden ist.

BSZ Zurück zum Mitgliederschwund. Auch die Ehrenamtlichen, die sich bei der AWO engagieren, werden weniger.

BEYER Sie werden vor allem älter. Ich würde auch nicht von einem Mitgliederschwund reden. Es ist einfach so, dass nicht in dem Maße Junge nachkommen, wie wir langjährige Mitglieder leider altersbedingt verlieren. Viele Mitgliedschaften beruhen bei uns auf grundsätzlichen Bindungen. Das ist eine Stärke, die zugleich auch ein Handicap ist. Denn junge Menschen sind heute immer weniger bereit, sich Institutionen anzuschließen. Das gilt für die AWO genauso wie für viele Parteien oder Vereine.

BSZ Aber laut Studien engagieren sich gerade Jugendliche heute wieder mehr im Ehrenamt. Wieso nicht bei der AWO?

BEYER Wir haben ein sehr aktives Jugendwerk, mit dem wir Jugendliche ansprechen, die sich für soziale und sozialpolitische Fragen interessieren. In der gesellschaftlichen Debatte aber geht es heute oft um andere Themen. Die Frage des sozialen Zusammenhalts scheint in einer Gesellschaft, in der es vielen gut geht, offensichtlich nicht mehr so stark zu interessieren. In meiner Schulzeit, in

den 1970er-Jahren, war das ein großes Thema. Ich habe mir damals mit meinem Vater jeden Mittag politische Debatten geliefert. Die Fridays-for-Future-Bewegung übt da heute eine andere Strahlkraft auf junge Leute aus.

BSZ Und jetzt wollen auch Sie den Klimaschutz stärker in den Blick nehmen? Die AWO kooperiert neuerdings sogar mit dem Bund Naturschutz.

BEYER Wir haben über dieses Thema die ganzen letzten Jahre schon leidenschaftlich diskutiert – auch im Zuge des neuen Grundsatzprogramms, das Ende 2019 verabschiedet wurde. Denn natürlich ist der Klimawandel ein drängendes Problem – und ich begrüße es ausdrücklich, dass sich junge Menschen hier engagieren. Ich möchte aber den Blick weiter öffnen. Der Umstieg auf gedämmte Häuser zum Beispiel bedeutet eine Verteuerung von Wohnraum, was wiederum diejenigen am stärksten belastet, die am wenigsten haben. Nämlich diejenigen, die jetzt schon einen Großteil ihres Lebensunterhalts für die Miete ausgeben müssen. Auch beim Thema Mobilität sind die sozialen Auswirkungen immens. Nehmen Sie den aktuellen Vorschlag des Ifo-Instituts, eine City-Maut einzuführen. Das ist doch wunderbar für die Porschefahrer, wenn dann die Leute mit weniger

Geld von der Straße verschwinden. Wir müssen dringend auch die sozialen Auswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen in den Blick nehmen. Einen solchen ganzheitlichen Ansatz aber leistet die Umweltpolitik bisher nicht. Und auch in der öffentlichen Debatte ist das noch nicht hinreichend angekommen.

BSZ Entstanden ist die AWO aus der SPD heraus, die heute ums Überleben kämpft. Sie selbst waren Vize-Landesvorsitzender der SPD. Wie stark sind diese Bindungen noch?

BEYER Die Tatsache, dass sich die SPD in vielerlei Hinsicht bewusst gegen den Zusammenhalt entschieden hat – Stichwort Hartz IV –, hat ihr bei sehr vielen Menschen Glaubwürdigkeit gekostet. Ich persönlich bin der Idee eines sozialen, demokratischen Rechtsstaats zu 100 Prozent verbunden. In meiner Partei habe ich mich deshalb immer für die Themen Solidarität und sozialer Zusammenhalt eingesetzt. Ich habe das fast schon gepredigt. Aber das war dort überwiegend nicht gewollt. Heute ist die Zahl meiner Gespräche mit aktiven SPD-Mandatsträgern sehr überschaubar. Ich bin heute ein interessiert kritischer Beobachter.

BSZ Und die Bindung der SPD zur AWO?

BEYER Natürlich gibt es da noch eine gewisse Nähe, die ja auch nahelie-

gend ist angesichts der weitgehenden Übereinstimmung in den Grundüberzeugungen zu Gesellschaft und Staat. Was ich aber immer erwartet habe – und das hat mir durchaus auch Schwierigkeiten vonseiten der SPD eingebracht –, ist, dass die AWO eigenständig in ihrem Agieren ist.

BSZ Wie eigenständig ist die AWO in ihrem Agieren tatsächlich noch, schließlich ist sie auf öffentliche Gelder angewiesen? Kann sie noch selbst entscheiden, wo sie sich engagiert oder geht nur noch, was gerade gefördert wird?

BEYER Das wird tatsächlich immer schwieriger. Auch weil der Staat in so vielen Bereichen einen Eigenanteil von uns fordert. Die AWO verfügt aber weder über Heerscharen von Beitragszahlern noch wie die konfessionellen Verbände über einen Zugang zu Steuerquellen. Und es ist ein Unding, dass der Staat ganze Bereiche seiner eigentlichen Aufgaben, zum Beispiel die Migrationsberatung, der sogenannten freiwilligen Tätigkeit der Wohlfahrtsverbände überlässt, sie völlig unzureichend fördert – und dann sagt: Wenn ihr es nicht machen wollt, dann lasst es eben. Es muss auch hier einen Rechtsanspruch geben, so wie es sonst überall auch im Sozialrecht einen Beratungsanspruch gibt.

Interview: ANGELIKA KAHL

Medium: bayrische Staatszeitung
Datum: 18.09.2020

11. Juni 2020, 11:27 Uhr Soziales - München

Arbeiterwohlfahrt fordert Hygienepauschale

Direkt aus dem dpa-Newschannel

[München](#) (dpa/lby) - Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bayern fordert eine Hygienepauschale für sozial Schwache oder die kostenlose Abgabe von Schutzmasken und Desinfektionsmitteln. Der AWO-Landesvorsitzende Thomas Beyer sprach am Donnerstag von einer "gravierenden Lücke" des Corona-Hilfspakets der großen Koalition. Zwar werde fast überall vorgeschrieben, Masken zu tragen. "Wovon die über Monate bezahlt werden sollen, das scheint aber niemand zu interessieren." Beyer schlägt deshalb eine "Hygienepauschale" von 100 Euro vor, die als Einmalzahlung etwa an die Bezieher von Grundsicherung, Sozialhilfe, Wohngeld, Kinderzuschlag, Regel-Kurzarbeitergeld oder Rentner bis zu einer gewissen Höhe geleistet werden soll. Alternativ könnten die Produkte auch durch Staat oder Kommunen ausgegeben werden.

Die AWO in [Bayern](#) zählt nach eigenen Angaben etwa 60 000 Mitglieder und beschäftigt mehr als 33 000 hauptamtliche Mitarbeiter. In mehr als 1900 Einrichtungen sei die AWO landesweit aktiv bei Sozialarbeit, Erziehung, Bildung und im Gesundheitswesen.

Feedback

Medium: SZ
Datum:11.06.2020

9. September 2020, 18:44 Uhr Arbeiterwohlfahrt

Ein Jahrhundert Kampf für die Schwachen

1920 wurde die Arbeiterwohlfahrt zur Linderung des Elends nach dem Ersten Weltkrieg auch in Bayern aktiv - und sie gibt sich immer noch politisch

Von Dietrich Mittler



Die [Arbeiterwohlfahrt](#) in Bayern ist nicht leise - sie war es nie. "Testen, wo es nützt und schützt, statt chaotischer Massenuntersuchungen", so hatte Thomas Beyer, Chef des AWO-Landesverbands, kürzlich die Corona-Teststrategie der Staatsregierung gerüffelt. Vor 100 Jahren, als in Nürnberg der erste Ortsverein der Arbeiterwohlfahrt in Bayern gegründet wurde, traten deren Wortführer nicht weniger entschieden auf. Wie auch - angesichts der Not, unter der die Arbeiterschaft nach dem Ersten Weltkrieg litt. Und, was das Elend damals verstärkte: die Spanische Grippe, die weltweit schätzungsweise bis zu 50 Millionen Menschen dahinraffte.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass nun, hundert Jahre später, erneut eine Pandemie tief ins Leben der Menschen einschneidet - wenn zum Glück auch nicht mit so entsetzlichen Todesopfern wie im Zuge der Spanischen Grippe. Deren Folgen hatten in Deutschland zur Gründung der Arbeiterwohlfahrt beigetragen, wie der Historiker Hermann Rumschöttel am Mittwoch im Münchner Presseclub ausführte. "Sie war mit ein Grund, warum sich die Arbeiterbewegung verstärkt der Wohlfahrtsarbeit widmete", sagte der frühere Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns. Anlass der Veranstaltung: 100 Jahre AWO in Bayern und hierzu die Präsentation eines Buches, herausgegeben von Rumschöttel und AWO-Chef Beyer.

Bereits der Titel des 366-Seiten-Werks räumt mit der Vermutung auf, hier handele es sich in erster Linie um einen Gedenkband. Der Bayerischen Verfassung entlehnt, steht auf dem Buchdeckel "Bayern ist ein Sozialstaat". Natürlich trage die Vergangenheit dazu bei, dass der Blick auf Gegenwart und Zukunft "plastischer" ausfalle, so Rumschöttel und Beyer. In diesem Buch hätten nun mehr als 20 Autorinnen und Autoren auch versucht, auf aktuelle und künftige Fragen Antworten zu finden. Als da etwa sind: die Corona-Pandemie, bezahlbarer Wohnraum, die Integration von Menschen mit psychischen Belastungen, das oft verdrängte Pflege-Problem und die Sorgen, mit denen auch im reichen Bayern sozial schwache Familien zurechtkommen müssen. Kurzum, es geht darum, welchen Herausforderungen sich die AWO - und mit ihr die gesamte Wohlfahrtspflege - jetzt und in Zukunft stellen muss.

Für Beyer ist das die Gelegenheit, klar darzulegen, was den Kern der AWO ausmacht. "Wir haben einen sozialpolitischen Auftrag", sagt er, "und wir sind keine reinen Dienstleister, keine staatlichen Erfüllungsgehilfen. Wir haben unsere eigenen Positionen." Das hätte vor 100 Jahren auch der Nürnberger Kommunalpolitiker und Sozialdemokrat Martin Bächer als einer der Gründungsväter des Vereins

Politik Wirtschaft Meinung Panorama Sport München Bayern Kultur Gesellschaft Wissen Reise

aufzubauen, die Einfluss auf die bestehende Wohlfahrtspflege nehmen kann.

Über die AWO-Gründerin Marie Juchacz hinaus spielten Frauen in diesem Kampf von Anfang an eine zentrale Rolle. "Die Geschichte der AWO ist auch eine Geschichte der Frauen in diesem Land", sagt Beyer. Erklärtes Ziel war es, die Rechte der Armen zu vertreten - auf Augenhöhe mit den Mächtigen. Kurzum, es ging um die Mitgestaltung der Sozialgesetzgebung.

Obwohl dieses Ziel noch heute gilt, die AWO hat sich verändert. Auch sie wurde als Antwort auf die soziale Not zum Anbieter von sozialen Leistungen. Zum Angebotsspektrum gehören längst Altenpflegeeinrichtungen, Kindertagesstätten, Therapiezentren, Wohnheime, Schuldnerberatungsstellen, die Obdachlosenhilfe und vieles mehr. Zudem ist die einst allein auf das Ehrenamt ausgerichtete AWO heute hochprofessionell aufgestellt. "Ich hoffe sehr, dass die AWO nie ihren politischen Charakter verliert", sagt Beyer. Bislang aber sieht es nicht danach aus.

Medium:Münchner Merkur
Datum:10.09.2020

Gassi gehen mit Superkräften

OBERGIESING Die Räder der S-Bahn ächzen, der Motor rattert, darunter mischt sich schrilles Kichern, Gemurmel von Fahrgästen. Gleißend flackert das Licht. Laut, schrill und grell – S-Bahn-Fahren kann für Dagmar Hamann schnell zum Horrortrip werden. Denn ihre Welt ist anders. Lauter, intensiver, wirrer. Sie mag es, in der Natur zu spazieren, aber sie fürchtet die Menschen. Sie liebt Hunde. Aber sie mag es nicht, jemandem in die Augen zu sehen.

Hamann ist 48 Jahre alt und Autistin, eine von 130 000 in Bayern. Seit Kurzem arbeitet sie bei einem einzigartigen Projekt in ganz Deutschland: Hamann betreut beim Anderwerk in Obergiesing Hunde.

Die Diagnose war für sie eine Erleichterung. „Endlich habe ich gewusst, warum ich anders bin“, erzählt sie. Das war ihr schon als Kind klar. Während die Mitschüler am Pausenhof Bälle kicken, hat Hamann sich nur gefragt: Warum rennen 22 Menschen einem einzigen Ball hinterher? Warum nimmt nicht einfach jeder seinen eigenen?

Später, im Berufsleben hatte sie allerhand Probleme. Vier verschiedene Ausbildungen hat sie gemacht, alle gut beendet. Aber so richtig wohl gefühlt hat sie sich nicht. „Menschen stressen mich manchmal.“ Als Floristin war es ein täglicher Kampf für sie, nach vorne in den Laden zu gehen. Und als die 48-jährige eine Tischler-Lehre machte, saß sie

oft heulend draußen auf einem Holzstapel. „Das strengte mich sehr an.“

Die Diagnose lieferte eine Erklärung: Ihr Gehirn filtert Reize anders – sie nimmt vieles intensiver wahr, kann Signale nicht einfach ausblenden. Inzwischen hat Hamann eine Einstufung, mit der sie 15 Stunden in der Woche einer betreuten Arbeit nachgehen kann. Und dafür das passende Projekt beim Anderwerk gefunden.

Es ist ein – eigenen Angaben zufolge – einzigartiges Projekt, das aufgebaut wird. Zwölf Arbeitsplätze für Menschen mit Autismus, die Sozialhilfe erhalten, sollen entstehen. „Das Interesse ist enorm“, sagt Bereichsleiter Uwe Schürch. „Ständig ruft wer an, der bei uns arbeiten will.“

Bloß die Hunde fehlen noch. Hundebesitzer können sie abgeben – ein Monat Ganztagsbetreuung Montag bis Freitag kostet 530 Euro, ein Tag 35 Euro.

Heilpädagogen wie Anne Treutler sind beim Gassigehen dabei. Für Treutler sind Autisten „Menschen mit Superkräften“, die sie immer wieder überraschen. Einmal, erzählt sie, stand sie mit Hamann vor einem Schrank, bis oben gefüllt mit Cremes und Lotionen. „Sie hat sofort gesagt: Die dritte von links in der obersten Reihe stinkt. Unglaublich ihr Geruchssinn.“

Hanni Kinadeter



Dagmar Hamann (l.) liebt Hunde – zusammen mit Heilpädagogin Anne Treutler betreut sie die Tiere.

Foto: hki

Medium: HALLO München
Datum: 15.01.2020

Test im Tierpark

Leihsystem für behindertengerechte Elektrofahrzeuge soll erprobt werden

Altstadt-Untergiesing – Um alte und neue Fußgängerzonen in der City für mobilitätsbeschränkte Besucher zugänglicher zu machen, fasst die Stadt schon seit Längerem ein Leihsystem für behindertengerechte Elektrofahrzeuge ins Auge. Nach aktuellem Projektstand könnte es erst einmal im Tierpark Hellabrunn erprobt werden. Bereits 2017 hatte sich der Stadtrat mit Leihstationen für die mehrrädri- gen, höchstens sechs- bis acht Stundenkilome-

ter langsamem Vehikel beschäftigt. In den damaligen Entwürfen wurden diese „eScooter“ genannt, ehe der Begriff mit dem Aufkommen der gleichnamigen E-Roller einen zweifelhaften Beigeschmack bekam. Das Vorbild hatten Mobilitätsexperten in Münchens schottischer Partnerstadt entdeckt. Im botanischen Garten von Edinburgh können die Fahrzeuge kostenlos entliehen werden. Mit dem barrierefreien Foyer der städtischen Behin-



In Hellabrunn würde ein Zaun die Fahrzeuge vor Dieben schützen. Die Lokalpolitiker wollen einen Ortstermin abwarten, ehe sie Stellung nehmen. FOTO: STEPHAN RUMPF

Medium: SZ
Datum: 27.05.2020

23. April 2020, 21:54 Uhr München

Isarinsselfest fällt ins Wasser

Auch das Isarinsselfest, die nach Angaben der Veranstalter zweitgrößte Open-Air-Veranstaltung in der Stadt, die vom 4. bis 6. September zwischen der Ludwigs- und der Maximiliansbrücke hätte stattfinden sollen, fällt heuer ins Wasser. Das Straßenfest hat laut dem veranstaltenden Verein bei schönem Wetter bis zu 250 000 Menschen an den Fluss gelockt. Im Vorjahr war es ihnen erstmals gelungen, auch fünf kleine aufstrebende Münchner Brauereien zur Teilnahme zu gewinnen.



Arbeiterwohlfahrt Kreisverband München-Stadt e.V.
Gravelottestr. 8 | 81667 München
Tel.: +49 (0)89 / 45832 - 0 | Fax: +49 (0)89 / 45832 - 200

www.awo-muenchen.de

